

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 30 Nummern 1 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 20 Pfg. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Mandatsraub vollendet!

Das Dreiklassenparlament hat heute das Werk der Wahlprüfungskommission getront. Von den sieben sozialdemokratischen Mandaten hat es vier für ungültig erklärt. Und zwar unter so fadenscheinigen Vorwänden, daß sich im Zentrum, ja selbst unter den Nationalliberalen Mitglieder fanden, denen der an der verhassten Sozialdemokratie verübte Gewaltstreich denn doch allzu anstößig erschien.

Eine arbeitslosere Maschinerie eines politischen Gewaltstreiches läßt sich kaum ausdenken. Da war zunächst der Vorwand der angeblich ungesetzlichen Listenaufstellung. Herr Fischbeck beteuerte wiederum mit dem ihn so wunderbar klebenden Brustton des Wiederholens, daß die rechtlichen Bedenken gegen die vom Berliner Magistrat vorgenommenen Listenaufstellung den Herren das freisinnige Gewissen so schwer beunruhigten, daß sie es unbedingt durch Ungültigkeitserklärung der vier sozialdemokratischen Mandate entlasten mußten. Dies zarte Gewissen, diese mimosenhafte Empfindlichkeit des braven Fischbeck- und Pachnide-Freisinn werden aber nicht im geringsten gehört durch den Umstand, daß ja auch die sechs Berliner freisinnigen Mandate auf Grund der gleichen Listenaufstellung zustande gekommen sind. Und von den freisinnigen Anklägern der Ungesetzlichkeit unangesehen geblieben sind! Wäre nicht der konservative Leutnant Pohl durch seinen Wahlprotest dem von Gewissensstrupeln geplagten Freisinn zu Hilfe gekommen, so hätte der arme Freisinn mit dem belasteten Gewissen als neuer Mascher ewig ruhelos umherlaufen müssen. Und wären keine Sozialdemokraten in Berlin gewählt worden, so würde auch der Leutnant Pohl schwerlich die Entdeckung der Ungesetzlichkeit der Wählerlisten gemacht haben. Dann hätte der Freisinn — denn er hätte doch nicht gegen seine eigenen Wahlen Protest einlegen können — nicht einmal die Möglichkeit erhalten, sein Gewissen durch den Hinauswurf der vier Sozialdemokraten zu entlasten: Er wäre, ein Märtyrer seiner Rechtsüberzeugung, an verschwiegenen Gewissensbissen dahingefiecht!

Ja, es geht nichts über freisinnige Rechtsüberzeugung. Da war zwar der Leutnant Pohl so undvorsichtig gewesen, nicht nur gegen die Wahl Hoffmanns wegen angeblich geschwinder Listenaufstellung Protest einzulegen, sondern auch zu fordern, daß die Wahlen für alle zwölf Berliner Wahlkreise für ungültig erklärt würden, da sie sämtlich nach der gleichen Listenaufstellung vorgenommen worden waren. Aber Herr Pohl hatte den generellen Protest zum Glück für die Rechtsfanatiker des Freisinn so formuliert, daß man ihn unter formalistischen Vorwänden ignorieren, unter den Tisch fallen lassen konnte! So konnten denn die beiden Herren, die in der Abteilung die Proteste zu sichten und der Wahlprüfungskommission zu unterbreiten hatten, ein freisinniger und ein konservativer, zur Rettung der sechs freisinnigen Mandate Gehördienste leisten. Der auf alle zwölf Berliner Wahlen bezügliche Protest des Herrn Pohl blieb also auf die Wahl des Genossen Hoffmann beschränkt. Dann aber konnte sich das Bloßbrüderliche, insonderheit bloß freisinnige Rechtsgefühl schrankenlos betätigen, indem es nun in der Wahlprüfungskommission selbst den Protestgrund des Herrn Pohl wieder auf die Wahlen der übrigen drei Sozialdemokraten ausdehnte! In der Tat: eine tollere Komödie wurde nie aufgeführt!

Zum Ueberflus hatte dann der Freisinn selbst noch den Grund des Terrors geltend gemacht. Miß der eine Strich, so konnte man die roten Eindringlinge wenigstens mit dem anderen Strich strangulieren! Und auch dieser freisinnige Protest gegen den sozialdemokratischen Terror war natürlich einzig und allein den quälendsten Gewissensstrupeln entsprungnen. Hatte der Freisinn auch selbst bei der Berliner Landtagswahl den niederträchtigsten, schäblichsten Beamtenterroris mus getrieben, hatte er auch selbst Vorkotlisten veröffentlicht: der Freisinn war gerade deshalb der berufenste Kämpfer gegen den sozialdemokratischen Terror!

Und die Rechte jauchzte dem Befehmsfalle einer schönen Freisinnigkeit Weifall zu, und die große Mehrheit des Hauses laffierte die vier sozialdemokratischen Wahlen!

Damit ist glücklicherweise nicht das letzte Wort gesprochen. Jetzt kommen wieder die Wähler selbst an die Reihe. Und sie werden dem Freisinn und seinen Helfern die gebührende Antwort geben!

Aber bei dieser Abrechnung mit dem bodenlos verheuchelten, beispiellos brutalen Freisinn wird es schwierig bleiben. Der Freisinn hat durch diesen schamlosen Streich in derartiger Weise den Haß und die Verachtung gegen sich heraufbeschworen, daß die Folgen nicht ausbleiben können.

Die hervorragende Beteiligung des Freisinn am Mandatsraub wird das unheilvolle Ende des Freisinn noch beschleunigen!

Ueber die Sitzung selbst wird uns noch geschrieben:

Sollte sich jemand finden, der noch die naive Hoffnung hegt, daß das Plenum des Dreiklassenhauses dem Beschluß seiner Kommission nicht beitreten und vor dem Mandatsraub zurückschrecken würde, so hat ihn der Verlauf der Mittwochssitzung eines anderen belehrt. Mit erschütternder Mehrheit ist die Ungültigkeitserklärung der Mandate der Genossen Vorkmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann vollzogen worden. Mit Ausnahme der Polen, die selbst unter Ausnahmerecht stehen, haben sich alle bürgerlichen Parteien an dem schlechtverhüllten parlamentarischen Staatsstreich beteiligt. Der linke Flügel des Zentrums versuchte, aber ohne Kraft und Nachdruck, wenigstens Aufschub durchzusetzen. Ein Antrag Dinslage, unter dem bezeichnenderweise kein größlicher ultramontaner Name zu lesen war, verlangte zuerst bedingte, dann unbedingte Jurisdiktion. Aber die Rechte und der gesamte anwesende Freisinn, ein Teil des Zentrums selbst und die Nationalliberalen mit vier Ausnahmen stimmten dem Antrag nieder. Immerhin ist es bezeichnend, daß sich wenigstens vier mit Schamgefühl behaftete Nationalliberale fanden, während auch nicht ein mit dieser löblichen Eigenschaft versehener Freisinniger unter den Anwesenden zu entdecken war! Allerdings fehlten der alte Träger und die Herren Rosenow und Gerschel. Rag zu ihren Gunsten angenommen werden, daß es Absicht war: das Verdammungsurteil über den in der Blockperiode in dem tiefsten Morast sittlicher Verkommenheit versunkenen Freisinn vermag auch ihr Fehlen, wenn es beabsichtigt war, nicht zu ändern.

Genosse Ströbel hatte die Aufgabe übernommen, dem Freisinn und der gesamten Mandatsraubmehrheit den Spiegel ihrer Schande vorzuhalten. Nachdem eine sehr ansehnliche konservative Wahl — der Erlörene heißt Dionysius wie die hochselige Majestät vom alten Syros — ohne weiteres für gültig erklärt worden war, begann der Kampf um die Berliner Mandate.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Tribünen, deren ungewöhnlich dicke Besetzung die Bedeutsamkeit des Tages bezeugte, den Darlegungen unseres Fraktionsredners, der zunächst die arbeitslosen Manövrierereien in Sachen der Listenaufstellung zergliederte und die schäbigen Freisinnbehauptungen in ihrer völligen Nichtigkeit nachwies. Der Mehrheit paßte das nicht und sie erging sich in lauten Privatgesprächen, wobei sich durch besonders laute Stimme und noch lebhaftere Gesticulationen der Reichsoberkammerhändler beim Steuerschacher, Herr Arendt, auszeichnete.

Beim zweiten Teil der Ströbel'schen Rede änderte die Mehrheit ihre Taktik. Sie begleitete die Kennzeichnung des Jenseitswahlunsinn und die erschütternden Beweise des professionsmäßig von der Regierung und den bürgerlichen Parteien betriebenen Terrorismus mit erregten Zurufen. Selbstredend ließ sich Genosse Ströbel dadurch nicht irren machen. Nachdem er den speziellen Freisinnsterrorismus und die Schocker-Artikel gebührend gebremst hatte, schiederte er der tobenden Mehrheit das Verdammungsurteil des Volkes in das Gesicht. Mit einem Ordnungsruf quittierte der Präsident der Mehrheit Jordan v. Kröcher darüber, daß der Hieb gefallen. Und nun wurde das Drama zur Komödie. Stroffer, der konservative Justizhausdirektorssohn, sprach ausgerechnet vom Pariser Polstreik. Herr Fischbeck versuchte sich in talmudischen Spitzfindigkeiten, brach aber, nur freisinniges Kaffeetangenschwätz hervor. Jemand ein obskurer Zentrumsmann bekämpfte seinen eigenen Parteigenossen Dinslage und der nationalliberale Professor Friedberg erklärte mit akademischer Gelassenheit, daß auch die Nationalliberalen bei der Partie und beim Mandatsraub dabei sein wollen. Und dann folgte dieser Mandatsraub, auf den das arbeitende Volk die nötige Antwort zu erteilen nicht ermangeln wird.

Der Rest der Sitzung war unerheblich. Unter anderen wurde auch ein nationalliberales Mandat laffiert und ein paar unwesentliche Vorlagen erledigt. Am Freitag soll das Vergarbeitschutzgesetz in zweiter Lesung beendet werden.

Die direkten Steuern in der Finanzkommission.

Trotz aller Ablehnungsversuche ist es unbestreitbare Tatsache, daß die Konservativen der Regierung eine Schwierigkeit nach der anderen bereiten, um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform zu verhindern. Am Mittwochvormittag trat die Finanzkommission in die zweite Lesung der direkten Steuern ein. Eigentlich ist nicht mehr viel zur Beratung übrig geblieben, denn mit den gereiften Regierungsvorlagen ist nichts mehr anzufangen. Deshalb haben die Parteien umfangreiche Anträge eingebracht. Den Inhalt des konservativen Antrages haben wir bereits gestern mitgeteilt. Die Wirtschaftliche Vereinigung will von der Umsatzsteuer Grundstücke befreit wissen, die nicht mehr als 20000 M. Wert haben. Ihr Antrag will auch eine Staffel mit geringeren Sätzen für die Umsatzsteuer, als der konservative Antrag vor schlägt. Der nationalliberale Antrag fordert die Regierung auf, unbedinglich eine Novelle zum Erbschaftsteuergesetz vorzulegen, durch welche dieses Gesetz ausgedehnt wird auf:

- a) Ehegatten ohne gemeinschaftliche Abstammlinge,
- b) eheliche oder diesen rechtlich gleichstehende sowie eingetragene Kinder,
- c) uneheliche Kinder hinsichtlich des mütterlichen Vermögens und
- d) auf Nachkommen der unter b) und c) aufgeführten Kategorien.

Abg. Graf Westarp leitete die Verhandlungen mit einer fast 1½stündigen Rede ein, die einem Obstruktionsprospech verheißt ähnlich sah. Den Konservativen liegt daran, die Erbschaftsteuer als abgetan hinzustellen. Der nationalliberale Redner Dr. Weber gab dieser Ueberzeugung damit Ausdruck, daß er erklärte, auf den materiellen Inhalt des konservativen Antrages überhaupt nicht eingehen zu wollen. Die Wirtschaftliche Vereinigung und die Freikonservativen traten für den konservativen Antrag ein. Nationalliberale und Freisinnige erklärten sich gegen den Antrag. Für unsere Partei ergriff das Wort Genosse Dr. David, der den bürgerlichen Parteien empfahl, alle Besitzsteuern, die vorgeschlagen sind, anzunehmen und den sozialdemokratischen Vorschlägen zu folgen, die Erbschaftsteuer kräftig anziehen, dann könne man fast den gesamten Bedarf durch direkte Steuern decken. Der konservative Antrag sei annehmbar, aber nur als Ersatz für indirekte Steuern, nicht aber als Ersatz für die Erbschaftsteuer.

Davon wollen die bürgerlichen Parteien jedoch nichts wissen, jede schlägt direkte Steuern vor und keine findet für sich eine Mehrheit und die Zustimmung der Regierung.

Ueber die Vorlagen der Regierung ist in der den ganzen Tag dauernden Diskussion fast gar nicht geredet worden; vielmehr wurde der ganze Tag ausgefüllt mit der Debatte über den konservativen Antrag. Wahrscheinlich ist, daß dieser Annahme findet. Es liegt nun an der Regierung, ob sie ohne weiteres vor der Herikal-konservativen Verbrüderung kapitulieren will oder ob sie den Mut findet, trotz alledem auf der Durchsetzung der Erbschaftsteuer zu beharren. Wohl selten dürfte in einem Parlament ein so schäbiges Schauspiel aufgeführt worden sein, als wie es der Kampf der bürgerlichen Parteien ist, sich nach Möglichkeit von den Pflichten dem Staate gegenüber zu drücken.

Wir lassen nachstehend den Bericht über die heutige Sitzung folgen:

Abg. Graf Westarp macht der Regierung Vorwürfe, daß sie nicht selbst Steuerentwürfe einbringe. Die Konservativen stellen lediglich zur Förderung der Finanzreform ihre Anträge. Die ausländischen Wertpapiere schäfer anzujassen als die deutschen, erscheine berechtigt. Der Stempel auf alle Wertpapiere sei nicht etwa nur beim Verkauf, sondern jedes Jahr zu bezahlen. Die Freilassung der einheimischen Staatspapiere sei notwendig. Der konservative Antrag sei genau dem französischen Gesetz nach gebildet. Die festverzinslichen Papiere würden etwa 20 Millionen Mark einbringen, die ausländischen Papiere 10 Millionen. Von den inländischen Aktien erhoffe er 24 Millionen, von den ausländischen 3 Millionen. Insgesamt rechne der Redner einen Ertrag von 53 Millionen Mark heraus.

Wichtig sei, daß auch mit dieser Steuer nur ein Teil des Defizits erfaßt werde. Das gesamte Inventar bleibt steuerfrei, bezgleichen die Hypotheken. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung bleiben ebenfalls steuerfrei.

Der zweite Teil des Antrages auf Einführung der Umsatz- und Wertzuwachssteuer sei eine etwas modifizierte Wiedergabe des abgelehnten Antrages Roeside. Neu sei, daß auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Terraingeschäfte machen, der Steuerpflicht künftig unterliegen sollten. Bei Feststellung des Wertzuwachses an Grundstücken dürfe in Abzug gebracht werden, was der Besitzer zur Bedienung des Grundstückes aufgewendet habe. Als solche Aufwendung dürfe auch die Arbeitsleistung des Besitzers landwirtschaftlicher Grundstücke vom Wertzuwachs in Abzug gebracht werden. Bei der Berechnung des Erwerbepreises solle bis auf das Jahr 1884 zurückgegriffen werden, damit die Steuer sofort einen erheblichen Betrag einbringt. Den Bundesstaaten und den Gemeinden müsse das Recht zugestanden werden, einen Zuschlag von 2 Proz. zu der Umsatzsteuer zu erheben. Von der Wertzuwachssteuer sollen den Gemeinden, die mit der Einführung dieser Steuer betraut werden, 20 Proz. des Ertrages zufallen. Die Umsatzsteuer dürfte bei Erhebung von einem Prozent 60 Millionen, bei einem halben Prozent 30 Millionen Mark ergeben. Insgesamt sollen diese Steuern 140—150 Millionen Mark ergeben.

Schatzsekretär Sadow steht den konservativen Vorschlägen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, erklärt aber, sich in keiner Weise binden zu können. Diese Steuern könnten aber nur als Ergänzungssteuern, nicht aber als Ersatz für die Erbschaftsteuer in Frage kommen.

Abg. Raab (Antisemit) tritt für die konservativen Anträge ein, da seine Partei, die gegen den Antrag Roeside war, sich überzeugt habe, daß die Belastung der Wertpapiere in dieser Weise eine Störung des Verkehrs nicht mit sich bringe. Auf die Erbschaftsteuer seien keine Parteistunde nicht verschwenken, um so weniger, als der konservative Antrag eine Besitzsteuer darstelle.

Abg. Dr. Böhm (Antisemit) begründet den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung mit Rücksichten auf den Mittelstand.

Abg. Dr. Weber lehnt ein Eingehen auf den materiellen Inhalt des konservativen Antrages ab, bis die Regierung ihre Erbschaftsteuern vorgelegt hat. Die Nationalliberalen hielten an der Erbschaftsteuer fest, bis sie als die unerlässliche Voraussetzung für die Reichsfinanzreform betrachten. Redner begründet den nationalliberalen Antrag.

Abg. v. Camp polemisiert gegen die Nationalliberalen, die 100 Millionen Mark aus der Erbschaftsteuer herausheben wollen. Die Freikonservativen seien nie Erbschaftsteuer-Fanatiker gewesen; sie hätten sich nur sehr bedingt dafür erklärt und ihre Bedenken hätten sich vergrößert. Die Hauptfrage sei lediglich, daß 100 Millionen Mark aus direkten Steuern geschaffen würden. Der beste Weg sei der, wenn die Einzelstaaten Vorschläge für Rechnung des Reiches etc.

Höhen. Diesen Weg wolle der Reichstag gehen, der Bundesrat aber lasse die Finanzreform scheitern. Gegen die Belastung der Aktion habe er das Bedenken, daß die Aktiengesellschaften keine großen Reserverfonds mehr ansammeln würden. Mit den Grundbesitzern des konservativen Antrages ist er im allgemeinen einverstanden.

Mit großer Sachkunde schildert er, wie man trotzdem die Steuer hinterziehen könne.

Schatzsekretär Schow erklärt, daß der Bundesrat die Beschaffung der 100 Millionen Mark direkter Reichsabgaben durch Zuschläge zur einzelstaatlichen Einkommens- und Vermögenssteuer entschieden abgelehnt habe. Der Grund liegt nicht bloß in verfassungsrechtlichen Bedenken, sondern auch in der Verschiedenheit der einzelstaatlichen Steuergesetze. Zu dem nationalliberalen Antrag wäre zu sagen, daß die Regierung mit den Grundgedanken einverstanden sei und eine solche Novelle einbringen werde, sich aber nicht an den Betrag von 100 Millionen Mark binden könne. Sachverständige mit praktischen Erfahrungen hätten erklärt, daß der Einführung der Wertzuwachssteuer große Schwierigkeiten entgegenstünden. In den nächsten Tagen erscheine eine Denkschrift, in der alle Gründe dafür niedergelegt seien, daß in der nächsten Zeit eine Reichswertzuwachssteuer nicht eingebracht werden könne. Der konservative Antrag, soweit er sich auf die Wertzuwachssteuer bezieht, sei eine bloße Abschrift des Kölner Ortsstatuts.

Hg. Dr. Wiemer lehnt es ab, nochmals in eine allgemeine Erörterung über die direkten Steuern einzutreten. Das Besteuerungskompromiß sei für die Freisinnigen erledigt; sie würden in der zweiten Lesung dagegen stimmen. Der Antrag sei bloß ein Nothbehelf gewesen, um die Frage der direkten Steuern nicht auf das tote Gleis kommen zu lassen. Die Freisinnigen hielten an der Erbschaftsteuer fest und erwarteten eine Vorlage der Regierung. Ein Betrag von nur 50 Millionen Mark aus den Erbschaften könne die Freisinnigen nicht befriedigen. Der konservative Antrag sei für seine Parteifreunde nicht annehmbar. Soll der Besitz in vollem Umfange getroffen werden, dann sei das nur möglich auf dem Wege einer allgemeinen Vermögenssteuer. Der konservative Antrag bedeute nur eine weitere Erschwerung der Finanzreform.

Nach einer zweistündigen Mittagspause werden die Verhandlungen nachmittags 3 Uhr fortgesetzt.

Hg. Müller-Juba erklärt, daß der Wunsch allgemein sei, mit der Finanzreform bald fertig zu werden. Fürst Bülow habe am 20. April verkündet, daß die Entwürfe zu den Erbschaftsteuern bereits fertig seien. Die Vorlagen seien nicht erschienen, die Schuld an dieser Verzögerung trage die Regierung. Man könne den konservativen Antrag nicht als unausführbar bezeichnen. In Frankreich habe sich die Besteuerung der Wertpapiere sehr gut bewährt. Industrie, Handel und Landwirtschaft seien weit stärker belastet als wie der mühelose Zinsgewinn. Der Wertzuwachs in den Städten sei enorm, weshalb solle er nicht erfaßt werden? Unüberwindlich seien die vorhandenen Schwierigkeiten nicht.

Schatzsekretär Schow bestreitet, daß der Reichsanwalt am 20. April das baldige Erscheinen der Erbschaftsteuervorlagen angekündigt habe. Die verbündeten Regierungen könnten nicht eher Erbschaftsteuern einbringen, als bis sie wüßten, welchen Betrag die bewilligten Steuern voraussichtlich bringen würden.

Hg. Dr. David hält die Besteuerung der Wertpapiere für durchführbar, das gleiche treffe auch auf Umsatz- und Wertzuwachssteuer zu. Wenn man ernstlich wolle, dann fände sich auch ein Weg. Als Ersatz für indirekte Steuern sei der konservative Antrag ganz abgelehnt. Anders liege es, wenn diese Steuern als Ersatz für die Erbschaftsteuer gedacht seien. Dem könnte seine Partei nicht zustimmen. Redner empfiehlt die sozialdemokratischen Vorschläge, nach denen ein weit höherer Betrag aus der Erbschaftsteuer gezogen werden könne. In dem Besteuerungskompromiß liege der Ansatz zu einer Reichsvermögenssteuer, die ergänzt werden müßte durch eine Reichseinkommensteuer. Auf diese Weise könne der Mehrbedarf des Reiches ganz gut gedeckt werden. Redner verweist auf England, wo eine Finanzreform dadurch durchgeführt wurde, daß man die bestehende Klasse schärfer belaste.

Hg. Dr. Koeslitz tritt einigen Einwendungen entgegen, die gegen den konservativen Antrag erhoben worden sind.

Hg. Dr. Weber setzt sich noch einmal mit den Konservativen über die Erbschaftsteuer auseinander. Der Vergleich mit England treffe nicht zu, denn England sei ein Einheitsstaat. Deutschland dagegen ist ein Bund von Staaten, von denen jeder noch seine eigenen Steuern erhebe. In Frankreich werde die Steuer auf Wertpapiere schwer empfunden; deshalb müsse man Bedenken tragen, auch in Deutschland eine solche Steuer einzuführen. Die Deutsche Bank zahle heute zwei Millionen Mark Steuern, sie hätte künftig vier Millionen zu zahlen, wenn der konservative Antrag Gesetz würde.

Hg. Gröber (Zentr.) polemisiert gegen die Nationalliberalen, die in ihrem Antrag auf Einbringung einer Novelle zum Erbschaftsteuergesetz nicht einmal bestimmte Steuersätze vorschlugen. Der konservative Antrag finde die Zustimmung des Zentrums.

Hg. Graf Brudzewski-Mielzynski erklärt sich für den konservativen Antrag.

Hg. Mummien: Der konservative Antrag ist eine neue Auflage des alten Börsengesetzes, das Handel und Wandel schwer beeinträchtigt habe. Die Sonderbesteuerung der Wertpapiere lasse sogar die Schulden außer acht; man wolle Vermögen plus Schulden versteuern. Gesetzgeberische Schwierigkeiten lasse man nicht dadurch, daß man ein Ortsstatut abschreibe und es dann hier als Gesetzesentwurf einbringe. Wenn der konservative Antrag Gesetz werde, dann solle die Regierung ihre anderen Steuern mit dem Zentrum machen. Das sei keine Steuergesetzgebung mehr, das grenze schon an Raub.

Hg. Dr. Paasche hebt hervor, daß man von dem Gedanken, den mühelosen Gewinn zu besteuern, ganz abgesehen sei. Der Weg, den die Konservativen zeigen, sei für die Nationalliberalen ungangbar. Sie hielten an der Erbschaftsteuer fest.

In der Generaldebatte polemisierte noch der Abgeordnete Koeslitz gegen den Abgeordneten Dr. Weber. Darauf trat Schluß der Generaldebatte ein.

Die nächste Sitzung findet Freitag früh 10 Uhr statt.

Der Poststreik.

Der Zentral-Verband der Arbeitervereinigungen ließ gestern nach einer Kundgebung anschlagen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß der Ausstand von den Postbeamten zur Erlangung ihrer Rechte gegen den Staat als Arbeitgeber unternommen worden sei und daß es die Pflicht des Zentral-Verbandes der Arbeitervereinigungen sei, Mittel zu suchen, um den unthätigen Streitenden die Hilfe aller Organisationen zu teil werden zu lassen. Das beste Mittel hierfür sei der Generalstreik. Infolge hiervon fordere der Zentralverband alle ihm angeschlossenen

Vereinigungen auf, sich unverweilt dem Postausstand durch einen Generalstreik anzuschließen. Der Sieg des Postausstandes müsse einen Sieg des ganzen Proletariats bedeuten, wenn dieses einmütig dem Aufruf des Verbandes Folge leisten werde.

Aber ob auch nur das Pariser Proletariat dem Aufruf der syndikalistischen Majorität in dem jetzigen Moment einmütig folgen wird, ist mehr als zweifelhaft. Selbst in der Leitung der Konföderation begegnete der Generalstreikbeschluss großen Widerstand. So wird auch die Aufforderung der Konföderation innerhalb der Arbeiterklasse nur geteilte Zustimmung finden. Die Aktion wird daher kaum über den Rahmen einiger Demonstrationsstreiks hinausgehen.

Ueber den Stand der Bewegung berichten folgende Telegramme:

Streikbeschlüsse.

Paris, 19. Mai. Eine Versammlung der Streckenarbeiter hat beschlossen, den Ausstand bis zum nächsten fortzusetzen. Die Vereinigungen der Bauern, der Bauarbeiter und der Metallarbeiter beschlossen, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Zentralverbandes am 19. Mai die Arbeit einzustellen. Eine Versammlung des Syndikats der Arbeiter des Pariser Gebietes, welche gestern abend zugunsten des Poststreiks veranstaltet wurde, hat eine Tagesordnung angenommen, in welcher der Solidarität mit den Postbeamten Ausdruck gegeben wird.

Die Elektriker und die Erdarbeiter.

Paris, 19. Mai. In der gestrigen Versammlung der Postbeamten erklärte Pataud, der Sekretär des Syndikats der Elektrikarbeiter, daß ihr Ausstand eines Tages unerwartet eintreten werde, damit ein Ersatz nicht möglich sei. Der Sekretär des Verbandes der Erdarbeiter kündigte den Ausstand seines Verbandes für heute an.

Trotzdem arbeiten heute die Erdarbeiter in zahlreichen Betrieben.

Neue Maßregelungen.

Paris, 19. Mai. Im Haupttelegraphenam fehlen acht Beamte, im Hauptpostamt fünf Angestellte und 40 Drucksachenboten. — Der Disziplinarrat hat Pauron, den Sekretär des Eisenbahnarbeiter-Syndikats wegen Abwesenheit vom Dienste und Mangels an Disziplin entlassen, die Entlassung dreier Beamten rückgängig gemacht und zwei weitere entlassen. Unter diesen befindet sich Ballet, ein Hauptpostbeamter der Westbahn, der den Richtern des Disziplinarrats vorgeworfen hatte, sie seien die Lakaien einer aus Renegaten zusammengesetzten Regierung.

Zwei Briefträger wurden heute früh auf ihrem Dienstgange mißhandelt.

Es finden Versammlungen der verschiedenen Verbände statt, doch sind sie wenig besucht.

Der Generalstreik.

Paris, 19. Mai. Der Aufruf des Zentralverbandes der Arbeitervereinigungen, in dem zum Generalstreik aufgefordert wird, hat keinen Eindruck auf die Öffentlichkeit gemacht. Paris zeigt kein gewöhnliches Bild. Die Ausdehnung des Generalstreiks wird man erst am Nachmittage übersehen können, doch hält man den Versuch für gescheitert.

Paris, 19. Mai. Nach den Mitteilungen der Polizeipräfektur hat sich die Bewegung zugunsten des Generalstreiks nicht durchsetzen können. Außer 1500 Erdarbeitern haben sich alle Korporationen von dem Streik ferngehalten.

In den Departements.

Paris, 19. Mai. In Toulon sind einige hundert Arsenalarbeiter, speziell Reifelarbeiter, welche an der Reparatur des Panzerschiffes „Jena“ beschäftigt waren, in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung. — In Moncaugies-Mines beschloß das Grubenarbeiter-Syndikat, morgen früh eine Versammlung abzuhalten, um über die Lage zu beraten und eventuell den Generalausstand zu proklamieren. Man glaubt indes nicht, daß die 10 000 Bergleute der Umgegend die Arbeit einstellen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Mai 1900.

Schluß des Krankenkassenkongresses.

Nach dreitägigen Verhandlungen schloß gestern der imposante allgemeine Krankenkassenkongress. Das schwierige Thema der Beziehungen der Krankenkassen zu den Berufsgenossenschaften und den Versicherungsanstalten behandelte der bekannte Kommentator des Krankenversicherungsgesetzes Amtsgerichtsrat Hahn in höchstvoller allgemeinverständlicher Weise. Invalidentversicherung und Hinterbliebenenversicherung waren die letzten Verhandlungspunkte auf dem Kongress. In temperamentvoller, aber in der Sache selbst recht maßvoller Weise behandelte der Zentrumsabgeordnete Giesbert die auf dem Gebiete der Invalidentversicherung zu stellenden Mindestforderungen. Der Schwerpunkt der Forderungen auf diesem Gebiete sollte unseres Erachtens auf Erweiterung des heute völlig unzulänglichen Begriffs der Invalidität, auf Erhöhung der almosenhafte niedrigen Rentenbeträge, auf Vereinfachung des Verfahrens und, wie der Redner mit Recht hervorhob, auf Ausgestaltung des Heilverfahrens gelegt werden. Erfreulich ist es, daß der Referent mit Nachdruck das obligatorische Heilverfahren an Stelle des fakultativen (vom Belieben der Versicherungsanstalt abhängigen) Geldverfahrens verlangte: noch im Jahre 1890 stimmten seine politischen Freunde einen dahin gerichteten Antrag der Sozialdemokraten nieder. Die gleichfalls seit Jahrzehnten seitens der Sozialdemokratie vergeblich aufgestellte Forderung obligatorischer Versicherung der Heimarbeiter wurde nach einer lebhaften Begründung durch Krüger Berlin einstimmig angenommen.

Die Hinterbliebenenversicherung wurde von Graf in einer inhaltsreichen, von tiefer Sachkenntnis zeugenden Rede, die von humoristischen und satirischen Ausfällen löchlich gespickt war, behandelt. An Stelle der Witwen- und Waisenversicherung forderte der Referent eine wirkliche Witwen- und Waisenversicherung, und eine Angleichung der Heimarbeiterversicherung an die allgemeine Versicherung. Graf prägte in bezug auf die auch von Giesberts scharf verurteilten Pläne der Reichsregierung auf Vernichtung der Selbstverwaltung das treffende Wort: „Sozialistengesetz in Kassenpackung“. Wie absurd die von der Reichsregierung verbreitete Legende ist, daß Ortskrankenkassen zu politischen Zwecken mißbraucht würden und wie wenig des Ministerialdirektors Caspar Behauptung zutrifft, die Regierung habe sich die Legende nicht zu eigen gemacht, sondern sie nur referiert, zeigen die Motive zur Reichsversicherungsordnung klar. Es heißt da (auf S. 64):

„In erster Beziehung sind den Einzelregierungen wie der Reichsverwaltung im Laufe der Jahre umfangreiche Mitteilungen zugegangen, mit denen an der Hand zahlreicher Einzelfälle der Beweis zu führen gesucht wird, daß in vielen Ortskrankenkassen die Versicherten ihr Uebergewicht zu politischen Parteizwecken ausnützen und

mißbrauchen. Nicht minder eifrig ist man von der Gegenseite bestrebt gewesen, Behauptungen dieser Art zu entkräften. Insbesondere sind Kennerungen der in den Kassenorganen tätigen Arbeitgebervertreter geammelt worden, welche die Unparteilichkeit der Kassenführung und die Fernhaltung ungebührlicher Beeinflussungen von außen her bezugen sollen. Tatsächlich hatte denn auch bei den vom Reichsamt des Innern geprüften und mit Vertretern der Kassenverwaltungen eine Anzahl der erschienenen Arbeitgeber das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche innerhalb der Verwaltung ihrer Kassen nachdrücklich in Abrede gestellt. Auf der anderen Seite rührte ein großer Teil derjenigen Ausführungen, die das Einbringen politischer Tendenzen in die Kassenverwaltung rügen, von den Aufsichtsbehörden der Kassen und von staatlichen Verwaltungsbehörden her, denen förmlich Sachkenntnis und unbefangene Beurteilung nicht abgesprochen werden kann.“

Nach weiteren Darlegungen wird dann in den Motiven gesagt: „Wenn man hiernach auch ganz von der Frage absieht, in welchem Maße Mißbräuche bei der Verwaltung der Ortskrankenkassen tatsächlich vorgekommen sind, wird man die Notwendigkeit wirksamer Kontrollen zu schaffen, schon aus der Tatsache herleiten müssen, daß das geltende Recht hier in weitem Umfange die Möglichkeit von Mißbräuchen, nicht aber in gleichem Maße die Mittel zur Abhilfe bietet.“

Mit derselben Argumentation könnte man Bestrafung aller Staatsbürger wegen Diebstahls verlangen, da Diebstähle vorkommen können und die Möglichkeit ihnen vorzubeugen nicht bestehe.

Am das Gräfliche Referat schloß sich eine interessante Debatte. Giesberts (christliche Gewerkschaft) und Erkelenz (Kirch-Dunder) bekämpften einige Forderungen der Gräflichen Zeitsätze als noch nicht erreichbar. Graf trat ihnen entgegen. Der Kongress nahm die Gräflichen Forderungen mit einer einstimmigen grenzenden Mehrheit an.

Die mit tiefem Ernst und gediegener Sachlichkeit geführten Kongressverhandlungen werden die Verwirklichung des im Schlußwort Simonowitsch ausgesprochenen Wunsches lebhafter Agitation unter den Arbeitern sicherlich fördern. Der Krankenkassenkongress hat treffliche Aufklärungsarbeit geleistet. Jetzt gilt es, sie weiter zu fördern und in den weitesten Kreisen der Bevölkerung das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Versicherungs-gesetzgebung und seines Ausbaus wirklicher Selbstverwaltung unter Teilnahme der Arbeiter zu verbreiten.

Ein gestern im Gewerkschaftshaus tagender Kongress der Hilfskassen machte in energischer Weise gegen die Versuche, die Hilfskassen zu erschöpfen, Front.

Nachklänge zur Reichstagswahl im Wahlkreise Rüdighausen-Beckum-Warendorf.

Am Freitag haben die Zentrumswähler des Kreises den 400 Millionen schweren heiligen Herzog von Arenberg in den Reichstag geschickt. Von unserer Partei kandidierte Genosse Eilers-Bielefeld. Wir haben, trotzdem in brutaler Weise gegen das Wahlgesetz verstoßen wurde, mehrere hundert Stimmen Zuwachs erhalten. Und viele hundert Stimmen sind uns durch das Nachboringland verloren gegangen, übrigens außer Plänen und Worten der einzige nennenswerte Ort des Kreises, wo Bergarbeiter wohnen. Eine sozialdemokratische Organisation gab es bisher im Kreise nicht. In manche Orte sind sogar noch niemals sozialdemokratische Flugblätter gekommen. Die Agitationsarbeit leisteten Genossen aus Dortmund, Gelsenkirchen und Aachen. Sie wurden am Wahltage systematisch aus den Wahllokalen getrieben, trotzdem Genosse König und andere den Landrat von Warendorf telephonisch und telegraphisch ersuchten, dem Geleise Beachtung zu verschaffen. In mehreren Orten sind die Genossen sogar abends beim Ausgehen der Stimmen aus dem Wahllokal vertrieben worden. So in Dissen, wo am Tische des Wahlvorstandes auch gleichzeitig die Viehzählung vorgenommen wurde. In Nordkirchen, dem Wohnsitz des Arenbergers, mußten unsere Genossen den Rückzug antreten, wenn sie nicht mit den geistigen Waffen der Zentrumsfanatiker — armstarke Knüttel — nähere Bekanntschaft machen wollten. In Aachen wurden unsere Genossen von christlichen Maurern angegriffen. Ins Wahllokal durften sie nicht. Speisen und Getränke verweigerte man ihnen. Dort wunderten sich die Leute sogar, daß unsere Genossen nicht mit roten Hosen bekleidet waren. Sie hatten ihr Verbot noch keinen Sozialdemokraten gesehen. In Senden, gleich Aachen ein Ort, der drei Stunden von der nächsten Bahnstation abliegt, kontrollierte ein Zentrumsfanatiker die Wähler, indem er sich die von unseren Genossen verteilten Stimmzettel zeigen ließ. Als ein Genosse dies Verhalten als ungebührlich bezeichnete, verschwand jedoch der Fromme von der Bildfläche. In Rüdighausen bekam ein Bauer zu seinem Arenberg-Zettel einen von unseren Genossen. Welche Zettel in der Hand begab er sich zum Wahlvorstand und fragte, welcher der richtige sei. Als der Vorsteher ihm bedeutete, das müsse er selbst entscheiden, ging er kopfschüttelnd von dannen, um wie er sagte, seine Frau zu fragen, die wisse es vom Pastor.

Die Menge gebärdete sich nach der Wahl in Erwartung des Preisbieres geradezu fanatisch gegen unsere Genossen. In Döbel suchte ein Kaplan unsere Partei zu verunglimpfen, indem er Unwahrheiten und Lügen am Wahlvorstandstische zum Besten gab. Es wurde sogar behauptet, die roten Zettelverleiher bekommen pro Tag 100 Mark. In Wirklichkeit gab es 2 Mark, also nicht einmal Lohnausfallsentschädigung.

Trotz alledem kann unsere Partei zufrieden sein. Es sind in Orten, wo noch niemals eine sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde, solche aus der Urne gefallert. In Selm, wo 1907 eine einzige Stimme für uns abgegeben wurde, erzielten wir diesmal 68. Zahlreiche Anmeldungen laufen ein, so daß mehrere neue Parteiorganisationen gegründet werden können. Es dümmert auch im schwarzen Münsterland. — Der Bergbau dringt immer mehr nach Norden in den Kreis und mit ihm zieht auch der Sozialismus ein — langsam, aber sicher. —

Zunkerliche Volksverhöhnung.

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ leistet sich folgende frache Verspottung der Berliner Wählermassen:

„Heute nahete der „große“ Tag, an dem der „Vorioaris“ den bürgerlichen Parteien „zum Tanze aufspielen“ wollte, falls sie es wagen sollten, die wider Recht und Gerechtigkeit in den Berliner Landtagswahlen durchs Ziel gelangten zwei Drittel der „roten Sech“ wieder zum Tempel hinauszufomplimentieren. Gespött und gelangt wurde; auch die große sozialdemokratische Wahlgelge wurde gestrichen — aber von anderen! Auf der Prinz-Albrecht-Strasse sollte nach dem Wunsch der behaglich am Ramin ihre Parteigelber verkehrenden sozialdemokratischen Drahtzieher „das Volk“ mit Macht seine Stimme erheben, um die bürgerlichen Parteien einzuschüchtern; die zwei kleinen Hänslein von Comelotto, die rechts und links vom Abgeordnetenhaus einen etwas gehäufften Raubmümel machten, verhielten sich auf das erste deutliche Räuspere der paar Politziten hin selbstwärts in die Büsche. Es wäre auch kaum nötig gewesen, die Willektausgabe für die Tribünen einzuschütten; denn der Andrang war so wie so nicht welterschütternd: Alles in allem eine Volkssele, die absolut nichts Kochen geraten will!“

Die braven Junker mögen nur so fortfahren, zum Schanden der Volksausplünderung und Volksentrechtung noch solch näselnde Schnoddrigkeiten hinzuzufügen und es wird ihnen trotz aller Lammgeduld des deutschen Michels schließlich doch noch gelingen, die Volksseele ins Kochen zu bringen! —

„Der rote Gustav.“

Der Genosse Hoffmann gebrauchte in der Landtagssitzung vom 15. Mai mit Bezug auf den konservativen Landtagsabgeordneten Mallewitz die Redewendung: „der früher bei uns auch bekannt war unter dem Namen „der rote Gustav.“

Darauf gab Herr Mallewitz in der nächsten Sitzung vor der Tagesordnung eine geharnischte Erklärung ab: das sei eine „perfide Beleidigung“, die früher schon mal verbreitet worden sei, er habe nie zur Sozialdemokratie gehört.

Da Genosse Hoffmann durch den Gewaltstreik der preussischen Duma vorläufig nicht in der Lage ist, Herrn Mallewitz dort zu antworten, wollen wir an dieser Stelle Herrn Mallewitz mit besonderer Freude gern bestätigen, daß er nie zur Sozialdemokratie gehört hat. Leute, die zu uns gehören, pflegt man auch unter uns nicht so zu bezeichnen; sein Radikalismus auf gewerkschaftlichem Gebiet und sein reaktionäres Auftreten auf politischem, gaben Anlaß zu manchem Epitheton. Mallewitz war eifriges Verbandsmitglied der Buchdrucker und wurde in den 80er Jahren Vorsitzender der Mitgliedschaft Stettin. Der Tarif (den er heute als Buchdruckereibesitzer nicht anerkennt) war damals sehr wenig durchgesetzt und Mallewitz tat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender alles, um dem Tarif Geltung zu verschaffen, er hat auch Arbeitseinstellungen zu diesem Zweck veranlaßt. Später wurde Mallewitz Gauvorsitzer und entwickelte dabei eine lebhafteste Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet bei den Buchdruckern. Er war auch Gehilfenmitglied der Tarifkommission; heute beschäftigt er seinen organisierten Gehilfen in seiner „Pommerschen Reichspost“. Schon im Jahre 1888 machte man auf dem Gaultage in Spandau gegen ihn Front, da er in seinem Blatte den Puttkamerischen Streikerlaß verteidigte, aber zu gleicher Zeit noch als Gauvorsitzer Arbeitseinstellungen zum Zweck der Durchführung des Tarifes anregte! 1890 legte er sein Amt als Gauvorsitzer nieder. Berliner Kollegen sagten nach dieser Wandlung von ihm: „Und das ist der rote Gustav von früher?“ Ja man nannte ihn spottweise wegen seiner heutigen Feindschaft gegen den Tarif „Tarif-Anarchist“.

Also keine Aufregung, Herr Mallewitz! Wir reklamieren den „radikalen Gustav“ von früher nicht, aber seine heutigen Freunde bezeichnen Leute, die heute wie er seinerzeit für die Organisation tätig sind, als „Streikheizer“!

Die christlichen Arbeiter und die Tabaksteuer.

Wegen des Vorgehens der Tabakfabrikanten, in Anbetracht der drohenden Tabaksteuererhöhung die Produktion durch Ueberarbeit zu steigern, nahmen die christlichen Zigarrenarbeiter auf einer Arbeitervertreterkonferenz in Krefeld Stellung. Die Konferenz faßte eine Resolution, in der die Tabakarbeiter aufgefordert werden, alles zu unternehmen, um die Gefahr einer Tabaksteuer abzuwehren. Dann heißt es weiter:

„Insbesondere erwartet sie von den beteiligten Interessenten, daß sie alles vermeiden, was die spätere Lage verschlimmern würde. Dazu gehört auch die über das gewöhnliche Maß hinausgehende Steigerung der Produktion, besonders die Einführung der Ueberzeitarbeit. Das wird zu einer verstärkten Konsumverringering nach kurzer Zeit führen, da dadurch eine Ueberfüllung der Lagerbestände bei den Abnehmern und Konsumenten stattfindet. . . . Durch die erfolgten Vorverordnungen aber wird der Konsum in geradezu besonders erregender Weise zurückgehen und . . . die Arbeiter noch härter betroffen werden, als es ohnehin schon der Fall sein wird. . . . Die Mitglieder des christlichen Tabakarbeiterverbandes werden verpflichtet, keine Ueberstunden zu leisten.“

Die Landtagswahlen in Sachsen.

Nach einer offiziellen Bekannmachung des sächsischen Ministeriums des Innern liegen die Wahlergebnisse zu der sächsischen Landtagwahl vom 8. bis 9. September aus und werden am 12. Oktober abgeschlossen. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Wahlen in der letzten Hälfte des Oktober stattfinden.

Ende nächster Woche wird das sozialdemokratische Handbuch für die sächsischen Landtagswahlen erscheinen. Es ist 15 Bogen stark und enthält außer Abhandlungen über die letzten Jahre sächsischer Politik auch eine Wahlsatzung, das Wahlgesetz und die Ausführungsänderungen hierzu.

Die Ereignisse in der Türkei.

Rahmad Schewket.

Konstantinopel, 19. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung Rahmad Schewket Paschas zum Generalinspektor des Konstantinopeler, Adrianopeler und Saloniker Korps. Damit ist dem jetzigen Diktator wohl auch über die Zeit der Militäraktaturs hinaus ein großer Einfluß gesichert.

Eine Meuterei in Kleinasien.

Konstantinopel, 18. Mai. Deputiertenkammer. Im Verlaufe der heutigen Sitzung teilte der Präsident den Eingang einer Depesche mit, wonach in Bilajet Siwas die Soldaten, die ihre Dienstzeit beenden, die Auszahlung ihres rückständigen Soldes verlangt, das Telegraphenbureau besetzt und eine drohende Haltung angenommen hätten. Die Auszahlung sei jedoch unmöglich, da die Kammer noch keine Vorschriften über die Auszahlung rückständiger Löhne erlassen habe. Die Kammer beschloß darauf, den betreffenden Gesegentwurf möglichst bald fertigzustellen.

Italien.

Eine Friedensstundegebung.

Rom, 18. Mai. Zum Schluß der heutigen Kammer Sitzung erinnernte Treves (Sozialist) an den Jahrestag der Friedenskonferenz im Haag, der jetzt zum zehnten Male wiederkehrt. Er sagte, das italienische Proletariat begrüße mit Freude den Fortschritt dieser Einrichtung, welche ein immer wirksameres Instrument zur Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern werden möge. (Lebhafte Beifall.) Der Präsident schloß sich im Namen der Kammer diesem Wunsch an und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Italien bei den anderen zivilisierten Nationen für seine Landeslinder die gleiche Behandlung erlangen möge, die es durch seine Vorschriften und Befehle stets den Ausländern gewährt habe. Hierauf sagte Ministerpräsident Giolitti, die Regierung sei sich der vollen Bedeutung der Friedenskonferenz und der Schiedsgerichte bewußt, die eine so vielversprechende Zukunft hätten. Die sich in den Weg stellenden Schwierigkeiten seien aber gewiß nicht leicht. Einige widerstreitende Fragen im internationalen Staatsleben seien weder bemerkenswerter Schritt vorwärts getan, denn heute sei jeder Mann von dem Gefühl durchdrungen, daß das Recht und nicht die Gewalt zwischen den Nationen entscheiden müsse. Italien werde niemals fehlen, wo es gelte, die Werke wohlgestimmter Menschen aller Länder zu fördern. Es habe immer an erster Stelle gestanden, wo es sich um die Anerkennung der Rechte der Ausländer gehandelt habe, und werde niemals einer Nation nachsehen bei Unterfügung

aller Bestrebungen, die die Sicherung eines dauernden Friedens zum Ziele haben im Interesse nicht nur des Proletariats, sondern aller Völker der Welt. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Man sieht, diese Debatte zeigt bei allen Rednern eine große Illusionsfähigkeit. In Wirklichkeit haben die letzten zehn Jahre das völlige Versagen der bürgerlichen Friedensbewegung und den Triumph des Imperialismus gesehen. Das Pathos der italienischen Parlamentarier beruht um so komischer, als gerade jetzt die italienische Regierung den anderen Regierungen auf der Bahn des Wettstreits mit allem Eifer nachfolgt. Nicht in der Erregung falscher Hoffnungen auf die bürgerliche Friedensbewegung, sondern in dem unablässigen Kampf gegen den Imperialismus mit seiner Schutz- und Kolonialpolitik, seinem Wettstreit zu Wasser und zu Lande kann die sozialistische Friedensarbeit bestehen. Damit tritt sie allerdings in Gegensatz zu den Trägern der bürgerlichen Politik und muß sich das schöne Schauspiel, im Verein mit Kammer- und Ministerpräsidenten patriotische Reden zu halten, verlagern. Aber dafür ist sie auch eine wirkliche Garantie des europäischen Friedens, dessen größte Sicherung die Furcht vor der proletarischen Bewegung ist.

England.

Die Steuerdebatte.

London, 18. Mai. Unterhaus. Das Haus beschäftigte sich heute während der ganzen Sitzung mit den zum Budget eingebrachten Resolutionen, welche eine Verdoppelung der Stempelabgaben bei Landwerbungen und auf Inhaberbonds sowie eine Erhöhung der Stempelabgaben auf Vertragsabschlüsse vorsehen. Die Redner der Opposition behaupteten, daß die neuen Belastungen die Londoner Wirt schädigen und das Geschäft nach Amsterdam, Brüssel und New York verlegen würden. Finanzminister Lloyd-George bestritt diese Behauptung, versprach jedoch, die Einbringung eines anderen Vorschlages in Erwägung zu ziehen, der denselben Steuerertrag liefern würde. Schließlich wurden die Resolutionen angenommen.

Schweden.

Gegen die Schmach eines Zarenbesuches.

Stockholm, 19. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der russische Zar plant eine Auslandsreise, auf der er auch Stockholm besuchen will. Ueber diesen unerfreulichen Besuch wurde heute der Minister des Auswärtigen von den Sozialdemokraten interpelliert. Unser Redner, Genosse Branting, brandmarkte in einer packenden Anklage die Verbrennen des Parisismus. In scharfen Worten protestierte er gegen den Besuch des Trägers dieses schandwürdigen Systems nicht nur im Namen der schwedischen Sozialdemokratie, sondern im Namen der ganzen sozialistischen Internationalen.

Die Kammer verweigerte die Debatte über die Interpellation mit allen gegen die 35 Stimmen unserer Genossen.

Rußland.

Die Wördergarde des Zaren.

Petersburg, 19. Mai. In dem getrigen Prozeß wegen der Ermordung Herzensteins hat der Zeuge Prufkow, der Führer des Verbandes des russischen Volkes, behauptet, Dubrowin und Pulajel hätten auch an den Beratungen über die beabsichtigte Ermordung des Ministerpräsidenten Stolypin, des Grafen Witte und Riljukows teilgenommen.

Begnadigung der Kriegshelden.

Petersburg, 19. Mai. General Stöfel hat heute vormittag um 10 Uhr, Kobogotow um 11 Uhr die Peter-Pauls-Festung verlassen.

Eine mittelalterliche Debatte.

Petersburg, 18. Mai. Die Reichsduma nahm heute in erster Lesung den ersten prinzipiellen Gesegentwurf aus dem Jukus der Wahrgeln zur Verwirklichung des kaiserlichen Manifestes über die Gewissensfreiheit an. Durch den angenommenen Gesegentwurf werden die politischen und bürgerlichen Rechte einschränkungen derjenigen Persönlichkeiten abgeändert, welche sich freiwillig oder gezwungen von den kirchlichen Amtshandlungen losgelöst haben. Der Gehilfe des Oberprokurators des Heiligen Synods erklärte, von der Rechtsunterstützung im Namen der höchsten Kirchenverwaltung, daß dieser Gesegentwurf nicht ohne vorherige Begutachtung und Genehmigung des Synods erörtert werden könne. Der Berichterstatter der Kommission wies darauf hin, daß die Ausführungen des Vertreters des Synods der gesetzgeberischen Praxis widersprächen, die der Reichsduma eingeräumten Rechte einschränken und völlig unbegründet seien. Wenn die Regierung mit der Meinung des Vertreters des Synods einverstanden gewesen sei, hätte sie den Gesegentwurf zurückziehen können. Da dieses nicht geschehen sei, müsse die Duma zur Beratung der völlig geschmacklos ihrer Beurteilung anvertrauten Frage schreiten. Ein Vertreter des Zentrums schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters an und erklärte, für das Zentrum seien die Beweggründe des Gehilfen des Oberprokurators nicht überzeugend und seine formellen Einwände verdienen nach der Auffassung des Berichterstatters keinerlei Beachtung.

Aus der Partei.

Den Anschluß gefunden.

Im neuesten (10.) Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ hat Max Maurerbrocher den Anschluß an Deuthner gefunden. Während Bernstein (in einem Artikel „Die internationale Politik der Sozialdemokratie“ im selben Heft) sich entschieden weigert, den Revisionismus bis zur Revision der Internationalität zu treiben und manches treffende Wort dagegen findet, hat Maurerbrocher in den Deuthnerschen Gedanken die passende Ergänzung seiner revisionistischen Anschauungen erkannt. Sein Artikel „Englische oder proletarische Politik“ wendet sich lebhaft dagegen, daß „ein Teil unserer Presse aus blinder Opposition gegen die heimische Regierung die Linie proletarischer Politik verläßt und unbewußt die Geschäfte der herrschenden Klassen des Auslandes besorgt“. Und diese Gefahr sieht Maurerbrocher besonders bei dem Eintreten unserer Partei für ein Abkommen mit England auf Einschränkung der Flottenrüstungen gegeben. Seiner Ansicht nach hat Deutschland keinerlei Veranlassung, England die Ueberlegenheit auf dem Meere zuzugestehen — das Abkommen darf nach Maurerbrocher nur auf dem Fuße der gleichen Stärke geschlossen werden. Das heißt mit anderen Worten, die deutsche Dreadnoughtflotte muß auf die Stärke der englischen gebracht werden! Also läßt Maurerbrocher die „Kreuzzeitung“ und den konservativen Professor Schiemann, die den Gedanken des Abkommens erster Erwägung wert erklärten, an imperialistischer Bestimmung weit hinter sich und liefert als freiwilliger Regierungskommissar Material zur Begründung der Flottenvorlage von 1912! Und das nennt er dann komischerweise „proletarische Politik“! In Wirklichkeit ist es der Imperialismus der abgehauchten Nationalsozialen, der bei dem einseitigen Mitkämpfer Kaumanns wieder zum Durchbruch kommt, nachdem er unter dümmen Hülle eine Zeitlang geschlummert hatte.

Der Bildungsausschuß.

Der Gesamtpartei hat am Dienstag, den 18. Mai, eine Sitzung abgehalten, die besonders der Vorbereitung des Winterprogramms 1909/10 gewidmet war. Der Ausschuß wird, da die bisherigen Erfahrungen günstig sind, das Institut der wissenschaftlichen Wanderkurse weiter ausbauen, besonders durch Einrichtung von naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Vortragszügen. Das Verzeichnis empfehlenswerter Jugendbüchereien soll fortlaufend ergänzt werden; außerdem soll dem nächsten Verzeichnis auch eine Uebersicht über künstlerischen Wanderschmuck beigegeben werden. Das gedruckte Winterprogramm des Bildungsausschusses, das allen bei der zentralen Geschäftsstelle (Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) gemeldeten lokalen Ausschüssen unentgeltlich zugeht, wird in diesem Jahre früher als im Vorjahre (Mitte Juni) versandt werden.

Gegen die Brackler Anarchosozialisten.

Der erweiterte Vorstand der Kreisorganisation des Wahlkreises Dortmund-Hörde hat in einer Sitzung, an der Vertreter aller Landbezirke teilnahmen, zu dem bekannten Konflikt in Brackel Stellung genommen.

Entgegen den Darstellungen der gesamten bürgerlichen Presse wurde festgestellt, daß es sich nicht um einen größeren Kreis von Genossen, sondern lediglich um Nachschafften einiger Uuertreiber handelt. Der erweiterte Vorstand beschloß einmütig, gegen sechs Genossen, die anarchosozialistische Propaganda betrieben haben, den Ausschluß zu beantragen. — Um dieses Verfahren einzuleiten, beruft der Zentralvorstand des Wahlkreises Dortmund-Hörde eine außerordentliche Generalversammlung auf den 20. Juni ein. — Einer der gegen die Partei auftretenden Redner der Brackler Versammlung, der Rechtskonsulent Karl Erdmann-Dortmund, ist schon aus der Partei ausgetreten, just einen Tag vor dem Zusammentritt des Schiedsgerichts, das über seinen Ausschluß entscheiden sollte.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Bergwerksdirektors — durch eine Artikel der Arbeitsverhältnisse auf der ihm unterstellten Grube — wurde Genosse Hermann Krasser vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwickau durch das Schöffengericht Zwickau zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Eine mysteriöse „Darlehns“-Bank.

Bei Instituten, die sich „Darlehnsbanken“ nennen oder auch in Wirklichkeit solche sind, nimmt man gemeinhin an, daß sie Darlehen vergeben. Gestern trat aber vor der 6. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts eine „Bank“ als Klägerin auf, welche die Eigentümlichkeit hat, sich selbst von den Angeklagten, die sie sucht, Darlehen geben zu lassen, und zwar handelt es sich um ein Unternehmen, das unter der Firma: „Grundbesitz- und Hypothekbank, G. m. b. H.“, in der Leipziger Straße sein Domizil hat. Diese Firma, an deren Spitze ein gewisser Georg Gerike als „Bankdirektor“ steht, schloß mit einem Kaufmann S. einen Darlehns- und Anstellungsvertrag, nach welchem S. am 1. Oktober v. J. in die Firma als Buchhalter mit einem garantierten Jahreseinkommen von 3600 M. eintreten, gleichzeitig der Bank aber ein Darlehen von 10 000 M. geben sollte. Bei Vertragsschluß war der Geschäftsräum der Firma nach dem Hofe hinaus, als S. aber seine Stellung antreten wollte, hatte die Firma elegante Borderräumlichkeiten in der Nähe gemietet, nur Möbel standen noch nicht darin. Das machte S. stutzig und er verlangte vom Direktor G., daß die Ehefrau für das Darlehen Bürgschaft leiste. Nach einigem Widerstreben hat G. den Kaufmann, er möchte nur am nächsten Tage die 10 000 M. in bar mitbringen, dann werde es schon ihren vereinten Bemühungen gelingen, die Frau zur Bürgschaftleistung „zumzukriegen“. S., der dadurch ganz in Sicherheit gestellt war, wollte schon darauf eingehen, da traf zu seinem Glück wenige Stunden vor Ausführung die Auskunft eines renommierten Bureaus ein, nach welcher sowohl G. wie auch seine Ehefrau bereits mehrfach in Konturs gewesen wären. Das veranlaßte den Kaufmann, nunmehr von jeder weiteren Verbindung mit der Bank abzusehen.

Die Firma wollte sich mit den ihr entgangenen 10 000 M. nicht zufriedengeben, sondern verlangte von S. ein Schmerzensgeld von 4200 M. Mehrere Geschäfte seien ihr durch das plötzliche Ausbleiben der Darlehnssumme entgangen und sie habe auch nicht so leicht einen Ersatzmann für Beklagten finden können. Das Kaufmannsgericht wies die Klage ab. Das Gericht halte es für ausgeschlossen, daß die Klägerin nicht sofort einen anderen Buchhalter mit 250 Monatsgehalt — allerdings ohne Darlehen — hätte finden können.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Stand des Bauklemperkreises

wurde in einer öffentlichen Klempererversammlung erörtert, die am Mittwochabend in den „Andreas-Gälen“ stattfand, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband. Adolf Cohen referierte. Er besprach die Anstrengungen der Unternehmer, Streikbrecher heranzuziehen. Sogar aus Wöhmen versuchte man Bauklemperer zu holen, wie ein gestern eingelaufenes Schreiben an den Verband bewies. Die Absicht wurde aber durchkreuzt, es gelang nicht, die nötigen Arbeitskräfte zu gewinnen, weder vom Inland noch vom Ausland. In der bürgerlichen Presse versuchte man nach Kräften Stimmung zu machen und den Streit als beendet zu erklären. Alle Anstrengungen waren vergeblich. Der Tarifvertrag ist bis Mittwochabend von

98 Firmen

unterschrieben worden, bei denen 430 Bauklemperer zu den neuen Bedingungen arbeiten. Für den Streik kommen nur noch 41 Firmen in Betracht. 360 Streikende werden noch gezählt. Die Zahl der Arbeitswilligen ist seit acht Tagen bedeutend herabgegangen. Zu den Verhandlungen, die am Freitagvormittag stattfinden sollten, ist der Streikleitung noch eine schriftliche Mitteilung zugegangen, unterzeichnet von Heuer und Dr. Rielenz. Cohen erwähnte, daß die Arbeitgeber mit einem gewissen Mißtrauen den Posten in der letzten „Vorwärts“-Notiz gelesen hätten, nach welcher die Arbeiter zu Verhandlungen bereit wären, wenn die Aussicht bestände, daß sie ihre Forderungen zur Anerkennung bringen können. Die Antwort Cohens auf eine dieserhalb ergangene telefonische Anfrage hätte etwas weniger scharf gelautet, indem er nur betonte, daß die Klemperer zu einer Verständigung bereit wären, wenn dies auf einer den Klemperern annehmbaren Grundlage möglich sei.

Man wird am Freitag hören, welche Vorschläge die Unternehmer zu machen haben. Auf die Einleitung, die Form, kommt es dabei weniger an.

Cohens Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referats. Mit Ruhe wird man abwarten, was die Verhandlungen zulage fördern.

Maurerstreik auf dem Neubau der städtischen Gaswerke.

Auf dem Grundstüd der städtischen Gaswerke in der Danziger Straße wird gegenwärtig ein neuer Gasbehälter gebaut. Die Maurerarbeit hiervon wird auf Kosten der Stadt von der Baufirma Gustav Müller in Tegel ausgeführt. Obgleich nun im Berliner Baugewerbe schon seit Menschengedenken die Einrichtung besteht, daß in die Nachmittagsfrist eine halbstündige Vesperpause eingelegt wird — was auch seit 1890 durch Tarifvertrag festgelegt ist —, wurde auf diesem Bau von den Maurern und Bauhilfsarbeitern verlangt, sie sollten ohne Pause und ohne etwas zu sich

zu nehmen von 1-5/8 Uhr arbeiten. Während der Polier sich in dieser Zeit Kaffee und Chwaren in die Waubude bringen ließ, verbot er den Maurern und Arbeitern, bei der Arbeit etwas zu genießen.

Am 8. Mai wandte sich die Organisationsleitung schriftlich mit dem Ersuchen an Herrn Müller, auch auf seinen Wauten die tarifliche Arbeitszeit innewahalten, indem sie zur Begründung auf die gesundheitlichen Schäden hinwies, die für die Arbeiter aus einer derartigen Ausdehnung der Arbeitszeit erwachsen. Eine Antwort ist auf dieses Ersuchen bis heute noch nicht eingegangen.

Am 18. Mai verlangte dann plätzlich der Polier — ohne die Arbeiter vorher zu verständigen — eine Ausdehnung der Arbeitszeit noch über 5/8 Uhr hinaus ohne Pause. Als dies 9 Maurer verweigerten, wurden sie am gestrigen Tage früh vor Beginn der Arbeit entlassen. Dies trieb jedoch die Dinge auf die Spitze. Die von der Organisationsleitung versuchte Beilegung des Streikfalles scheiterte daran, daß der bauausführende Herr Müller — wie er sich so schön ausdrückte — mit der Organisation „nichts zu tun“ haben wollte. Dem Vertreter der Organisation wurde darauf vom Polier im Auftrage der Direktion das Verweilen auf dem städtischen Grundstück verboten. Unter diesen Umständen haben sich die dort beschäftigten Maurer im Einverständnis mit der Organisation veranlaßt, die Arbeit nicht aufzunehmen, und gibt der Bau für Maurer als gesperrt.

Es wirft dieser Vorgang ein eigenartiges Licht auf die Bauverwaltung, wenn man sich die Annahme der Ausschuhantträge über die Neuregelung des Submissionswesens der Stadt Berlin in der Stadterordnetenversammlung vom 6. Mai vor Augen hält.

Die Lohnbewegung der Stukkateure.

Nachdem sich die vorige Versammlung der Stukkateure mit überwiegender Mehrheit für die Annahme der vom Einigungsamt gemachten Vorschläge entschieden hatte, hat nunmehr die Kommission dem Einigungsamt erklärt, daß die Arbeitnehmer mit den Einigungsvorschlägen einverstanden sind. Inzwischen haben auch die Arbeitgeber sich dem Einigungsamt gegenüber für die Annahme der Vorschläge erklärt. Demnach hat sich die Fällung eines Schiedsspruches erübrigt. Der Tarif ist nunmehr bis zum 31. März 1912 verlängert mit der Aenderung, daß vom 16. Mai 1910 ab eine Lohnerhöhung eintritt, und zwar für Bauarbeiter auf 7,50 M., für Werkstattarbeiter auf 6,25 M. bzw. 5,75 M. — In einer gestern abend abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Stukkateure wurde die endgültige Annahme des Einigungsvorschlages mitgeteilt und besprochen. Als sehr wesentlich wurde die Vertragsbestimmung bezeichnet, wonach besondere Abmachungen, welche vom Tarif abweichen, nicht getroffen werden dürfen. Auf Grund dieser Bestimmung werde es möglich sein, den Mißständen ein Ende zu machen, welche darin bestehen, daß oft zu ungünstigeren als den im Tarif festgesetzten Bedingungen gearbeitet wird.

Die Verhältnisse auf dem Schlachthofe

behandelte eine Versammlung der dort beschäftigten Schlächtergesellen. Der Zentralverband der Schlächter entsendet seit Jahresfrist eine eifrige Agitation auf dem Berliner Schlachthofe unter den bei den Großschlächtern und in der Darmverwertung beschäftigten Arbeitern. Die Agitation trug gute Früchte, welche aber auch die Gegner, welche den Verband vom Schlachthofe verdrängen wollten. Die „Brüderchaft“ und andere Vereinigungen machten viele Anstrengungen, aber der Verband behauptete seine Position. Er zeigte sogar seine Macht bei dem jüngsten Streik der Darmarbeiter, von dem im „Vorwärts“ berichtet wurde. Diesen Kampf schilderte Paul Bergmann in der Versammlung, die am Dienstagabend im „Elysium“, Landsberger Allee, stattfand. Der Redner sprach über die Notwendigkeit der Organisation und führte aus, welche Lehren die Arbeiter aus dem bestehenden Streik zu ziehen haben. Die Verhältnisse auf dem Schlachthofe sind dringend verbesserungsbedürftig. Die lange Arbeitszeit, die Sonntagsarbeit, der geringe Lohn, der zu einem großen Teil aus Trinkgeldern besteht, die Zustände, die Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohen, diese Dinge sind nur zu ändern, wenn die Organisation dagegen auftritt. Die Organisation kann aber nur etwas leisten, wenn die Fleischergesellen zahlreich derselben beitreten. Nicht aller Fleischer muß es sein, die jetzt im Kampfe stehenden 54 Darmarbeiter zu unterstützen und keine Streitarbeit zu übernehmen. Es ist für die Organisation von größtem Wert, daß dieser erste Kampf, den sie auf dem Berliner Schlachthofe führt, nicht verloren geht.

In der Diskussion, die dem Referat folgte, wurde über die Haltung der Polizei in diesem Streik sehr viel gesagt. In der Abteilung für Darmverwertung sollen gesundheitswidrige Zustände herrschen; die Streikbrecher sind meist unfähige Leute, die bestehenden Vorschriften werden nicht beachtet; die Därme bleiben zu lange liegen, bis sie bearbeitet werden und verbreiten einen furchtbaren Gestank, so daß man erwarten sollte, die Gesundheitsbehörde müßte sich sofort darum kümmern. — Die Versammlung war sehr stark besucht, und den Streikenden wurde die vollste Sympathie ausgedrückt und Unterstützung zugesichert.

Deutsches Reich.

Terrorismus der Bauunternehmer.

In Halberstadt befinden sich die Maurer und Bauarbeiter im Lohnkampf. Die Streikenden sind durch schwarze Listen über ganz Deutschland von den Unternehmern verfehmt worden. Der Ausbürgerungsbeschl. lautet:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Halberstadt.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Hierdurch benachrichtigen wir Sie ergebenst, daß am 1. Mai bei uns die Maurergesellen und Bauarbeiter in den Streik getreten sind.

Wir bitten Sie höflichst, aus Halberstadt kommende Maurer und Arbeiter nicht einzustellen bzw. sogleich wieder zu entlassen. Die Liste der Ausständigen beiliegend.

Es folgt dann, alphabetisch geordnet, mit Familien- und Vornamen, Geburtstag und Geburtsort ein Verzeichnis von 228 Maurern und 111 Bauarbeitern.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Rheinland-Westfalen will noch immer nicht den Umfang annehmen, den der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wünscht. In einer Versammlung des Bundes, welche in Dortmund stattfand, wurde von der Bundesleitung zugesagt, daß die Aussperrung „berpflucht“ sei. Anstatt aber hieraus die nötigen Lehren zu ziehen und sich die Finger nicht weiter zu verbrennen, schlägt man in der Öffentlichkeit weiter Alarm und macht weitere aussichtslose verzweifelte Anstrengungen, der Aussperrung eine größere Ausdehnung zu geben. Die Vereinigung der Holzhändler in Dortmund hat auf Weisung des „Bundes“ ein Schreiben an ihre Kundenschaft gerichtet, worin derselben mitgeteilt wird, daß sich auf weiteres Holzlieferungen nicht erfolgen werden. Die Holzhändler haben aber einzeln ihre Kunden aufgesucht und ihnen den Rat gegeben, möglichst viel Holz „auf Abruf“ zu kaufen. Diesen Rat haben die Meister natürlich befolgt und so ist beiden Seiten geholfen. In Hagen und Bochum haben die Annungen nun auch wieder beschloffen, auszusperrten. Dem Beschluß sind in Bochum 6 Meister mit 52 Arbeitern nachgekommen, d. h. 52 Arbeitern wurde gekündigt. In der Kündigungsfrist werden aber, wie an allen anderen Orten, auch hier eine Reihe Arbeitgeber noch zur Besinnung kommen. In Hagen ist noch kein Arbeiter gekündigt. Insgesamt befinden sich gegenwärtig im ganzen Bezirk noch 219 Arbeiter im Kampfe. In Schwerte und Buer wurde die Aussperrung zurückgenommen. Da die Arbeiter aber keine Lust zeigten, ohne weiteres zur Arbeit zurückzukehren, wurden denselben sogar Lohnerhöhungen zugesagt. Auch in Dortmund wurde die Aussperrung von einigen Firmen zurückgenommen und eine Lohnerhöhung sowie Verfüzung der Arbeitszeit gewährt.

Berantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Niedorf. Inserate betanw.

Den Arbeitgebern wird nun wieder neue Hilfe für die aller-nächste Zeit in Aussicht gestellt. Und zwar sollen in — Mannheim und Hamburg Differenzen im Tischlergewerbe in Aussicht stehen. Wenn es dort wirklich zum Kampf kommen würde, wäre den Arbeitgebern im Ruhrgebiet damit auch nicht gedient, denn der Deutsche Holzarbeiterverband ist finanzkräftig genug, solche Kleinigkeiten zu tragen.

Die Arbeitgeber suchen auch den christlichen Holzarbeiterverband zu geforderten Verhandlungen zu bewegen. Von der Leitung desselben wurde den Herren gesagt, daß Verhandlungen nur mit allen Arbeiterorganisationen gemeinsam möglich seien. Man müge sich keine Mühe mehr geben, Uneinigkeit zwischen die Arbeiterorganisationen zu bringen, diese würden den Kampf gemeinsam zu Ende führen.

Die Wamagie für den Arbeitgeberbund wird also eine vollständige werden. Zugug von Tischlern und Maschinenarbeitern ist auch ferner nach Rheinland-Westfalen fernzuziehen.

Massenkündigung von Buchdruckern. Die Großbuchdruckerei F. S. Vossen u. Söhne in Wald bei Solingen hat am letzten Sonntag einer Anzahl der ältesten Arbeiter (Seher und Drucker) gekündigt. Begründet wurden diese Kündigungen mit der augenblicklichen schlechten Geschäftslage; in Wirklichkeit sind die Kündigungen jedoch erfolgt, um die schon lange geplante Einführung des Dreimaschinensystems zu erzwingen. Von einer schlechten Konjunktur kann bei der betreffenden Firma keine Rede sein, denn noch in voriger Woche haben sämtliche Seher circa 12 Stunden übergearbeitet und auch Neueinstellungen wurden noch vorgenommen. Die Massenkündigung bedeutet einen Tarifbruch.

Die Glaser und Tischler in Mannheim stehen in einer Tarifbewegung. Die Unternehmer wollen durch Zugug auswärtiger Arbeiter die Tarifbewegung zu ihren Gunsten gestalten. Der vom Verband der Industriellen unterhaltene Arbeitsnachweis in Mannheim sucht durch Vermittlung des Annoncenbureaus Rud. Mosse in bürgerlichen Zeitungen Glaser nach Mannheim. Es wird dabei ein Wochenlohn von 40 M. in Aussicht gestellt. So hoch sind die Löhne jedoch nicht. In Mannheim sind sehr viele Glaser und Tischler ohne Beschäftigung. Zugug ist deshalb fernzuziehen.

Eine rasche Antwort.

Im Abgeordnetenhaus tagte man gestern wohl ver-wahrt. Die immer, wenn der Mut in der Brust der Reak-tionäre dieser Junkerkammer seine Spannkraft übt, umgab man diese mit einer starken polizeilichen Säugmauer. Selbst überflüssige Tribünenbesucher hielt man durch einen kleinen Trick fern, indem man die leeren Tribünen als „besetzt“ ausgab. Draußen patrouillierte die Polizei und mancher harmlose Passant blieb deswegen verwundert und neugierig stehen; größere Ansammlungen fanden aber nirgends statt. Die Polizei rechnete allerdings damit, denn in der fliegenden Wache hinter der Kunstgewerbeschule lagen einige Duzend Säugleute bereit. Man erwartete sozialistische Demon-strationen und hatte sogar das Personal an den Eingängen zum Hause verstärkt. Die Straßendemonstranten blieben freilich aus; die Polizei war trotz der vielen Ausgaben für ihre Spitzel schlecht unterrichtet worden über die schwarzen Anschläge der roten Partei. —

Aber eine Antwort erhielt die Bloßreaktion nichtsdesto-weniger noch an demselben Tage, wenn auch erst in den Abendstunden. In vier überfüllten Versammlungen der be-troffenen Landtagswahlkreise wurden noch am Tage ihres Sinauswurfs die vier Genossen Borgmann, Hei-mann, Girsch und Hoffmann einstimmig neu als Kandidaten nominiert.

Im überfüllten und abgesperrten Saale von „Sanssouci“ in der Kottbuser Straße konnte dies nicht geschehen, ohne daß man vorher einen der bekannten Nichtgenannten entfernte, der auch in dem letzten Arbeitslosenprozeß eine Rolle gespielt hat. Vor dem Lokale, in dem Borgmann sprach, wogte während dieser Zeit die Menge der überzähligen Versammlungsbesucher auf und ab.

Auch das Lokal von Breuer in der Gr. Frankfurter Straße, wo Heimann sprach, war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Im ebenfalls bis auf den letzten Platz gefüllten „Elysium“ in der Landsberger Allee sprach Genosse Girsch. Hier zeigte sich wie überall schon durch das Polizeiaufgebot vor dem Versammlungslokal, daß das Volk hier mahnd und fordernd auftrat. An der Diskussion beteiligte sich Dr. Breitheid von der Demokratischen Vereinigung.

Überfüllt war auch das „Roabiter Gesellschaftshaus“ in der Wicelstraße. Hier sprach nach dem von der Reaktion be-sonders gehabten Genossen Hoffmann noch Vedebour, der Reichstagsvertreter des 6. Kreises, von dem der 11. Land-tagswahlkreis einen Teil bildet. In der Diskussion ergriff aber außerdem noch das Wort Herr Dr. Rose von der Demokratischen Vereinigung. Unter lautem Jubel der Ver-sammlung erklärte er: „Wir wollen für die Wiederwahl Hoffmanns eintreten, als wenn es unsere eigene Sache ist!“ Wir werden alles tun, die abgesprochenen Mandate zurückzuerobern. Aber höher als der Kampf um ein paar Landtagsitze steht die Forderung nach einem gerechten Wahl-system!“

In allen Versammlungen ohne Ausnahme ließ man keinen Zweifel darüber, daß dieser Wahlkampf den Genossen nicht unangenehm sei, daß er aber auch einen erneuten An-sturm gegen das reaktionäre Wahlsystem in sich schließe. Die Partei verlange neben ihren anderen Forderungen nach wie vor prinzipiell die Beseitigung der Öffentlichkeit des Wahl-verfahrens. Solange diese aber bestehe, könne kein Segner von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie töricht genug sei, eine solche Waffe im Kampf in den Händen der Reaktion zu lassen. Die so oft den Mannesmut priesen, mit dem der Preuße stolz erhobenen Hauptes öffentlich seine Stimme ab-gabe, die mögen nun nicht feige heulmeiern. Solange die Kontrolle des Wählers ein Bestandteil der Wahlgesehe ist, wird die Sozialdemokratie davon genau denselben Gebrauch machen, wie alle anderen Parteien!

Versammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Dienstag im Saal I des „Gewerkschaftshauses“ eine Ver-sammlung der Delegierten, Vorstände und Unterkommissionen ab, in der als erster Punkt der

„Bericht der Sekretäre“

auf der Tagesordnung stand. Zu dem gedruckten Jahresbericht, aus dem das Wichtigste bereits in Nr. 114 des „Vorwärts“ mitgeteilt worden ist, gaben die Sekretäre nun mündlich eine Reihe von Er-gänzungen und Erläuterungen. Rörstén führte u. a. aus, daß infolge der über das ganze Jahr ausgebreiteten großen Arbeitslo-sigkeit von einer besonderen Regsamkeit der Gewerkschaften nicht die

Rede sein konnte. Die im verfloffenen Jahre abgeschlossenen Tarif-verträge seien mit wenigen Ausnahmen nicht besonders günstig für die Arbeiterschaft ausgefallen. Bei Tarifverhandlungen habe das Gewerbegericht nur zu oft versagt, indem die Vorstehenden statt bei Schiedsprüchen den Ausschlag zu geben, von ihrem Recht der Stimmhaltung Gebrauch machten. Alle Erwerbszweige seien fortwährend mit Arbeitskräften überfüllt. Das Ueberfließen Berlins mit Arbeitern aus der Provinz sei zu stark aufgetreten. Unter diesen Umständen sei es um so mehr erfreulich, daß Partei und Gewerkschaften sich der Landarbeiterorganisation annähmen. Ge-länge es den Landarbeitern, den Agrariern einen Teil des Profites abzunehmen, den diese sich durch die Bölle beschafft haben, so werde damit auch dem allzustarken Zustrom nach den Städten entgegen-gewirkt. Die Gefinbeordnung sei nach Ansicht vieler Juristen kein Hindernis für die Landarbeiter, weil sie nicht zum Gefinde zählten. Auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage sei leider vorläufig nicht zu rechnen. — Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen begründete der Redner einen Antrag des Ausschusses auf Erhöhung der Beiträge zur Gewerkschaftskommission um 5 Pf., also auf 20 Pf. Ramentlich seien es die der Gewerkschaftskommission in-folge der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und des Partei-tags überwiesenen neuen Aufgaben, die erhöhte Einnahmen not-wendig machten, wie die Förderung der Jugendorganisation, dann die Arbeiterbildungsausschüsse, die Bildung von Jugendaus-schüssen. Dazu komme die Konsumgenossenschaftspropaganda sowie der Neuaufbau der Organisation der land- und forstwirt-schaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten. Der Redner wies nach, daß die Berliner Gewerkschaftskommission und ihr Sekretariat gegenüber denen anderer Städte noch am billigsten arbeite und die geringsten Beiträge erfordere.

Ritter, als Vertreter des Ausschusses, bemerkte in seinem Bericht, daß er die etwas pessimistische Auffassung Rörstén's über die Wirkungen der Wirtschaftskrise nicht teilen konnte. Man müsse bedenken, daß die Berliner Gewerkschaften sich in den Jahren vor der Krise sprunghaft entwickelten, ihre Mitgliederzahl seit 1903 verdoppelt. Da sei es ganz selbstverständlich, daß nun ein Rück-gang eintreten müßte, und zwar vor allem in Berlin. Im Reich sei ja, auch bei dem Bauarbeiter, der Rückgang weit geringer als hier. Wenn die Wirtschaftslage sich erst einmal bessere, werde man einen um so stärkeren Aufschwung zu erwarten haben. Der Redner sprach dann ebenfalls für die Erhöhung der Beiträge. Der Vorschlag von 5 Pf. sei außerordentlich niedrig. Man solle be-denken, daß in den Kartellen doch auch eine Agitation für die Ge-werkschaften selbst liege. Auch die Tätigkeit der Jugendauschüsse werde ja den Gewerkschaften wieder zugute kommen, ihre Agitation erleichtern. Der Beitrag von 6000 M. — 8000 M. von den Ge-werkschaften und 2000 M. von der Partei — sei sehr gering. — Der Redner bemerkte ferner, daß infolge der Anzeige im „Nät-slichen Landboten“ seitens der Landbevölkerung von der Auskunfts-erteilung in Rechtsfragen schon guter Gebrauch gemacht werde. Außerdem werde die Auskunftsstelle auch, je mehr die Dienstboten-organisation wachse, immer stärker in Anspruch genommen werden.

Zum Bericht des Arbeiterssekretariats führte Link u. a. aus, daß oftmals Rechtschuchende meinen, sie müßten eine Auskunft erhalten, die ihren Wünschen entspricht, und wenn das nicht der Fall ist, sich anderswo, und schließlich an einen Winkelkonsulenten wenden, von dem sie nur zu häufig betrogen werden. — Ein solcher Winkelkonsulent hat kürzlich einer Witwe, die wegen Hinterbliebenen-rente klagte, 400 M. abgenommen, dafür aber nicht einen einzigen Schriftsatz angefertigt. Er ist jetzt nach Amerika verduftet. Um so notwendiger sei es, in den Organisationen die Mitglieder immer wieder vor den Winkelkonsulenten zu warnen und ihnen zu sagen, daß das Arbeiterssekretariat die Stelle ist, zu der sie Ver-trauen haben können und müßen.

Hierauf begründete Sassenbach einen Antrag der Gesell-schafter des Gewerkschaftshauses auf Zahlung eines Beitragtes von 5 Pf. pro Mitglied der Gewerkschaften an das

Gewerkschaftshaus.

Diese Beiträge sollen dazu dienen, die Zuschüsse zur Herberge zu deden. Man hatte früher damit gerechnet, daß das Restaurant so-viel einbringen werde, daß daraus diese Dedung erfolgen könnte. Aber wie der den Anwesenden vorliegende gedruckte Geschäftsbericht des Hauses zeigt, war das keineswegs möglich. Der Redner be-tonte, daß in anderen Städten die Gewerkschaften recht hohe Bei-träge zu den Gewerkschaftshäusern leisteten und dem Hamburger überdies ein zinsfreies Darlehen von 350 000 M. zur Verfügung steht. Die Berliner Gewerkschaften könnten ihrem Hause im übrigen auch dadurch helfen, daß sie den Zinsfuß für ihre Darlehen auf 8 Proz. ermäßigten.

An die Berichte schloß sich eine sehr rege Diskussion. Man er-klärte es fast allgemein für notwendig, daß über diese Frage erst innerhalb der Gewerkschaften selbst beraten werden müsse, bevor man dem Antrage zustimmen könne. Im übrigen wurde auch der Antrag zur Beitragsleistung für die Herberge gründlich besprochen, mit dem sich die meisten Redner einverstanden erklärten.

Ferner stellte und begründete Cohen einen Antrag, der sich auf die Zusammensetzung des Ausschusses der Gewerkschaftskom-mission bezieht, dahingehend, daß alle Industriegruppen im Ausschuß vertreten sein sollen, und der ferner mehr Einheitslichkeit in der Leitung des gesamten Bureau's herbeiführen soll.

Zum Bericht über die

Arbeitslosenabzählung

bemerkte Niesbach (Waldhauer), daß sich zur Bearbeitung der Statistik wohl auch in den eigenen Reihen der Gewerkschaften eine durchaus zuverlässige Kraft hätte finden lassen. Demgegenüber hob er hervor, daß die Bearbeitung durch einen Statistiker vom Fach schon mit Rücksicht auf die Behörden geboten wäre. Wenn jemals eine Arbeitslosenabzählung nach allen Seiten hin zuverlässig ausgeführt wäre, so diese. Das zeige sich denn auch darin, daß eine außerordentlich starke Rücksage nach der Statistik vor-handen sei.

Die Diskussion wurde, nachdem sie bis Rittersnacht gedauert hatte, vertagt, womit den Vertretern Gelegenheit gegeben ist, bis zur nächsten Versammlung mit ihren Gewerkschaften über die Bei-tragsfragen Rücksprache zu nehmen. — Die Verlesung der Präsenz-liste ergab, daß die Vertreter der Blumen- und Blätterarbeit-erinnen, der Fleischer, der Hausangestellten, der Schirmmacher sowie der Vororte Oberschöneweide und Panfow fehlten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Solidaritätsstreik.

Paris, 19. Mai. (W. L. B.) Die streikenden Erdarbeiter hielten heute nachmittag in der Arbeitshölse eine Versammlung ab, in der die Vertreter mehrerer Syndikate, insbesondere des Ba-hrungsmittelgewerbes und der Elektriker, von der Bereitwilligkeit ihrer Korporationen, dem Streik beizutreten, Mitteilung machten und für die Fortsetzung des Streiks der Erdarbeiter stimmten. 800 Kupfergießer und 800 Kunsttischler beschloffen den Solidaritätsstreik mit den Postbeamten, dagegen lehnten die Gasarbeiter und die Laternenanzünder den Generalkstreik ab.

Ein Wald in Flammen.

Sab Wiltungen, 19. Mai. (W. L. B.) Seit heute morgen wütet in den fürstlich Waldeckischen Wäldungen ein Brand. 800 Morgen Wald sind bereits den Flammen zum Opfer gefallen. Das dritte Bataillon des Infanterieregiments 83 ist an die Brandstätte be-ordert worden, ebenso sind die benachbarten Feuerwehren alarmiert worden.

In der Grube verunglückt.

Langendreer, 19. Mai. Wie der „Dortmunder Zeitung“ ge-meldet wird, sind heute auf Zeche Brandstraße beim verbotswidrigen Fenken eines Brandfördes bei der Ausfahrt fünf Bergleute ver-unglückt. Einer war sofort tot, die anderen wurden schwer ver-wundet. Paul Genger & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

91. Sitzung, Mittwoch, den 11. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: niemand. Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Dr. Dionysius (L.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Korfanty (Pole) begründet einen Antrag, die Wahl noch einmal an die Kommission zurückzuberufen.

Abg. Schütze-Peltum (L.) wendet sich gegen diesen Antrag.

Unter Ablehnung des polnischen Antrages wird die Wahl für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahlen der Abgg. Borgmann, Heimann, Sirch, Hoffmann (Soz.).

Die Wahlprüfungskommission beantragt, die vier Wahlen für ungültig zu erklären.

Abg. Dinslage u. Gen. (Z.) beantragen: „Für den Fall, daß die Wahl nicht aus dem ersten im Berichte angeführten Grunde für ungültig erklärt wird (mangelhafte Aufstellung der Wählerlisten), die Wahl an die Kommission noch einmal zurückzuberufen.“

Präsident v. Kroschke: In dieser Form kann ich den Antrag Dinslage nicht zur Abstimmung stellen, da wir über Gründe nicht mit abstimmen.

Abg. Dinslage (Z.) (zur Geschäftsordnung): Dann ändere ich den Antrag dahin, die Wahl an die Wahlprüfungskommission zurückzuberufen.

Abg. Stroebel (Soz.): Die Kommission hat aus zwei Gründen die Ungültigkeitserklärung der Wahlen beantragt. Erstens wegen einer angeblichen Ungeheulichkeit bei der Aufstellung der Wählerlisten und zweitens wegen des angeblichen Terrors der Sozialdemokraten. Die Art, wie der Berliner Magistrat die Urwählerlisten nicht nur für diese vier, sondern für sämtliche 12 Berliner Wahlkreise aufgestellt hat, ist ja bekannt. Es ist für die Wähler, welche unter 3000 M. Einkommen haben, das Steuerjahr 1908, für die mit einem Einkommen über 3000 M. das Steuerjahr 1907 zugrunde gelegt, weil für diese die Veranlagung für 1908 noch nicht abgeschlossen war. Das soll nun ungeheürlich sein. In dem Berichte heißt es: „Die überwiegende Mehrzahl der Redner sprach sich dahin aus, daß, wenn einmal nach dem preussischen Wahlgesetz die Steuerleistung nach Maßstab des Wahlrechts des einzelnen Urwählers abgebe, selbstverständlich für die ziffermäßige Berechnung dieser Steuerleistung zum mindesten in jedem einzelnen Urwahlbezirk ein bestimmter, für alle Wähler gleicher Zeitpunkt herangezogen werden müsse.“ Weil also die Steuerleistung den Wahlstab für das Wahlrecht abgeben soll, deshalb soll mindestens in jedem Urwahlbezirk ein für alle Wähler gleicher Zeitpunkt herangezogen werden. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß das Gesetz das Heranziehen eines solchen gleichen Zeitpunktes beabsichtigt. Wie aber, wenn das unmöglich

ist? Die Kommission hat beim Magistrat angefragt, aus welchen Gründen er bei der Aufstellung der Wählerlisten so verfahren hat, wie er es tat. Der Magistrat hat geantwortet, daß er durch die Verhältnisse dazu gezwungen war. Der Magistrat berief sich an die Kommission: Bei Aufstellung bezw. Auslegung der Urwählerlisten war die Veranlagung der Wähler mit einem Einkommen bis zu 3000 M. für das Jahr 1908 völlig durchgeführt. Dagegen war die Veranlagung derjenigen Steuerpflichtigen, welche für das Steuerjahr 1908 voraussichtlich nach einem Einkommen von mehr als 3000 M. zu besteuern waren, noch nicht durchgeführt. Diese Steuerjahre sind von erst Anfang Mai zwecks Veranlagung zur Gemeindeeinkommensteuer zugegangen, also zu einem Zeitpunkte, an welchem die Auslegung der Urwählerlisten bereits stattgefunden hatte. In gleicher Weise war auch die Veranlagung der übrigen in Betracht kommenden Steuern für 1908 noch nicht durchgeführt, beziehungsweise noch nicht bekannt. Es mußte somit bei der Aufstellung der Listen überall auf die Steuerjahre für 1907 zurückgegriffen werden, außer bei der Einkommensteuer der nach einem Einkommen bis zu 3000 M. veranlagten Personen. Es war also die Zugrundelegung der Steuerleistung für ein

und dasselbe Jahr unmöglich. Die Kommission behauptet freilich, daß dann überhaupt für alle Wähler auf die Steuerleistung des Jahres 1907 hätte zurückgegriffen werden müssen. Aber gerade das, behaupte ich, wäre ungeschicklich

gewesen. In dem Gesetz ist nirgends die Rede von einem Zurückgreifen auf ein früheres Jahr, wohl aber davon, daß die Wählerlisten aufzustellen sind nach den „zu entrichtenden“ Steuern. Auf diesen Standpunkt hat sich auch der Berliner Magistrat gestellt. Er sagt in seiner Antwort an die Kommission: „Nach § 10 des Wahlgesetzes sollen die Wähler nach Maßgabe der „zu entrichtenden“ Steuern in drei Abteilungen geteilt werden. Wenn das Gesetz die Worte „zu entrichtende“ Steuern gebraucht, ohne eine Zeitbestimmung hinzuzufügen, so kann die Bestimmung unseres Erachtens schon sprachlich nur auf die Gegenwart bezogen und daher nur auf diejenigen Steuern gedeutet werden, welche der Wahlberechtigte zur Zeit der Aufstellung bezw. Auslegung der Wählerliste zu entrichten verpflichtet ist. Diese Auslegung dürfte an sich wohl unbestritten sein; sie wird hinsichtlich der Gemeindevahlen auch vom Oberverwaltungsgericht vertreten.

Daraus folgt aber nach unserer Ansicht, daß jeder Wähler auch ein Recht hat, mit dem zur Zeit der Auslegung der Listen von ihm zu entrichtenden Steuerjahre in Ansatz gebracht zu werden.“ Der Magistrat sagt also, wir befanden uns in einer Zwangslage und konnten gar nicht anders verfahren, als wir verfahren sind. Für die große Mehrheit der Wähler, für diejenigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. standen die Steuerlisten bereits fest, für die anderen dagegen erst zu einem Zeitpunkt, bei welchem die Wählerlisten auslagen. Da das Gesetz ausdrücklich bestimmt, daß die Wählerlisten nach den zu entrichtenden Steuern aufgestellt werden, so mußte für die Wähler unter 3000 M. das Steuerjahr 1908 zugrunde gelegt werden. Der Magistrat mußte dieses Verfahren umsomehr für zulässig halten, als es für die Gemeindevahlen allgemein für zulässig gehalten wird, auch vom Oberverwaltungsgericht.

Die Kommission erkennt eine Postlage allerdings nicht an. Sie meint, der Berliner Magistrat habe sehr wohl die Möglichkeit gehabt, entweder eventuell durch Heranziehung weiterer Hilfskräfte die Wählerlisten anderweitig aufzustellen oder aber die Staatsregierung um Hinausschiebung des Wahltermins zu ersuchen.

Zum ersten Einwand bemerke ich, daß der Magistrat das Gegenteil behauptet und dafür jedenfalls gute Gründe beibringt. Er erklärt sich auch deshalb, weil der Magistrat seine Aufstellung der Wählerlisten für die richtige und durchaus im Einklang mit dem Wortlaut und Sinn des § 10 gehalten hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Wenn aber der Magistrat dieser Auffassung war, und zwar mit Zug und Recht, so hätte er auch nicht nötig, die Regierung um eine Aufschübung des Wahltermins zu ersuchen. Es ist Ihnen ja bekannt, daß im März der Minister des Innern es für nötig erachtet hatte, den Berliner Magistrat darauf aufmerksam zu machen, daß falls die Steuermaterialien für 1908 noch nicht vollständig vorlägen, einheitlich das Jahr 1907 zugrunde gelegt werden sollte. Sie wissen ja auch aus den früheren Verhandlungen und den ersten Bericht der Wahlprüfungskommission, daß der Regierungskommissar, Herr v. Falkenhahn, diese Verfügung als einen „Wink“ bezeichnet hat. (Abg. Reinert: Hört! hört!) und daß er wörtlich erklärt hat, eine absolut zwingende Verpflichtung sei der Erlaß nicht.

Auch der Berliner Magistrat weist ja in seiner Antwort an die Wahlprüfungskommission auf dieses Zusammenhängen des Herrn v. Falkenhahn hin. Jedenfalls hat der Magistrat dem Ministerium erklärt, daß er es für unmöglich halte, seinen Wink zu befolgen. Was hat nun das Ministerium getan? Soweit ich unterrichtet bin, hat sich das Ministerium mit der Listenaufstellung des Magistrats zufrieden gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Vertreter des Ministeriums, ob diese Behauptung richtig ist. Man braucht ja übrigens nur die Akten des Berliner Magistrats einzufordern, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen. Ist die Tatsache aber richtig, dann ist Herr Fischbeck wieder einmal ministerieller gewesen, als das Ministerium selbst.

Im übrigen ist die Ansicht der Kommissionmehrheit, daß der Magistrat um eine Hinausschiebung des Wahltermins hätte ersuchen sollen, nicht nur ganz unmotiviert, sondern auch belanglos. Das wäre ja nur dann berechtigt, wenn die Kommission

gegläubt hätte, daß unter allen Umständen die Steuerleistung von 1908 der Listenaufstellung hätte zugrunde gelegt werden müssen. Aber die Mehrheit wäre ja ganz damit zufrieden gewesen, wenn allgemein das Jahr 1907 zugrunde gelegt worden wäre.

Man hat es so dargestellt, als ob die ganze Streitfrage nur eine schwierige Rechtsfrage sei. In Wahrheit handelt es sich für die Mehrheit der Parteien hier um eine politische Frage, um eine Machtfrage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die formal rechtlichen Momente sind nur eine Maske und obendrein eine sehr ramponierte Maske,

hinter der die wahren Absichten sehr deutlich zu erkennen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das will ich Ihnen beweisen. Das Gesetz spricht von den „zu entrichtenden“ Steuern. Es ist ganz klar, daß damit die für das laufende, das Wahljahr zu entrichtenden Steuern gemeint sind. Zur Entstehungszeit des Gesetzes konnte gar nicht daran gedacht werden, daß eine Steuerveranlagung für das Wahljahr eventuell noch nicht fertig sein könnte. Es existierten damals so einfache Verhältnisse, die Städte waren bei weitem noch nicht so groß, es gab keine Selbstveranlagung, kurz es ist klar, daß unter den zu entrichtenden Steuern die Steuern gemeint waren, die im Wahljahre selbst zu entrichten waren. Wenn dem aber so ist und wenn die Tatsache besteht, daß in Berlin die Veranlagung für die Mehrzahl aller Wähler, für alle bis zu einem Einkommen von 3000 M. für 1908 vorlag, dann kann es nicht dem leisesten Zweifel unterliegen, daß für diese Mehrzahl der Wähler auch diese neu veranlagten Steuern zugrunde gelegt werden mußten.

Man hat sich auf alle möglichen anderen fadenförmigen Einwände verlegt. Man hat beispielsweise gesagt: ja, diese Steuern auch für die mit weniger als 3000 M. Einkommen lagen vielleicht doch noch nicht endgültig und abgeschlossen vor. (Unter den Abgeordneten der Mehrheit werden mit solcher Rücksichtslosigkeit laute Privatgespräche geführt, daß der Redner nicht mehr durchdringen kann. Besonders zeichnet sich der Abg. Arendt [St.] durch lautes Sprechen unter lebhaften Arm-, Hand- und Fußbewegungen aus.) Meine Herren! Ich glaube, es wäre doch ganz gut, wenn Sie ein wenig aufmerken wollten. Sie haben doch nachher zu entscheiden, und wenn Sie nach juristischen Gründen entscheiden wollen, wäre es doch Ihre Verpflichtung, ein wenig auf das aufzumerken, was ich hier vorzutragen habe. Wenn Sie das aber nicht tun wollen, so ist das nur ein Beweis mehr dafür, daß Sie

Ihr Urteil bereits fertig mitgebracht haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man hat auch davon gesprochen, es hätten ja eventuell noch Reklamationen vorliegen können, die noch nicht abgeschlossen gewesen wären. Das ist ein sehr kläglicher Einwand: denn Sie würden gar nicht protestiert haben, wenn auch die Steuerträger mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. bereits veranlagt und dann ebenfalls nach ihrer Steuerleistung für 1908 eingelegt worden wären. Dann hätten Sie kein Wort von unerledigten Reklamationen gesagt. Die Listenaufstellung des Magistrats ist nicht nur korrekt, sie ist die einzig korrekte gewesen. Es war eine ungeschickliche Zumutung des Ministeriums,

überall das Jahr 1907 zugrunde zu legen, trotzdem die zu entrichtenden Steuern für die Mehrzahl der Wähler für 1908 bereits feststanden. Gegen diese ungeschickliche Zumutung des Ministeriums, die ganz deutlich gegen Wortlaut und Sinn des § des Wahlgesetzes verstößt, haben Sie sowohl in der Kommission wie auch im Plenum nicht das geringste einzuwenden gehabt. Es ist nur ein neues, Ihre wahre Auffassung verkleinerndes Moment, daß eigentlich eine Verschiebung des Wahltermins hätte stattfinden müssen. Rein, wenn der Berliner Magistrat dem Wunsche des Ministeriums Folge geleistet und der Aufstellung der Wählerlisten das Steuerjahr 1907 zugrunde gelegt hätte, dann hätten Sie das gutgeheißen, dann hätten Sie keinen Protest dagegen erhoben. Das ist ein Beweis weiter dafür, wieviel Sie auf den Buchstaben, den klaren Sinn des Gesetzes geben,

wie wenig Sie eine Verletzung dieses Gesetzes achten, wenn dabei nur Ihre Interessen gewahrt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sagen nun, das Gesetz will nicht nur die zu entrichtenden Steuern zugrunde gelegt haben, sondern auch die Steuern des selben Steuerjahres. Das steht zwar nicht im Gesetz, ist aber, das gebe ich zu, der Sinn des Gesetzes. Wie nun aber, wenn beide Forderungen

beim projektierten Wahrs-Fest gab nun erneuten Anstoß zu Hezereien und Rabalen schlimmster Art. Zunächst erklärte der „Münchener Lehrergesangsverein“, der in gewisser Abhängigkeit von Herrn Wittl, unterem musikalischen Generalinsimus, steht, er mache nicht mehr mit „wegen völliger Veränderung der Sachlage“. Dann traten von dem vorbereitenden Münchener Komitee der Oberzeremonienmeister Graf Rog, Intendant Speidel, Wittl, Professor Emanuel v. Seidl und noch zwei Musikprofessoren aus, weil sie nicht dulden könnten, daß das vortreffliche Konzertvereinsoberchester zugunsten des Tonkünstlerorchesters ohne jeden Grund infolge der Sperre einfach außer Konkurrenz gesetzt würde. Die Wahrs-Gesellschaft und Steinbach bleiben aber fest und kündigt an, daß sie „einen auswärtsigen Chor verpflichten werden, um die Abhaltung des Festes zu ermöglichen, unter gleichzeitiger Veröffentlichung ihrer Unterhandlungen mit dem (auf Wittls Wink ungeschicklichen) Lehrergesangsverein“. So arbeitet man, um dem „demokratischen, unbotmäßigen“ Tonkünstlerorchesters, das weiter nichts „verbrochen“ hat, als den deutschen Orchesterzustand auf seine soziale Aufgabe und seine Berufswürde aufmerksam gemacht zu haben, mit allen Mitteln den Protestverb zu erschweren oder am liebsten ganz unmöglich zu machen.

Neues von Serenissimus. „Ach, ach, lieber Holfprediger, wollte Sie schon lange, ach, auf etwas aufmerksam machen. Lassen Sie doch, wenn, ach, die Damen die Kapelle besuchen, in der, ach, predigt das, ach, Geliebte des Herrn, ach, lieber Weg!“ (Luftige Blätter.)

Zwillinge. In einem nahe bei der Amtsstadt befindlichen Dorfe hat eine ledige Maid das Unglück, Mutter von Zwillingen zu werden.

Sie bezeichnet dem Gericht einen Burschen als den Vater der Kinder, und das Vormundschaftsgericht erucht den Bürgermeister, die Sache womöglich ohne Inanspruchnahme des Gerichts zu erledigen. Nach kurzer Zeit erhielt das Gericht folgendes Protokoll:

Erscheint heute auf Ladung die ledige B. und der ledige J. Nach längerer Belehrung und eindringlicher Verwarnung gelang es dem Unterzeichneten, den Beklagten zur Anerkennung seiner Vaterschaft gegenüber einem der Kinder zu bestimmen, zur Anerkennung auch des zweiten Kindes war er nicht zu bewegen.

Das Bürgermeisteramt gez. D. (Simplicissimus.)

Notizen.

Bartholomäus von Carneri, der österreichische Philosoph und Politiker, ist — 87 1/2 Jahre alt — zu Marburg (Steiermark) gestorben. Als Parlamentarier gehörte er in den Jahren 1870—1890 der „deutschfortschrittlichen“ Partei an. Als Philosoph hat er, nicht gerade schöpferisch, vornehmlich die ethische Disziplin in modernisierend-individualistischem Sinne bebaut, wobei seinen Schriften zugute kam, daß ein Stück von einem Poeten in ihm steckte. Carneri bekannte sich zum Nihilismus und hat für Darwin und dessen Lehre manche Lanze gebrochen.

Wie man Bakterien „angelt“. Auch die winzigsten Organismen haben eine Vorliebe für diese oder jene Gegenstände, für diese oder jene Eintrübe: Ein Mitarbeiter des „Lancet“ hat z. B. ein Verfahren beschrieben, wie man Bakterien „angeln“ kann. Die mikroskopischen Bakterien haben nämlich ihre Bedürfnisse und Neigungen, die in manchen Fällen geradezu mit denen der Menschen verglichen werden können. So ist es möglich, bestimmte Arten von Bakterien von anderen Arten durch bestimmte Einwirkungen oder Verfassungen zu trennen, indem man ihnen einen Köder vorwirft, auf den sie gewissermaßen andeigen, wie ein Kind auf ein hingehaltenes Zuckerwerk oder ein Fisch auf die Fliege oder den Wurm. Die Bakterien z. B., deren Verdauung mit dem Vorgang der Zellatmung zusammenhängt, können durch Darbietung von Sauerstoff angelodet werden. Ein sehr hübscher Versuch zu diesem Zweck besteht darin, eine grüne Färbung, die unter dem Einfluß der Sonnenstrahlen Sauerstoff entwickelt, in einen Flüssigkeitsstropfen zu bringen, der mit jenen Bakterien erfüllt ist. Diese werden dann, wie ein Fischwärmer um ein hingehaltenes Futter, sich an den Punkten zusammendrängen, wo Sauerstoffbläschen von den Algenfäden ausgehen. Da es nun andere Bakterien gibt, denen umgekehrt der Sauerstoff widerwärtig ist, so läßt sich leicht ersehen, wie man unter einer großen Herde von Bakterien gleichsam die Schafe von den Wölfen sondern kann. Andere Kleinlebewesen können auch durch andere chemische Stoffe in ähnlicher Weise beeinflusst werden, z. B. durch Kalifolge oder durch Asparagin (Spargelwurz) oder durch den Saft roter Kartoffeln. Der Bakteriologe weiß von diesem Umstande sehr wohl einen praktischen Gebrauch zu machen.

Musik. Münchener Musikerkrieg und kein Ende. Nach Beendigung der Wagner-Festspiele im Prinzregenten-Theater soll auf Anregung der Deutschen Wahrs-Gesellschaft in München das „Erste Deutsche Wahrs-Fest“ abgehalten werden. Ein guter Plan, München, das ist, mit Verlaub gesagt, die geistige Zentrale Süddeutschlands, ist dank der einseitigen Propaganda, die seit Vorges, Juppe und Wittl für Wagner, Pögl, Verloz, Strauß und ihre Anhängererschaft gemacht worden ist, dem Tonkünstler Wahrs bisher künstlich ferngehalten worden. Ein Wahrs-Fest unter dem Kölner Generalmusikdirektor Fritj Steinbach, dem besten deutschen „Wahrsmin“, würde also eine große Lücke in der Münchener musikalischen Kunstgeschichte ausfüllen. Aber es scheint, als sollte diese Gelegenheit zur Wiederentdeckung des Münchener Musikerkrieges führen. Die Wahrs-Gesellschaft hatte zur Mitwirkung zuerst das Münchener Hoforchester eingeladen. Auf Wink von oben (Herr Fritj Wittl, der erste Dirigent des Hoforchesters, ist begeisterter Anti-Wahrsfan) erhielten die Herren einen Korb. Infolgedessen mußten sie — da das Streichorchester, lies „Konzertvereinorchester“, wegen der vom Abg. Deutschen Musikerverband immer noch verhängten Sperre nicht in Betracht kommen konnte — sich an das „Münchener Tonkünstlerorchester“ wenden, das eben in Paris so glänzende Triumphe gefeiert hat. Die Mitwirkung des von dem Münchener musikalischen Scharmachter und Unternehmerrarteil immer noch heimlichem Haß verfolgten „Konzertvereinorchester“

Kleines feuilleton. Die Petersburger Universität. Die Petersburger Universität zählte zu Beginn dieses Jahres dem eben veröffentlichten Jahresbericht zufolge 8013 Studenten (1617 weniger als im Jahre vorher) und 222 freie Zuhörer und Zuhörerinnen (512 weniger als im Jahre 1907). Von der Gesamtzahl der Studenten entfielen 4423 (55,2 Proz.) auf die juristische Fakultät, 1650 (20,6 Proz.) auf die naturwissenschaftliche, 1160 (14,5 Proz.) auf die mathematische, 695 (7,5 Proz.) auf die historisch-philologische und 180 (2,2 Proz.) auf die orientalische Fakultät. Dem Adels- und Beamtenstande entfielen 4829 (57,7 Proz.) Studenten, dem geistlichen Stande 401, dem Stande der Kaufleute und Bürger 2379 (27,1 Proz.), dem Bauernstande 730 (9,1 Proz.). Ausländer waren 69 (0,9 Proz.). Nur Staatskirche gehörten 5083 (63,4 Proz.), zu anderen christlichen Bekenntnissen 2177 (27,3 Proz.); die Zahl der Juden betrug 648 (8,1 Proz.), die Mohammedaner, Koraiten, Buddhisten und Ramaiten bildeten 1,3 Proz. der Studenten. Der Lehrkörper bestand aus 298 Personen; davon waren 61 ordentliche, 11 außerordentliche Professoren, 139 Privatdozenten, 28 Laboranten, 37 Konservatoren, 10 Lektoren usw.

Die Luft in Schulräumen erzählt infolge der Lungen- und Goutatmung der zahlreich versammelten Kinder, ferner durch den Staub, die Heizung, Beleuchtung usw. erfahrungsgemäß schon in ganz kurzer Zeit eine beträchtliche Verschlechterung. Als obere Grenze dieser Luftverderbnis pflegt nach Pettenkofer 1/100 Kohlenäure angenommen zu werden; Untersuchungen haben aber ergeben, daß dieses Maximum fast immer, und noch dazu erheblich, überschritten wird. Nach den Bestimmungen von Hesse ist sogar das Maximum meist schon zu Beginn des Unterrichts erreicht! Die Zahl der organischen Keime, die in der Schallluft angetroffen werden, ist sehr groß. Hesse ermittelte vor dem Unterrichte pro Kubikmeter Luft 2000, während des Unterrichts 16500, nach Schluß des Unterrichts 35 000 Mikroorganismen. Er fand in Berliner Säulen durchschnittlich 14 900 Keime pro Kubikmeter. Damit stimmen die Ergebnisse von Ignatieff überein, der in Moskauer Schulen 16 250 bzw. 14 833 und 20 026 Keime pro Kubikmeter feststellte. Weit ungünstiger war das Ergebnis der Untersuchungen von Ruete und Ensch in einer Hamburger Schule: im Mittel 268 000, im Minimum 1500, im Maximum 8 000 000 Keime im Kubikmeter Luft. In einem Grammschulsaal betrug die Zahl der Keime nach Untersuchungen von Weidich in einer Leipziger Schule, gering geschätzt, eine Million, so daß die Zahl der Keime, welche die Kinder täglich mit etwa 60—70 Gramm Staub in ein Schulzimmer einbringen, 60—70 Millionen ausmacht! Ignatieff schätzt die Zahl der von einem Schüler täglich eingeatmeten Mikroorganismen auf 84 090 bis 119 090. Vergleichsweise sei dazu bemerkt, daß in der Außenluft der Städte im Mittel etwa 500 bis 1000 Keime auf einen Kubikmeter kommen, daß auf hohen Bergen erst mehrere Kubikmeter einen Keim finden lassen und daß die Luft auf hohem Meere keimfrei ist.

ungen nicht vereinbar sind? Sie fordern dann das Zurückgehen auf das Vorjahr. Da hat der Abg. Dinslage in der Kommission durchaus das Richtige getroffen, wenn er erklärte: Das Gesetz selbst enthält nichts über eine solche Notlage, die durch die modernen Verhältnisse, wie sie in Berlin hervorgerufen sind, hervorgerufen wird. Man muß dann eben dem Sinne des Gesetzes möglichst zu entsprechen suchen; im Sinne des Gesetzes aber liegt es, die Wähler mit einem Einkommen bis zu 3000 M. nach den von ihnen wirklich zu zahlenden Steuern einzuschließen. Sie mögen das ja bestreiten, aber nicht mit juristischen Gründen, und ich wiederhole deshalb: für Ihre Entscheidung ist in der Kommission Interesse maßgebend, aber nicht juristische Bedenken. Der Bericht der Wahlprüfungskommission selbst hat das mit klaren und klaren Worten ausgesprochen. Es heißt da: Die wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen die Einklassung abhängt, wie auch der Besteuerungsmaßstab könnten in den einzelnen aufeinanderfolgenden Jahren erhebliche Verschiedenheiten zeigen, so daß eine Benachteiligung der einen oder der anderen hinsichtlich der Höhe ihres Wahlrechts eintreten könnte, je nachdem die Steuerleistung eines früheren oder späteren Jahres bei der Aufstellung der Abteilungslisten berücksichtigt werde. Da die Wahlen der Wahlmänner, namentlich in der ersten und zweiten Abteilung, häufig nur mit geringen Majoritäten vollzogen würden, oft sogar die Entscheidung dem Los zufalle, so könne sehr wohl angenommen werden, daß die Wahl ein anderes Ergebnis hätte haben können, wenn die Abteilungslisten einheitlich, wie es der Logik entspreche. — Hier spricht man also von der Logik, nicht von dem Gesetz — nach den Steuerfögen desselben Jahres aufgestellt sei; eine solche Verschiebung in der Aufstellung der Wahlmännerwahlen würde auch die Wahl der Abgeordneten berühren, umso mehr, als die Majoritäten in den vier in Frage kommenden Kreisen nur 47, 22, 29 und 2 Stimmen betragen haben. Sie argumentierten also: wird für die Steuerzahler über 3000 M. das vorhergehende Jahr zugrunde gelegt, werden daher die Steuerzahler mit mehr als 3000 M. mit zu niedrigerer Steuer eingestuft, so wird dadurch das Übergewicht des Geldfades, das sonst in den ersten beiden Abteilungen überwogen hätte, wie es das Dreiklassenystem bezweckt, gefährdet. Aber wenn man so rührend besorgt ist um das Übergewicht des Geldfades,

dann sollte man sich doch auch ein klein wenig um das Interesse der großen Masse der Wähler mit Einkommen bis zu 3000 M. kümmern. Hier ist auseinandergelegt, daß zwischen den verschiedenen Steuerjahren erhebliche Verschiedenheiten eintreten könnten. Ist das nun der Fall, bei den Wählern mit Einkommen von mehr als 3000 M., so trifft daselbe auch zu für die große Masse der Wähler mit Einkommen von weniger als 3000 M. Um dieses Interesse kümmern Sie sich gar nicht. Nein, um diese Verschiedenheiten zu verhüten, um die Benachteiligung der Wähler mit Einkommen von mehr als 3000 M. zu verhüten, muß auf das vorhergehende Jahr zurückgegriffen werden. Aber zu der Ansicht schwingen Sie sich nicht auf, daß auch die Interessen der großen Masse der Wähler berücksichtigt werden müssen. Das ist eben ein Beweis dafür, daß Sie sich nicht durch rein rechtliche Momente in Ihrer Auffassung leiten lassen, sondern durch das plutokratische Interesse.

durch das Geldfadeninteresse der privilegierten Wähler. Denn daß die Wähler benachteiligt werden könnten, wenn so verfahren würde, wie die Wahlprüfungskommission es verlangt, braucht nicht erst dem weiteren bewiesen zu werden. Daß die Konservativen sich auf den Standpunkt stellen, ist ja weiter nicht auffallend, ihnen ist das elendeste aller Wahlsysteme ja das ideale Wahlsystem, ein Wahlsystem, das ihnen mit kaum 400 000 Stimmen mehr als 200 Abgeordnete hier im Hause verschafft hat, während die Sozialdemokratie mit 1/2 Million Stimmen es nur auf 7 Abgeordnete gebracht hat. Das paßt den Herren natürlich und deshalb bieten sie auch alles auf, um das System nicht nur in seiner gegenwärtigen Form zu erhalten, sondern möglichst weit noch zu verwickeln. Auch beim Zentrum wäre eine derartige Auffassung noch verständlich, wenn natürlich auch nicht gerechtfertigt. Ich meine, verständlich aus der Haltung heraus, die das Zentrum hier bei der Erörterung der Wahlrechtsfrage eingenommen hat. Da hat sich das Zentrum sogar gegen die Neueinteilung der Wahlkreise erklärt, trotzdem bei der jetzigen Einteilung die Landbevölkerung so außerordentlich begünstigt und die industrielle Arbeiterklasse in so ungeheurer Weise benachteiligt ist. Diese Abstimmung des Zentrums war selbst für einzelne Abgeordnete des Zentrums blamabel; selbst einzelne Zentrumsabgeordnete schämten sich dieser Abstimmung des Zentrums.

(Lebhafte Widerspruch im Zentrum.) Ja, es ist an mich selbst persönlich ein Zentrumsabgeordneter herangetreten und hat mich gefragt, ob ich denn nichts dazu tun könnte, daß die Nachrichten, die in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und in der übrigen sozialdemokratischen Presse des Ruhrreviers verbreitet worden waren, daß das Zentrum geschlossen gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt habe, daß diese Nachrichten dahin forciert würden, daß doch fünf Zentrumsabgeordnete — es waren die Arbeiterabgeordneten — nicht gegen die Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt hätten. Die Herren stritten also, daß durch diese Nachricht ihre Stellung ihren Wählern gegenüber in ein schlechtes Licht gebracht werden könnte. Die Herren wollen nicht mit der Mehrheit des Zentrums in einen Topf geworfen werden. Die Herren wollten nach außen hin zu erkennen geben, daß Sie nicht in derselben Weise gegen das Wahlrecht der Industriearbeiter sich verhalten hätten. Also mit einem Wort: diese fünf Abgeordneten haben sich geschämt, und das ist bezeichnend für das Zentrum, bezeichnend auch für diese fünf Arbeiterabgeordneten. Denn wenn diese fünf Abgeordneten meinen, daß die Mehrheit des Zentrums unrecht getan hat, dann müßten sie gegen diese Ansicht der Mehrheit ankämpfen, dann müßten sie die Haltung des Zentrums brandmarken. Das haben sie nicht getan; sie haben sich nur persönlich zu salbieren gesucht.

Daß auch die Nationalliberalen Verfechter eines plutokratischen Wahlsystems sind, ist ja bekannt. Aber ungeheuerlich ist es, daß der Freisinn, der doch für eine demokratische Wahlreform angeht, eintreten will, so lobhaft für eine Verschlechterung dieses Dreiklassenwahlsystems auftritt, wie es mindestens sein Vertreter in der Wahlprüfungskommission, Herr Fischek, getan hat. Ihm ist dieses elendeste aller Wahlsysteme, das einer Klasse von Wählern, namentlich auf dem Lande, 150 mal so viel Wahlrecht gibt als anderen Ständen, als dem intelligentesten, fleißigsten Handwerker, Arbeiter oder kleinen Beamten, noch nicht elend genug. Warum haben denn die Grundbesitzer 150 mal soviel Wahlrecht als die Arbeiter? Nicht weil die Kluge, intelligenter, nützlicher für den Staat sind, nein, weil sie 150 Stück Rindvieh besitzen. (Lärm rechts.) Herr Fischek ist das Wahlrecht noch nicht elend genug, das z. B. in Königsberg einem

das Viehstall an Wahlrecht verleiht als einem Generalsuperintendenten. Unbestreitbar bedeutet die Entscheidung der Kommission eine neue Verschlechterung für die große Masse der gewöhnlichen Wähler. Einem merkwürdigen Grund machte ein konservatives Kommissionsmitglied gegen das Verfahren des Berliner Magistrats geltend. Er meinte, wenn man es der Willkür des Gemeindevorstandes überlasse, die Wahlkreise nach dem Muster des Berliner Magistrats aufzustellen, so könnten die schlimmsten Konsequenzen eintreten, es könne dann zugunsten der Wähler mit weniger als 3000 M. der Veranlagung der Wähler mit mehr als 3000 M. verschleppt werden. Es ist nun höchst naiv, anzunehmen, daß ein Magistrat zugunsten der Nichtbesitzenden Partei ergreifen und derartige Schiebungen vornehmen könnte. Nein, nicht das Berliner Verfahren öffnet der

Willkür und den politischen Machenschaften die Tür und Tor, sondern das bisher übliche Verfahren, das gestattet, daß in den verschiedenen Orten desselben Wahlkreises verschiedene Jahre zugrunde gelegt werden, wie beispielsweise im Wahlkreise Rixdorf-Schöneberg. Für Schöneberg ist überwiegend bürgerlicher Bevölkerung wurde das Steuerjahr 1908 zugrunde gelegt, für Rixdorf mit überwiegend Arbeiterschaft das Jahr 1907. Um solche Schiebungen zugunsten der Arbeiterklasse zu verhüten, dazu rühren die Konservativen und die anderen Parteien nicht einen Finger. Diese Korruptionsmöglichkeiten nehmen die Herren ruhig mit in den Kauf, auch ein Beweis dafür, wie es ihnen darauf ankommt, dem Rechte zur Geltung zu verhelfen. (Lärm rechts.) Nun zu dem anderen Grunde für die Ungültigkeitserklärung, zu dem Terror. Im Kommissionsbericht finden Sie eine Anzahl Dokumente, die beweisen sollen, daß die Sozialdemokratische Partei Terror geübt hat. Da muß man zunächst fragen: soll denn nur der sozialdemokratische Terror als Terror gelten? Wird denn nicht von allen Parteien Terror geübt? Geht nicht die Regierung mit tödlichem Beispiel den Terroristen aller Parteien voraus? Lebt sie nicht

Terror gegen die Beamten? Haben ihre Vertreter nicht erst in der letzten Session erklärt, daß die Beamten nicht sozialdemokratisch wählen dürfen? Das ist tatsächlich der alleräußerste Terror. (Lärm rechts.) Und wenn Sie solchen Terror üben, haben Sie nicht das Recht, eine sozialdemokratische Wahl zu kassieren, weil von Sozialdemokraten angeblich Terror geübt wurde? Sie sagen allerdings, die Beamten sind dem Staate treu schuldig; wenn den Beamten verboten wird, sozialdemokratisch zu wählen, so entspricht das nur ihrem Treueide. Sie machen damit nur eine kleine Unterstellung. Sie unterstellen: der Staat sind wir, sind die bestehenden Klassen, sind die bürgerlichen Parteien. Nein, zum Staat gehören auch die Sozialdemokraten, (Abg. Reinert: Sehr richtig) zu denen 12 bis 15 Millionen der Bevölkerung gehören. Der Staat sind nicht Sie, der Staat ist die Vertretung des gesamten Volkes, auch der arbeitenden Schichten, die ein Recht haben, sich politisch zu organisieren und zu wählen, wie sie es für richtig halten. Auch die Beamten haben das Recht, so zu wählen, wie sie es für richtig halten, das gewährleistet ihnen die Verfassung, und wenn Sie das bestreiten und Terror gegen die Beamten üben und gutheißen, dann treten Sie die Verfassung mit Füßen.

Wie die Behörden skandalöse Beeinflussung geübt haben, auch bei den letzten Landtagswahlen, dafür nur ein Fall. Die Eisenbahndirektion Elberfeld proklamierte, daß alle ihre Beamten und Arbeiter verpflichtet seien, ihr Landtagswahlrecht auch tatsächlich auszuüben. Sie wurden also, trotzdem wir keine Wahlpflicht haben, zur Wahl kommandiert, um so zu stimmen, wie es von ihnen gefordert wurde. Für einen Sozialdemokraten durften sie natürlich nicht stimmen! Das ist ein unerhörter Terror und wer diesen Terror gutheißt, hat nicht das geringste Recht, vom sozialistischen Terror zu sprechen. Ich erinnere Sie an die Fälle der Lehrer Brandau und Kimpel. Der eine ist gemahregelt worden, weil er in einer Versammlung gesprochen hat, an der auch ein sozialdemokratischer Redner, Dr. Duard, sich beteiligt hat, der andere, weil er auf die Fragen, was bei einer Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Antisemiten zu tun sei, erklärt hat, daß unter keinen Umständen ein Antisemit gewählt werden dürfe. So eskamotieren Sie den Lehern und allen Beamten das freie ihnen nach der Verfassung zustehende Wahlrecht. Es ist maßlose Heuchelei,

wenn man den sozialdemokratischen Terror perhorresziert. Keine einzige Partei, nicht einmal die freisinnige, hat prinzipiell erklärt, daß sie den Beamten das Recht zugestehe, auch sozialdemokratisch zu wählen. Welchen Terrorismus die Unternehmer bei den Landtagswahlen geübt haben, dafür nur einige Beispiele: die Zeitung des Eisenwerkes Kraft in Grajewitz hat den Arbeitern bei Strafe der Entlassung am Wahltag das Fernbleiben von der Arbeit untersagt. Offenbar ist damit § 107 des Strafgesetzbuchs verletzt, wonach derjenige, der einen Deutschen mit Gewalt verhindert, sein Wahlrecht auszuüben, mit Gefängnis nicht unter 8 Monaten oder mit Festsetzung nicht unter 5 Jahren bestraft wird. Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß der Staatsanwalt keine Anklage erhoben hat. In Horki in der Laufitz verbot die Wahlaufruf aller bürgerlichen Parteien folgenden

Stechbrief: Wir erlauben und heute, Ihnen Einlegendes zu übersenden: 1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben; 2. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Werkführer und Meister, die rot gewählt haben; 3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben; 4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben. Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen zu aufzubewahren. Dann wird ferner darauf hingewiesen, daß unbedingt darauf zu achten sei, daß die Beamten und Meister usw. am 8. Juni gong bestimmt zur Wahl gingen. Das ist auch wieder Terror der alleräußersten, der allerüberwiegendsten Art. Dieser Terror wird auch von den Nationalliberalen zugelassen. So weist die „National-Zeitung“ in einem Leitartikel vom 12. Juni 1908 auf den Terrorismus der Konservativen hin. Die Konservativen könnten sich gewiß rechtfertigen und den Nationalliberalen ein gleiches Sündenregister vorhalten. Keine Partei schiebt sich frei von Wahlterror. Auch das Zentrum wünscht unter Umständen die politische Freiheit der Beamten zu unterbinden. So hat, wie der nationalliberale Dr. Voening in Berlin behauptet, die „Köln. Volkszeitung“ die Beamten in Köln, deren Namen unter dem Gründungsaufruf für den ersten Verein der nationalliberalen Jugend in Köln standen, der vorgelegten Postbehörde denunziert. Das Zentrum übt auch genau dieselben Praktiken, die die Sozialdemokratie begehren haben soll, und berechnen man die Mandate kassieren will. Es entrüstet sich ganz besonders über die Veröffentlichung einer Liste, wie die einzelnen Wahlmänner gestimmt haben.

Das tut das Zentrum aber selber auch. Als Beweisstücke lege ich ein Exemplar der „Neu-Westfälischen Zeitung“ auf den Tisch des Hauses nieder, in dem sich eine Liste aller Wahlmänner findet, die bei der letzten Landtagswahl für die Zentrumslandibanden Oberlandesgerichtspräsident Marx und Graf Speer gestimmt haben, ferner der Wahlmänner, die für die Liberalen gestimmt haben, und sogar eine Liste der Wahlmänner, die bei der Abstimmung gestimmt haben. Ueber den Terror der Nationalliberalen haben erst jüngst wieder Zentrum und Polen gesagt. Ganz unumwunden gibt diesen Terror ein Leitartikel der „National-Zeitung“ vom 18. November 1906 zu: „Es ist selbstverständlich, daß auch sonst

jeder erlaubt Zwang ausgeübt wird, um Stimmen für die eigene Richtung einzufangen. Ich höre die schöne Wendung im Wahlbureau: „Also endlich hat mein Schläger gewählt, das ist sein Glück, ich habe dem Reel noch heute morgen gesagt, daß wir nichts mehr von ihm nehmen, wenn er nicht für uns stimmt. Ein anderer hat dieselbe Drohung seinem Preiser zugeordnet, der ihn für den feierlichen Gang läßt machen. Vielleicht sogar dem Haupt, dem Schäfer, dem Wobstschäfer usw.“ Hier wird also zugegeben, in welcher Weise von Ihnen Terror geübt wird. Nun zu den Freisinnigen. Daß sie bei der letzten Landtagswahl den unerhörtesten und schändlichsten Terror ausgeübt haben, dafür will ich Ihnen Dokumente beibringen.

— wenn man ihnen unbedeutend den Vorwurf macht, einem Sozialdemokraten die Stimme gegeben zu haben.“ (Abg. Dr. Krenn-Ransfeld (ft.): Sehr richtig!) „Daß die Postbeamten nur zum Teil gewählt haben, wird uns auch von anderer Seite mitgeteilt, und ebenso berichtet man, daß die Hofbeamten — man denke, die Hofbeamten! — nur spärlich ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Was speziell die Postbeamten betrifft, so wird aus einem Urwahlbezirk im Süden der Stadt Berlin gemeldet, daß von etwa 20 Postbeamten nur ein einziger an der Wahl sich beteiligt hat.“ Das ist der ungeheuerlichste Terrorismus, der ausgeübt werden kann. (Abg. Reinert: Sehr richtig!) Das sind die Mittel, um Terror bei künftigen Wahlen auszuüben und die Beamten auch für künftig einzuschüchtern und die Behörden scharf zu machen. Auch vor der Wahl ist der Freisinn mit Denunziationen gegen die Beamten vorgegangen. So wurde im zweiten Berliner Landtagswahlkreis von der freisinnigen Volkspartei ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt: „Die Wahl von Sozialdemokraten kommt für die Beamten als mit dem Diensteid, dem Treueverhältnis und den besonderen Pflichten der Beamten absolut unvereinbar angesehen und mit Dienstentlassung bestraft wird.“ (Abg. Reinert: Höri! Höri!) Wir haben ja schon mancherlei Zämmelides von den Freisinnigen erlebt, aber ein derartiger unerhörter Terrorismus, wie er hier ausgeübt wird, ist tatsächlich schamloser noch nicht dagewesen. Freisinn sucht sich der Freisinn schwindelhaftweise ein Hinterläden zu öffnen, um sagen zu können, ja wir haben nicht gefügt, daß die Behörden mit Zug und Recht so vorgehen, sondern nur, daß sie es tun werden. Ein freisinniges Blatt, das allerdings nur kleine Reste des Freisinns vertritt, die „Berliner Volkszeitung“, äußert sich über diesen freisinnigen Terror folgendermaßen: „Das Recht auf Denunziation, das bisher den Beamten gegenüber nur von reaktionärer Seite ausgeübt wurde, ist nun auch in das Aktionsprogramm des Blochfreisinns aufgenommen worden.“

„Hui Teufel!“ Weiter hat der freisinnige Kandidat eines der Berliner Wahlkreise, der Schriftsteller Hermann Schoeler, in der Nummer vom 27. Juni 1908 des „Roabiter Bezirksanzeiger“ eine Liste aller Wahlmänner veröffentlicht, die nicht freisinnig gewählt haben. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) Zunächst neun freisinnige Wahlmänner, darunter mehrere Kaufleute, ein Buchhalter und ein Schlichtermeister. Die Absicht ist, damit ihre Tätigkeit zu ruinieren. Dann werden weiter 31 Wahlmänner der konservativen und nationalliberalen Partei genannt, die sich bei der Wahl der Stimme enthalten haben. Unter diesen 31 befinden sich nicht nur Geschäftsleute, sondern auch Angestellte, sogar mehrere Beamte, ein Magistratsbureauassistent, ein Jugführer, ein Ober-telegraphenassistent usw. Aber damit nicht genug. Ganz besonders an den Pranger gestellt und dem Volkstrotz empfohlen wurde im Artikel des Herrn Schoeler ein Schuhmacher, der als konservativer Wahlmann aufgestellt war und sozialdemokratisch gewählt hatte. Dieser Terror, der uns jetzt vorgeworfen wird, ist also in ausgiebiger Weise vom Freisinn selbst geübt worden.

Nun zum sozialdemokratischen Terror selbst. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, erstens daß der Terror, wie er von der sozialdemokratischen Partei geübt worden sei, erheblich sei, und zweitens, daß dieser Terror bereits erwiesen sei. Als Beweis dienen eine Anzahl von Aktenstücken, Artikel aus dem „Vorwärts“, Zirkulare und andere Dokumente und Zeugnisse. Ich will Sie nun darauf aufmerksam machen, daß ein Teil dieser Dokumente

gänzlich im Original vorhanden ist. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) So wird beispielsweise ein geheimer Erlaß der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands nicht im Original oder nach dem Original veröffentlicht, sondern nach der Veröffentlichung durch das evangelische Wochenblatt „Die Arbeit“. Das ist ein sehr eigenartliches Verfahren. Ferner wird ein Plakat vorgeführt, das die Namen einer Anzahl bürgerlicher Wahlmänner enthält, die im 12. Wahlkreise für die Sozialdemokratie gestimmt haben. Seinerzeit wurde aber im „Vorwärts“ erklärt, daß der sozialdemokratischen Vertretung des betreffenden Wahlkreises nichts davon bekannt sei, und daß es sehr wohl möglich wäre, daß dieses Aktenstück einfach angefertigt worden ist, um bequemen Grund zu einem Wahlprotest zu haben. Aber selbst, wenn alle diese Dokumente richtig wären, so fehlte doch jeglicher Beweis, daß der Aufforderung zur Beeinflussung auch Folge geleistet worden ist. (Abg. Reinert: Sehr richtig!) Nicht ein einziger Wahlmann oder Urwähler ist genannt, der sich als Opfer sozialdemokratischen Wahlterrorismus bekannt hätte. Es ist also unbedingt die Beweis-erhebung notwendig. Die Kommission hat sich ja auf den äußerst bequemen Standpunkt gestellt: die Absicht des Terrors war vorhanden, und aus dieser Absicht ist zu folgern, daß dieser Terror auch ausgeübt worden sei. Auf denselben Standpunkt hat sich auch Herr Bohnke am 11. Februar 1908 gestellt. Er meinte damals, es gäbe drei Arten von Beeinflussungen: amtliche, kirchliche und private Beeinflussung. Der amtlichen Beeinflussung steht an Wirkung die kirchliche Beeinflussung sehr nahe, und gegen die kirchliche Beeinflussung habe der Freisinn stets Front gemacht. Er habe also auch ein Recht, jetzt gegen die gleichwertigende sozialdemokratische Beeinflussung ebenso rigoros vorzugehen. Es ist nun keineswegs richtig, daß der Freisinn sich immer mit solcher Schärfe gegen die erwidernste kirchliche Beeinflussung gemeldet hat. Ich erinnere an die Reichstagswahl in Wittelsbanten und an das Rundschreiben des Erzbischofs von Bamberg an 19 katholische Bischöfe, gegen die Zentrumsparole für Segen zu stimmen. (Glocke des Präsidenten. Präsident v. Rüdiger: Das gehört nicht hierher!) Ich muß wohl die Erlaubnis haben, Ausführungen, die Herr Bohnke gemacht hat, zu widerlegen. Der Bischof an sich geht nicht fürchtbar wenig an, wohl aber die Wahlbeeinflussung, die von ihm geübt worden ist. (Präsident v. Rüdiger: Bayerische Beeinflussungen gehen den preussischen Landtag gar nichts an!) Ich stelle dem gegenüber fest, daß der Abg. Fischek am 11. Februar auf Vorkommnisse in der Wahlprüfungskommission des Reichstags hat eingehen dürfen. (Glocke des Präsidenten.) Präsident v. Rüdiger: Herr Abg. Ströbel, ich rufe Sie zur Sache.

Abg. Ströbel (fortfahrend): Ich muß mich dem Zwange fügen, kann also auch nicht über die Wahlprüfungen, wie sie im Reichstags vorgenommen worden sind, sprechen. Aber ich kann aus einem Vorfall in der preussischen Wahlprüfungskommission nachweisen, wie die Mehrheit über Terror und Wohlstand denkt, wenn er nicht von Sozialdemokraten ausgeübt wird. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) In dem Bericht über die Wahl des Abg. Fürbringer heißt es: „Im Urwahlbezirk 1 des Landkreises Cuden sei für den Landrichter Smit als Wahlmann gewählt der Bierhändler Teerling in Verum. Dieser sei bei der Abgeordnetenwahl

In der freisinnigen Zeitung“, dem führenden Organ der freisinnigen Volkspartei, der der Abg. Fischek angeführt, stand in der Nr. 132 vom 6. Juni 1908 das folgende: „Zu den Wahlen in Berlin wird von einem in solchen Dingen gut unterrichteten Berichterstatter gemeldet, daß das Gros der Beamten nicht gewählt habe; weder die Schulmannschaft noch die Postbeamten hätten sich zahlreich beteiligt. Von denen, die gewählt haben, sieht bereits fest, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wahlmänner ihre Stimme gegeben hat. Man muß erwarten, daß der Berichterstatter in der Lage ist, diese Behauptung zu beweisen, denn wir würden es für eine schwere Beleidigung der Beamten halten.“ — Wohlgerichtet, das schreibt die „Freisinnige Zeitung“, das

Leibergang des Herrn Fischek, — wenn man ihnen unbedeutend den Vorwurf macht, einem Sozialdemokraten die Stimme gegeben zu haben.“ (Abg. Dr. Krenn-Ransfeld (ft.): Sehr richtig!) „Daß die Postbeamten nur zum Teil gewählt haben, wird uns auch von anderer Seite mitgeteilt, und ebenso berichtet man, daß die Hofbeamten — man denke, die Hofbeamten! — nur spärlich ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Was speziell die Postbeamten betrifft, so wird aus einem Urwahlbezirk im Süden der Stadt Berlin gemeldet, daß von etwa 20 Postbeamten nur ein einziger an der Wahl sich beteiligt hat.“ Das ist der ungeheuerlichste Terrorismus, der ausgeübt werden kann. (Abg. Reinert: Sehr richtig!) Das sind die Mittel, um Terror bei künftigen Wahlen auszuüben und die Beamten auch für künftig einzuschüchtern und die Behörden scharf zu machen. Auch vor der Wahl ist der Freisinn mit Denunziationen gegen die Beamten vorgegangen. So wurde im zweiten Berliner Landtagswahlkreis von der freisinnigen Volkspartei ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt: „Die Wahl von Sozialdemokraten kommt für die Beamten als mit dem Diensteid, dem Treueverhältnis und den besonderen Pflichten der Beamten absolut unvereinbar angesehen und mit Dienstentlassung bestraft wird.“ (Abg. Reinert: Höri! Höri!) Wir haben ja schon mancherlei Zämmelides von den Freisinnigen erlebt, aber ein derartiger unerhörter Terrorismus, wie er hier ausgeübt wird, ist tatsächlich schamloser noch nicht dagewesen. Freisinn sucht sich der Freisinn schwindelhaftweise ein Hinterläden zu öffnen, um sagen zu können, ja wir haben nicht gefügt, daß die Behörden mit Zug und Recht so vorgehen, sondern nur, daß sie es tun werden. Ein freisinniges Blatt, das allerdings nur kleine Reste des Freisinns vertritt, die „Berliner Volkszeitung“, äußert sich über diesen freisinnigen Terror folgendermaßen: „Das Recht auf Denunziation, das bisher den Beamten gegenüber nur von reaktionärer Seite ausgeübt wurde, ist nun auch in das Aktionsprogramm des Blochfreisinns aufgenommen worden.“

„Hui Teufel!“ Weiter hat der freisinnige Kandidat eines der Berliner Wahlkreise, der Schriftsteller Hermann Schoeler, in der Nummer vom 27. Juni 1908 des „Roabiter Bezirksanzeiger“ eine Liste aller Wahlmänner veröffentlicht, die nicht freisinnig gewählt haben. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) Zunächst neun freisinnige Wahlmänner, darunter mehrere Kaufleute, ein Buchhalter und ein Schlichtermeister. Die Absicht ist, damit ihre Tätigkeit zu ruinieren. Dann werden weiter 31 Wahlmänner der konservativen und nationalliberalen Partei genannt, die sich bei der Wahl der Stimme enthalten haben. Unter diesen 31 befinden sich nicht nur Geschäftsleute, sondern auch Angestellte, sogar mehrere Beamte, ein Magistratsbureauassistent, ein Jugführer, ein Ober-telegraphenassistent usw. Aber damit nicht genug. Ganz besonders an den Pranger gestellt und dem Volkstrotz empfohlen wurde im Artikel des Herrn Schoeler ein Schuhmacher, der als konservativer Wahlmann aufgestellt war und sozialdemokratisch gewählt hatte. Dieser Terror, der uns jetzt vorgeworfen wird, ist also in ausgiebiger Weise vom Freisinn selbst geübt worden.

Nun zum sozialdemokratischen Terror selbst. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, erstens daß der Terror, wie er von der sozialdemokratischen Partei geübt worden sei, erheblich sei, und zweitens, daß dieser Terror bereits erwiesen sei. Als Beweis dienen eine Anzahl von Aktenstücken, Artikel aus dem „Vorwärts“, Zirkulare und andere Dokumente und Zeugnisse. Ich will Sie nun darauf aufmerksam machen, daß ein Teil dieser Dokumente

gänzlich im Original vorhanden ist. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) So wird beispielsweise ein geheimer Erlaß der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands nicht im Original oder nach dem Original veröffentlicht, sondern nach der Veröffentlichung durch das evangelische Wochenblatt „Die Arbeit“. Das ist ein sehr eigenartliches Verfahren. Ferner wird ein Plakat vorgeführt, das die Namen einer Anzahl bürgerlicher Wahlmänner enthält, die im 12. Wahlkreise für die Sozialdemokratie gestimmt haben. Seinerzeit wurde aber im „Vorwärts“ erklärt, daß der sozialdemokratischen Vertretung des betreffenden Wahlkreises nichts davon bekannt sei, und daß es sehr wohl möglich wäre, daß dieses Aktenstück einfach angefertigt worden ist, um bequemen Grund zu einem Wahlprotest zu haben. Aber selbst, wenn alle diese Dokumente richtig wären, so fehlte doch jeglicher Beweis, daß der Aufforderung zur Beeinflussung auch Folge geleistet worden ist. (Abg. Reinert: Sehr richtig!) Nicht ein einziger Wahlmann oder Urwähler ist genannt, der sich als Opfer sozialdemokratischen Wahlterrorismus bekannt hätte. Es ist also unbedingt die Beweis-erhebung notwendig. Die Kommission hat sich ja auf den äußerst bequemen Standpunkt gestellt: die Absicht des Terrors war vorhanden, und aus dieser Absicht ist zu folgern, daß dieser Terror auch ausgeübt worden sei. Auf denselben Standpunkt hat sich auch Herr Bohnke am 11. Februar 1908 gestellt. Er meinte damals, es gäbe drei Arten von Beeinflussungen: amtliche, kirchliche und private Beeinflussung. Der amtlichen Beeinflussung steht an Wirkung die kirchliche Beeinflussung sehr nahe, und gegen die kirchliche Beeinflussung habe der Freisinn stets Front gemacht. Er habe also auch ein Recht, jetzt gegen die gleichwertigende sozialdemokratische Beeinflussung ebenso rigoros vorzugehen. Es ist nun keineswegs richtig, daß der Freisinn sich immer mit solcher Schärfe gegen die erwidernste kirchliche Beeinflussung gemeldet hat. Ich erinnere an die Reichstagswahl in Wittelsbanten und an das Rundschreiben des Erzbischofs von Bamberg an 19 katholische Bischöfe, gegen die Zentrumsparole für Segen zu stimmen. (Glocke des Präsidenten. Präsident v. Rüdiger: Das gehört nicht hierher!) Ich muß wohl die Erlaubnis haben, Ausführungen, die Herr Bohnke gemacht hat, zu widerlegen. Der Bischof an sich geht nicht fürchtbar wenig an, wohl aber die Wahlbeeinflussung, die von ihm geübt worden ist. (Präsident v. Rüdiger: Bayerische Beeinflussungen gehen den preussischen Landtag gar nichts an!) Ich stelle dem gegenüber fest, daß der Abg. Fischek am 11. Februar auf Vorkommnisse in der Wahlprüfungskommission des Reichstags hat eingehen dürfen. (Glocke des Präsidenten.) Präsident v. Rüdiger: Herr Abg. Ströbel, ich rufe Sie zur Sache.

Abg. Ströbel (fortfahrend): Ich muß mich dem Zwange fügen, kann also auch nicht über die Wahlprüfungen, wie sie im Reichstags vorgenommen worden sind, sprechen. Aber ich kann aus einem Vorfall in der preussischen Wahlprüfungskommission nachweisen, wie die Mehrheit über Terror und Wohlstand denkt, wenn er nicht von Sozialdemokraten ausgeübt wird. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) In dem Bericht über die Wahl des Abg. Fürbringer heißt es: „Im Urwahlbezirk 1 des Landkreises Cuden sei für den Landrichter Smit als Wahlmann gewählt der Bierhändler Teerling in Verum. Dieser sei bei der Abgeordnetenwahl

ausgeübt haben, dafür will ich Ihnen Dokumente beibringen.

Nun zu den Freisinnigen. Daß sie bei der letzten Landtagswahl den unerhörtesten und schändlichsten Terror ausgeübt haben, dafür will ich Ihnen Dokumente beibringen.

nicht erschienen, angeblich krankheitshalber; in Wirklichkeit aber habe er sein Wahlrecht lediglich aus dem Grunde nicht ausgeübt, weil ihm von liberaler Seite, insbesondere vom Logierhausbesitzer Luedden und dem inzwischen verstorbenen Logierhausbesitzer Wehrnd mit der

Entziehung der Kandidatur

gedroht worden sei. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) In dem Bericht wurden auch Zeugen für diese Tatsachen genannt, aber der Berichterstatter der Kommission — ein Mitglied der Nationalliberalen — erwähnte dieses Moment für unbedeutend.

(Abg. Reinert: Höri! Höri!) Und zwar unbedeutend deshalb, weil Drohungen einzelner Privatpersonen mit Kandidaturentscheidung als eine zu berücksichtigende Wahlbeeinflussung nicht anzusehen wären. (Abg. Reinert: Höri! Höri!) Der Berichterstatter war allerdings anderer Meinung, die Kommission aber hat schließlich die Behauptungen des Protesses für unbedeutend erklärt. Von der Sozialdemokratie aber soll durch solche Handlungen Terror verübt sein, und dieser Terror soll beachtet sein. Lassen Sie den Terror als Grund gelten, die Wahl der Sozialdemokraten für ungültig zu erklären, so messen Sie mit zweierlei Maß. (Abg. Reinert: Sehr richtig!)

Wenn Sie aber wirklich meinen, daß der Wahlloos, von bürgerlichen Parteien geübt, nicht als Wahlbeeinflussung zu gelten hat, sondern nur, wenn er von Sozialdemokraten geübt wird, so müßte doch erst Beweis erhoben werden, welche Wähler Wahlbeeinflussung geübt haben und welche Wahlmänner sich haben terrorisieren lassen. (Abg. Reinert: Sehr richtig!) So ist es wenigstens sonst immer von der Wahlprüfungskommission gehalten. Bei dem Protest gegen die Wahl des Abg. Luerke in Koltenburg-Hersfeld war behauptet, die Bürgermeister hätten in ihrer Agitation darauf hingewiesen, daß der Landrat die Gemeinden sehr schädigen könne, wenn die Wahlmänner gegen ihn stimmten. (Abg. Reinert: Höri! Höri!), daß der Landrat den Gemeinden auf Zusätze, bei Separierungen, Kirchen- und Schulbauten vielen Schaden zufügen könne, also eine indirekte

Wahlloosandrohung schlimmster Art.

Über hier erklärte die Wahlprüfungskommission, die Behauptungen seien zu wenig substantiiert, es sei nicht ersichtlich, auf welche Bürgermeister, auf welche Personen in ungebührlicher Weise eingewirkt sei. Wenn Sie nun gerade jetzt bei den sozialdemokratischen Wahlen in eine Weiserhebung nicht eintraten, so wäre das der schlagendste Beweis, daß Sie sich nicht von Grundfragen des Rechts leiten lassen, sondern daß Sie mit zweierlei Maß messen.

Sie hätten alle Ursache, nicht ohne weiteres die Wahlen von vier Sozialdemokraten für ungültig zu erklären. Es ist ja ungeschwehlich, daß die stärkste Partei in Preußen nur 7 von 433 Mandaten erobert hat. Wenn davon mit einem Schlage 4 aus dem Hause hinausgeworfen werden, so muß das im Lande den Eindruck erwecken, als ob Jenen die Sozialdemokraten so unangenehm wären, daß sie unter allen Umständen dezimiert werden sollen. Wenn Sie das auch abstreiten mögen, so könnte doch durch den Eifer, mit dem Sie sich hier gegen die sozialdemokratischen Darlegungen und Angriffe gewandt haben, diese Meinung als wohlbegründet erscheinen. Ferner ergibt sich, wenn die vier sozialdemokratischen Mandate wegen der falschen Listenaufstellung fassiert werden, die

ungeheuerliche und unbegreifliche Tatsache, daß acht andere Abgeordnete, die auf Grund derselben Listenaufstellung gewählt sind, hier bleiben.

An zwei sozialdemokratische Mandate hat man sich vermutlich deshalb nicht herangewagt, weil es uneinnehmbar Zustellungen der Sozialdemokratie sind, wo schon die Wahlmänner der ersten und zweiten Abteilung die Wahl der Sozialdemokraten sichern. Wenn der Freisinn die Wahlen wegen der falschen Listenaufstellung fassiert, so müßte er soviel Ehrgefühl haben,

seine sechs Mandate sofort niederzuliegen.

Sie zwei, deren Wahl nicht beanstandet ist, würden diesem Beispiel sofort folgen. Nun meint freilich Herr Bachmide, dazu sei keine Veranlassung, denn die Freisinnigen seien gegen den sozialdemokratischen Terror gewählig. Umgekehrt ist es richtig. Die Sozialdemokraten sind gewählt gegen den schamlosen freisinnigen Terror (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), der gegen die Beamten geübt ist, wie ich Ihnen dokumentarisch nachgewiesen habe. Sie sagen, auch in der Rechtsprege kommt es vor, daß der eine straflos ausgeht, der andere nicht, weil etwa der eine Berufung eingelegt hat, der andere nicht. Aber der Vergleich hilft auf beiden Seiten. Er würde nur zureichen, wenn man sagt: schuldlose Personen haben das gleiche Verbrechen begangen, aber nur gegen einige von ihnen wird das Verfahren anhängig gemacht. Das aber wäre ein Beweis der

Rechten Klassenjustiz,

und als Klassenjustiz würde es auch aufgefaßt werden, wenn hier die Wahl der vier Sozialdemokraten fassiert, die Wahl der sechs Freisinnigen aber nicht beanstandet wird. Dieses verschiedene Verfahren wird der einfache Mann nie als rechtlich begreifen, nicht einmal Juristen können es, allerdings Juristen außerhalb des Hauses, die vielleicht minder begabt sind als die Juristen hier. Freilich könnte es auch umgekehrt der Fall sein. — Ich habe eben nachgewiesen, wie von allen Parteien Terrorismus geübt ist, von allen Parteien ohne Unterschied. Und wenn Sie auf Grund desselben Terrorismus die sozialdemokratischen Wahlen für ungültig erklären, so muß das im Volke die größte Erbitterung erregen. Dann dürfen Sie sich nicht darüber wundern, wenn ein Entrüstungssturm im Volke wach wird, und dann dürfen Sie sich nicht darüber beklagen, wenn Ihnen wegen dieses Vorgehens mit glühendem Eisen das Brandmal der Schande ausgedrückt wird. (Lebhafte Zurufe und Unruhe rechts; Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präs. v. Schröder: Für diese allerdings nur bedingungsweise ausgeübte Beleidigung, Herr Abg. Ströbel, rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravol rechts; Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stroffer (L.):

Wenn wir nicht gegungen wären, diese Mandate für ungültig zu erklären, würden wir Ihnen Ihre ganzen 7 Mandate gern gönnen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir aber aus den Gefühlen der Gerechtigkeit (Gelächter bei den Sozialdemokraten) zu dem Schluß kommen, daß die Mandate für ungültig erklärt werden müssen, dann sollten Sie uns doch nicht Motive unterstellen, die wir nirgends geäußert haben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Ist auch nicht gesehen!) Jetzt mit einem Male leugnet Herr Ströbel, daß Terror geübt sei, früher hat er das gar nicht bestritten. Heute macht er uns das zum Vorwurf, was er für sich selbst in Anspruch nimmt (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten), warum bestritten Sie das? Niemand wird doch so viel Terror geübt wie in der sozialdemokratischen Partei. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und die Beamten-maßregelungen wegen sozialdemokratischer Gesinnung; ist das kein Terror?) Wenn Sie mit diesen Einwürfen kommen, dann verweise ich Sie auf den französischen Verkehrsminister Barthou, der doch Ihrer Partei sehr nahe steht. Dieser hat aus Anlaß des Poststreiks gesagt, es könne nicht geduldet werden, daß die Beamten von der Preß- und Redefreiheit genau denselben Gebrauch machten wie andere Staatsbürger. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was hat das mit den Wahlen zu tun?) Ich weiß nicht, weshalb Sie immer in stiltliche Entrüstung geraten? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Haben wir von Ihnen gelernt! Heiterkeit.) Wie bei Ihnen verfahren wird, davon können doch Ihre eigenen „Vorwärts“-Kollegen ein Lied singen, Herr Ströbel, bei Ihnen heißt es immer: wer nicht pariert, liegt! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Wort kommt doch von Ihnen!) Durch die Abstimmung in diesem

Hause muß festgesetzt werden, daß wir nicht wünschen, daß bei den Wahlen ein solcher Terrorismus ausgeübt werde. (Rufen bei den Sozialdemokraten.) Erklären Sie die Wahlen für ungültig; das wird für die Sozialdemokraten eine heilsame Lehre sein. (Rufen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Dinslage (J.):

Die Gegner der Gültigkeit der Wahlen lassen sich nur von sachlichen Motiven leiten; andere Motive sollten ihnen auch die Sozialdemokraten nicht unterstellen, sondern das höchste Gut, die Lieberzeugung, auch bei anderen achten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Zur Sache selbst bemerke ich, daß durch ein allgemeines Zurückgehen auf die Steuerleistung des Vorjahres bei der Aufstellung der Wählerlisten eine einheitliche Behandlung der Wähler auch nicht gewährleistet ist. Man kann nur soweit auf das Vorjahr zurückgreifen, als die Steuerlisten für das laufende Jahr noch nicht vorliegen. Deshalb kann das Verfahren des Berliner Magistrats nicht für ungesetzlich erklärt werden, und die Wahlen aus einem solchen Grunde für ungültig zu erklären, verstößt gegen das Rechtsgesühl, und zwar um so mehr, wenn man bedenkt, daß 8 Wahlen, die nach denselben Grundfragen zustande gekommen sind, hier für gültig erklärt sind. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und teilweise im Zentrum.) Ein anderer Grund zur Ungültigkeitserklärung ist der ausgeübte Terror. Diese Ausübung muß durch Tatsachen belegt werden, und es muß dargetan werden, daß dadurch eine Einwirkung auf das Wahlergebnis erfolgt ist. Diese Untersuchung muß für jeden Wahlkreis einzeln erfolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Im Bericht der Kommission heißt es, daß der Terror durch die Drohung der Entziehung der Kandidatur der Sozialdemokraten ausgeübt sei, und bei der großen Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie müsse ohne weiteres die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß diese Drohung auch einen Einfluß auf den Ausfall der Wahl ausgeübt hat. Aber mit einer Wahrscheinlichkeit, einer Wahrscheinlichkeit, ja selbst einer hohen Wahrscheinlichkeit dürfen wir als Richter und nicht begnügen. (Lebhafte Sehr richtig! im Zentrum.) Wir müssen bestimmen die Tatsachen verlangen, und deshalb bitte ich, die Wahlen zur Prüfung, ob ein Terror festgestellt und den Ausfall beeinflusst hat, noch einmal an die Kommission zurückzugeben.

Abg. Fischel (sf. Sp.):

Wenn solche Fälle vorliegen, daß bei Aufstellung der Wählerlisten die Steuerlisten des laufenden Jahres noch nicht vorliegen, muß eine einheitliche Bestimmung geschaffen werden, wie zu verfahren ist und das kann nur von dem Abgeordnetenhaus bei der Prüfung von Wahlen geschehen. Logisch ist es aber, daß dann nur einheitlich ein und dasselbe Jahr für alle Wähler herangezogen wird. Das Gegenteil könnte zu den größten Ungerechtigkeiten führen, wenn z. B. der Zuschlag zur Gemeindesteuer in zwei aufeinanderfolgenden Jahren wesentlich verschieden ist und wenn die Grundsteuer z. B. in dem einen Jahre nach dem Gemeinwert, im anderen nach dem Nutzungswert erhoben wird. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Herr Ströbel hat behauptet, der Berliner Magistrat habe sich vor der Aufstellung der Wählerlisten mit dem Ministerium des Innern in Verbindung gesetzt und eine Auskunft erhalten, daß sein Verfahren zulässig ist. Das ist unrichtig, eine solche Auskunft ist nicht erteilt worden.

Politisch wichtiger noch als die Entscheidung der Rechtsfrage ist für uns die Frage des Terrorismus. Charakteristisch ist es, daß in dem Moment, wo die Sozialdemokratie zum erstenmal in den Wahlkampf eintrat, sie mit Mitteln arbeitete, die von keiner Partei so bekämpft sind wie bisher von ihr. (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.) Ganz systematisch sind von der Zentralvereinsperson der sozialdemokratischen Frauen die Frauen aufgefordert worden, einen Terror auf die Kaufleute auszuüben. Man hat die Frauen dazu in besonderen Versammlungen instruiert und sich dabei ausdrücklich auf einen Beschluß der preussischen Landeskonferenz berufen. In Linden, wo Herr Reinert gewählt ist, wurde ein Flugblatt verbreitet, worin es heißt: „Jeder Geschäftsmann oder Gewerbetreibende, besonders die kleinen Kaufleute und Gemüschhändler“ bestrafen Sie das doch, Herr Reinert (Abgeordneter Reinert: Nein, nein, dazu habe ich keine Ursache!) — soll boykottiert werden, wenn er für einen nationalliberalen Wahlmann stimmt“. Die Geschäftleute müssen gezwungen werden, sozialdemokratische Wahlmänner zu wählen, ob sie wollen oder nicht. (Hört, hört! rechts.) (Abg. Reinert: Warum? — Rufe rechts: Damit Sie gewählt werden! — Abg. Reinert: Nein! Ihr Terror ist die Ursache!) Auch in allen Berliner Bezirken ist der unerhörteste Terrorismus geübt worden. Die Sozialdemokraten haben sich in ihren Versammlungen nach der Wahl gerühmt, ihr Terrorismus habe gewirkt. Wenn Sie jetzt Beweise verlangen, so erinnert das an den Anschlag, der in der Voruntersuchung alles zugegeben hat, in der Hauptverhandlung aber alles widerrufen und sagt: Verzeihen Sie es mir. (Sehr gut! rechts und bei den Freisinnigen.) Die Sozialdemokraten sagen, das öffentliche Wahlrecht ist das Wahlrecht des Terrorismus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Welches Mittel haben denn die armen Geschäftsleute, sich gegen diesen Terrorismus zu schützen? Wenn auch in einer freisinnigen Zeitung nach der Wahl darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß zahlreiche Beamte nicht gewählt haben, so ist das doch mit dem organisierten Boykott der Sozialdemokraten gar nicht zu vergleichen. (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.) Wir müssen unsere kleinen Gewerbetreibenden gegen diesen Terror der Sozialdemokraten schützen durch Ungültigkeitserklärung der so zustande gekommenen Wahlen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Freisinnigen.)

Abg. Friedberg (nalk.): Ein Teil meiner Freunde und auch ich werden für die Ungültigkeitserklärung der Wahlen stimmen, sowohl aus rechtlichen Gründen als auch deshalb, weil wir den ausgeübten Terror mißbilligen. Ein Teil meiner Freunde dagegen wird für den Antrag Dinslage stimmen.

Abg. Reinhard (J.): Ein Teil meiner Freunde wird dem Antrage Dinslage nicht zustimmen, sondern für die Ungültigkeitserklärung der Wahlen stimmen. Evident ist mir mit meinem Freunde Dinslage darin, daß nur ein Verdict des Terrorismus vorliegt, daß er aber keineswegs bewiesen ist. Aber in der Beurteilung des Verfahrens des Berliner Magistrats bei der Aufstellung der Wählerlisten bin ich anderer Meinung als er. Dies Verfahren halte ich mit einem Teile meiner Freunde für ungesetzlich, und wir werden aus diesem Grunde für die Ungültigkeitserklärung stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen angenommen.

Der Antrag Dinslage wird gegen die Stimmen eines Teiles des Zentrums, der Polen, 4 Nationalliberaler und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag der Kommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Hausmann-Hameln (Nl.). Sie wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung eines nationalliberalen Antrages auf Rückweisung an die Kommission dem Antrage der Kommission entsprechend gegen die Stimmen der Nationalliberalen für ungültig erklärt.

Nach Erledigung einiger kleiner Anträge aus dem Hause folgt die erste Beratung eines Beschlusses betreffend die Aufhebung der Generalkommission für die Provinzen Westpreußen und Posen. Diese Aufhebung soll zum 1. Oktober 1900 erfolgen und die Geschäfte sollen auf die Behörden der allgemeinen Landesverwaltung und auf die ordentlichen Verichte übergehen. Nach unwesentlicher Debatte wird der Entwurf an eine Kommission von 11 Mitgliedern verwiesen. Darauf verläßt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der 2. Beratung der Novelle zum Berggesetz, Sekundarbahngesetz, kleinere Vorlagen.) Schluß 5 Uhr.

18. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Eisenach, den 10. Mai 1900.

Schröder: Nachm. eröffnet die Sitzung und es erhält sofort zum Vorstandsbericht Sachse das Schluswort. Er behandelt vor allem drei Anträge, die Interesse erregen dürften. Es sind dies ein Antrag Drebnitz:

„Werden Mitglieder wegen ihrer Teilnahme an der Kaiserfeier bestraft oder ausgesperrt, so erhalten sie vom Verband Unterstützung.“

ein Antrag Solingen:

„Mit dem christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter geht der Verband außer bei Lohnbewegungen und Streiks nicht mehr zusammen.“

und ein Antrag Gelsenkirchen:

„Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die Leitung der anderen bergmännischen Organisationen zu erforschen, bei ihren Mitgliedern eine Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung der Bergarbeiterorganisationen herbeizuführen.“

Zun. Kaiserfeierantrag äußert sich Sachse wie folgt: Wie lassen es bei dem bisherigen Zustande bewenden. (Sehr richtig.) Wenn der Antrag angenommen würde, dann hätten es die Arbeitgeber sehr leicht und könnten uns eine Suppe einbroden, die uns teuer zu stehen käme. Für das nächste Jahr haben wir ja einen Streit überhaupt nicht, weil der 1. Mai auf einen Sonntag fällt. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft die Kaiserfeier überhaupt auf den Sonntag verlegt wird, dann hat ja der ganze Streit um die Arbeitssuche endlich ein Ende. (Hört, hört!) Was den Antrag Solingen anlangt, so glaube ich, wir können ihn ablehnen, wenn er nicht zu streng gemeint ist. Es muß uns die Freiheit gelassen werden, daß wir bei Kämpfen um das Anknappschaffstatut mit den Christlichen zusammengehen dürfen. Das ist unbedingt notwendig, wenn etwas Kennenwertes für die Bergarbeiter erreicht werden soll. Die Arbeitgeber sind einig und ihnen gegenüber müssen wir auch als einheitlich geschlossene Masse stehen. (Sehr richtig!) Den Antrag Gelsenkirchen aber müssen wir bekämpfen. (Sehr wahr.) Würden wir ihn annehmen, dann würden wir mit Recht ausgelacht werden. Soweit sind wir noch nicht. Wenn wir auch im Prinzip alle mit dem Antrag einverstanden sind und wenn wir auch wissen, daß wir uns in dieser Beziehung im Einverständnis befinden mit der großen Masse der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, so müssen wir doch zunächst noch weiter schieblich und friedlich nebeneinander existieren. Das Ziel lassen wir niemals aus dem Auge. Eine Organisation muß geschaffen werden, aber wir müssen uns davor hüten, verfehlte Versuche zu wagen. (Sehr richtig!) Der Delegierte Wais hat kritisiert, daß unsere Verbandsstatuten dem Anknappschaffstatut zugestimmt haben. Er hat gemeint, es hätte zum Neugehen getrieben werden müssen, um das Kindergeld zu retten. Ich muß mich wundern, daß ein Mann wie Wais, der im Vordertreffen gestanden hat, so etwas sagt. Wir haben erst nach 4 Generalversammlungen und nach langen Beratungen dem Anknappschaffstatut zugestimmt. Wir taten das in dem Augenblick, als uns gelangen war, 205 000 M. für Kinder- und Invaliden zu retten. Mehr war nicht möglich. Wir haben uns ja sogar auch im Reichstag darüber unterhalten, und der nationalliberale Abgeordnete Osann hat den Wunsch ausgesprochen, eine parlamentarische Kommission möchte mit den Bergarbeitern verhandeln. Als aber die Debatte zu Ende war, haben wir zwar den Abg. Osann an seine Aussage erinnert, aber er erwiderte uns, die Bergarbeitern hätten ihm gesagt, eine parlamentarische Kommission nütze doch nichts, sie würde keinen Schritt weiter gehen. (Hört, hört!) Wir haben also nicht zuletzt im Interesse unserer Kameraden das Anknappschaffstatut angenommen, und wir glauben richtig gehandelt zu haben. (Sehr richtig!) Es ist gefragt worden, wie wir uns zur Siebenerkommission stellen. Nun, die Siebenerkommission als solche besicht gar nicht mehr. Nachdem der Generalsekretär Wehrnd wegen seiner Stellung zum Sprachenparagrafen nicht aus der Siebenerkommission entfernt worden ist, haben sich die Polen von ihr zurückgezogen und wir haben das gleiche getan. Wenn in Zukunft sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, eine neue Kommission zu bilden, werden wir uns mit den Polen und Hirsch-Dunderstein in Verbindung setzen. Wir werden auch den christlichen Gewerksvereine einladen. Lehnt er ab, dann ist es seine Sache. Uns wenigstens schadet er damit dann nicht, höchstens seinen eigenen Mitgliedern. (Sehr richtig!) Wir sind gefragt worden, weshalb wir im Parlament nicht für die Befreiung der Frauenarbeit in den Bleichfabriken eingetreten sind. Die Gewerbeordnungskommission des Reichstages hat sich jüngst auch mit der Frauenarbeit beschäftigt und es ist gelungen durchzusetzen, daß in eigentlichen Bergwerksbetrieben und Holzeisen Frauen nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung tritt in Kraft am 1. April 1912. Sie sollte ursprünglich in Kraft treten am 1. April 1910, aber auf Antrag des Abgeordneten Behrens und des Zentrums ist das Inkrafttreten um 2 Jahre hinausgeschoben worden. (Lebhafte Zurufe.) Gerade von christlicher Seite sind uns also in dieser Beziehung Schwierigkeiten gemacht worden. Der Delegierte Meyer hat ja recht eigenartige Auffassungen vom Revisionismus. Der Ausbau des Unterhaltungsweffens soll eine Stärkung des Revisionismus begründen. Ich glaube, daß diese Auffassung ganz falsch ist. (Sehr richtig!) Ohne Unterhaltungsweffens läßt sich keine Gewerkschaft mit hohen Beiträgen erhalten. Das hat die Erfahrung der letzten Jahre deutlich gezeigt. (Sehr richtig!) Darüber vergessen wir aber die Stärkung des Kampffonds nicht. Damit machen wir nichts Revisionistisches, auch wenn wir Gewerkschaftsbeamten allgemein als Revisionisten beschrien werden. Kolomy gilt ja früher auch als radikal, bis er nach Westfalen kam. Von da ab gilt er auch als Revisionist. Ich meine, wir reden darüber nicht länger, sondern tun unsere Pflicht und Schuldigkeit im Interesse der Bergarbeiter. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, wonach in Zukunft die Beitragsmarken alle Jahre in verschiedenen Farben zwecks besserer Kontrolle herausgegeben werden sollen.

Der Antrag über die Kaiserfeier wurde abgelehnt. — Die Anträge Solingen und Gelsenkirchen wurden dem Vorstand zur Verächtigung überziesen.

Kolomy: Nachm., Redakteur der

„Bergarbeiter-Zeitung“,

setzte hierauf in ausführlicher Rede seine Tätigkeit in den beiden letzten Berichtsjahren auseinander. Er schilderte vor allem die schärfste Kampfesweise der Christlichen gegenüber der „Bergarbeiter-Zeitung“. Den von vielen Redierern ausgesprochenen Wunsch, man möge der Bekämpfung der Christlichen in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht einen zu großen Raum einräumen, findet er ja begrifflich; aber andererseits müsse man bedenken, daß der Gewerksverein mit einer ziemlich großen Mitgliederzahl besthe, die man nicht ignorieren könne. Auch wandte sich Kolomy dagegen, daß man ihm die Förderung revisionistischer Bestrebungen unterlasse. Ob er die Zeitung redigiere oder Que, sei ganz gleich; die Mitglieder würden nie etwas gemerkt haben, denn innerhalb der Bergarbeiterbewegung gebe es keine Unterschiede, sondern nur das eine große Ziel: das Los der Bergflaven zu verbessern. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Debatte verlangten Delegierte aus dem Kolgebiet größere Verächtigung der Interessen des Kalberghaus. Von anderer Seite wurde gerügt, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ Schwundelinserte aufnehmen. Im allgemeinen erklärten sich aber alle Redner mit der Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung“ einverstanden.

Ein Antrag auf Abschaffung der Inserate wurde einstimmig angenommen. Mehrere Anträge, die Zeitung auszubauen und auch wissenschaftliche Artikel aufzunehmen, wurden dem Vorstand zur Erwägung überziesen. Dem Vorstand wurde dann einstimmig Bedache erteilt.

Die weiteren Beratungen wurden sodann auf Donnerstag verlegt. Am Nachmittage unternahmen die Delegierten einen Ausflug in die Umgegend.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

DAMEN-KONFEKTION

Halbleinenes Kleid Jacke und Rock mit Soutache und Paspel 14.50
 Wollmusselin-Kleid Taille mit Seide garniert, Tüll-Einsatz, Miederrock mit Falten und Seidengürtel 32.00
 Lasting-Kostümrock mit Stoff- und Taffet-Blenden 8.75
 Servierkleid Satin Augusta, Volant-Rock, Taille mit Falten und Einsatz 5.90

Cheviot-Servierkleid Volant-Rock, Taille mit Falten und Plissee 9.75
 Gestreifter Satin-Jupon mit plissiertem Volant und Rüsche 4.25
 Mohair-Jupon hoch plissierter Volant mit Bändchen und Einsatz 6.75
 Seidener Taffet-Jupon aufgesetzter gebrannter Volant mit Atlasband 15.75

Batistkleid Volant-Rock und Taille mit Stickerei 7.90

Matinee aus türkisch bedruckt. Taschenröchern mit Bordüre 2.65

Pikee-Kostümrock weiss 3.90

Halbleinen-Jupon plissierter Volant mit Spitze 2.85

BLUSEN

Weisse Batistbluse mit Stickerei-Einsatz 1.85
 Weisse Mullbluse gepunkt, mit Stickerei-Einsatz 2.25
 Weisse Mullbluse mit Stick-Einsatz u. Spitze 2.50
 Untertaillen aus Stickerei-Vorderteil . 85 Pf. 1.50

DAMEN-HANDSCHUHE

Halbhandschuhe mit 2 Druckknöpfen . . 22, 48, 75 Pf.
 Spitzen-Halbhandschuhe mit 2 Druckknöpfen . . 65 Pf.
 Lange Halbhandschuhe 28 Pf.
 Lange Halbhandschuhe Jacquardgewebe . 48, 75 Pf.
 Waschleder-Handschuhe 1.75

2 Posten: **Blusen** aus Stickereistoff mit Passe und Einsatz 3.35
Kindersocken für 1-5 Jahre gemustert 22, 6-12 Jahre 25 Pf.
 Fil d'Ecosse 28, 35 Pf.

WEISSWAREN

Tüll- und Spachtel-Bäffchen 40 Pf.
 Spachtel-Jackettgarnituren 75 Pf.
 Spachtelkragen für Kinder 75 Pf.
 Spachtelkragen für Damen 1.50
 Gestreifte Seidenbänder schmal 35 Pf.
 Gestreifte Seiden-Scarf breit 95 Pf.
 Tüll- und Spitzen-Jabots von 30 Pf. bis 1.25

TISCHDECKEN

Kaffeedecken farbig bedruckt, Zeichnung nach Künstler-Entwürfen
 Grösse ca. $\frac{130}{130}$ $\frac{130}{160}$ $\frac{160}{160}$ $\frac{160}{225}$ cm
 3.00 4.40 5.40 6.50
 Gartendecken bunt gemustert, gesäumt 95 Pf.
 Gartendecken bunt gemustert, mit geknüpfter Franse . 1.30
 Deckenstoffe bunt gemustert, ca. 1,20 Mtr. breit . . Mtr. 95 Pf.
 Deckenstoffe bunt gemustert, ca. 1,20 Mtr. breit . . Mtr. 1.30

SOMMERSPIELE

Alla-Spiel 45, 85 Pf., 2.25
 „Kan u. Katsch“-Spiel 95 Pf.
 Croquet für 6 Personen 2.90

Magnetspiele, Uhrwerkschiffe, Unterseebote, Segelschiffe, garnierte Sandeimer, Sandwagen, Sandkörbe in allen Preislagen. — Neue Ballspiele.

Ball-Tamburin mit poliertem Holzrand 95 Pf.
 Kinder-Fahrstuhl 8.00
 zusammenklappbar

LIBERTY-ABTEILUNG

ALLEINVERTRIEB
 ALLER ECHTEN ERZEUGNISSE VON
 LIBERTY & CO. LTD., LONDON.

KRETONNES
 VELVETS
 BROKATSTOFFE

SEIDENSTOEFE
 GARDINENSTOFFE
 SOFAKISSEN

BLUSEN
 KLEIDER
 KOSTÜMRÖCKE

Krankenkassenkongress.

Sitzung am Mittwoch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Dona-Berlin (Arbeitsgeber) das Wort zur Geschäftsordnung: Als Vertreter der dem Untergange geweihten Innungskrankenkassen frage ich: Wo ist es üblich, daß man zur Vernichtung verurteilt wird, ohne vorher gehört zu werden? Ein Vertreter der Innungskassen, Herr Hugo Linsener, hatte sich gestern zum Wort gemeldet, er hat das Wort aber nicht bekommen. Wir sind hier terrorisiert worden. (Lebhafter Widerspruch.) Natürlich werden wir unsere Maßnahmen treffen. Das Wein, was Sie uns gestellt haben, werden wir Ihnen stellen. Sie wollen uns die Selbständigkeit nehmen. Wir werden dafür eintreten, daß Ihnen die Selbstverwaltung beschritten wird.

Herr Frähdorf: Wir haben gar keine Ursache, den Vertretern der Innungskassen das Wort zu verweigern. Sie sind eine relativ kleine Gruppe, welcher der Kongress die Existenzberechtigung abgesprochen hat. Aber trotzdem denken wir natürlich nicht daran, ihnen das Wort abzuschneiden. Herr Magistratsrat v. Schulz hat gestern die Redner, welche sich zum Wort gemeldet hatten, der Reihe nach eingetragen. In dieser Reihenfolge ist das Wort erteilt worden. Durch Annahme des Schlußantrages ist nicht nur der Vertreter der Innungskassen, sondern noch eine Reihe anderer Redner, die nicht auf dem Standpunkt der Innungskrankenkassen stehen, nicht mehr zum Wort gekommen. Ich möchte dem Herrn noch bemerken, daß die Arbeiter von den Innungskrankenkassen nichts wissen wollen. (Beifall.)

Hierauf tritt der Kongress in die Tagesordnung ein. Zum dritten Punkt derselben:

Beziehung der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten.

erhält das Wort der Referent Amtsgerichtsrat Hahn-Behdorf: Das Ziel der Gesetzgebung müßte sein, einen lückenlosen Anschluß der einen sozialen Fürsorge an die andere und einen möglichst großen Ausgleich der Lasten unter den Verpflichteten herbeizuführen. Diesen Anforderungen wird der Entwurf der Reichsversicherungsordnung nicht gerecht, wenn er auch einzelne Verbesserungen bringt. Der Redner bespricht eingehend die betreffenden Bestimmungen des Entwurfs und stellt sie in Vergleich mit dem jetzt geltenden Recht. Nach den Bestimmungen des Entwurfs, die in mancher Hinsicht unklar und verwickelt sind, ist namentlich das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften in Bezug auf das Krankengeld ein äußerst verwickeltes. Aus diesem verwickelten Verhältnis läme man am besten heraus, wenn man zurückginge auf den Grundgedanken des Unfallgesetzes von 1884, wonach die Entschädigung der Unfallverletzten grundsätzlich den Berufsgenossenschaften obliegt. Es scheint, als ob der Entwurf der Reichsversicherungsordnung theoretisch auf diesem Standpunkt steht. Das geht wenigstens aus den Motiven hervor, kommt aber im Entwurf selbst nicht klar zum Ausdruck. Der Gesetzgeber sollte sich ein Herz nehmen und das in das Gesetz hineintragen, was er in den Motiven zum Ausdruck bringt. Es müßte bestimmt werden im Gesetz, daß die Verpflichtung der Krankenkasse durch gleichzeitige Ansprüche des Verletzten aus der Unfallversicherung nicht berührt wird, und daß die Krankenkasse bei Unfällen nach der 14. Woche der Krankheit nur ausnahmsweise Unterstützung zu gewähren hat und die Berufsgenossenschaften zum Ersatz dieser Leistungen verpflichtet sind. Wenigstens sollten die Berufsgenossenschaften zum vollen Ersatz verpflichtet sein in den Fällen, wo die Krankenkassen den Unfall rechtzeitig angemeldet haben. — Eine schlimme Aenderung bringt der Entwurf bezüglich der Übernahme des Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten. Die Befugnisse, die in dieser Hinsicht den beiden letztgenannten Versicherungsträgern im Entwurf übertragen werden, greifen in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen ein. Dem muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. — Nach einer weiteren sehr eingehenden sachgemäßen Besprechung der sonst noch zu diesem Punkte gehörenden Bestimmungen des Entwurfs legte der Referent folgende Leitsätze vor, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurden:

1. Die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten sind im Entwurf klarer und einfacher geregelt; zugleich enthält er einige sachliche Verbesserungen.

2. Daneben läßt er manches zu wünschen übrig und enthält einige Verschlechterungen gegenüber dem geltenden Recht. Insbesondere:

a) Es wäre folgerichtig und billig, daß eine Berufsgenossenschaft, die ungenügend rechtzeitiger Benachrichtigung von dem Unfälle, die Fürsorge nicht spätestens mit Beginn der drittzehnten Woche übernimmt, verpflichtet wäre, der Krankenkasse die weiterhin entstehenden Kosten in gleicher Weise zu ersetzen, wie im Falle der Uebertragung der Fürsorge.

b) Es ist ungerichtet, daß im Falle der Übernahme des Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaft oder durch die Versicherungsanstalt die Ersatzpflicht der Krankenkasse nicht, wie bisher, auf das Krankengeld beschränkt bleiben soll.

c) Nach dem geltenden Recht hat die Krankenkasse selbständig zu prüfen, ob die Voraussetzungen für Zahlung des Unfallzuschusses vorliegen; sie hat ihn auf eigenes Risiko zu zahlen. Es ist unbillig, daß der Entwurf es hierbei beläßt. Die Kasse müßte befugt sein, den Verletzten wegen des Anspruchs auf den Zuschuß an die Berufsgenossenschaft oder den Unternehmer zu verweisen, wenn diese auf Anfrage der Kasse ihre Ersatzpflicht nicht anerkennen."

Der vierte Punkt der Tagesordnung lautet:

Invalidentversicherung.

Der Referent, Abg. Giesberts (München-Bladbad) (Sekretär der christlichen Gewerkschaften) führte unter anderem aus: Die Bestimmungen des Entwurfs über diesen Unterstützungszweig seien sehr mangelhaft. Organisatorisch wird an bestehenden Verhältnissen nichts geändert. Eine weitere Mitwirkung der Versicherer an der Verwaltung wird nicht gewährt. Gegen eine erweiterte Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung dieser Institutionen wird geltend gemacht, die Arbeiter würden solche Stellungen zu politischen Zwecken mißbrauchen. Diejenigen, welche solche Behauptungen aufstellen, haben gar keinen Beweis dafür erbracht. Auf der anderen Seite ist aber zu befürchten, daß, wenn die Versicherungsanstalten unter dem Einfluß der Unternehmer stehen, diese sie zur Verfolgung ihrer politischen Zwecke benutzen. (Sehr richtig.) Es muß gefordert werden, daß die Arbeiter in größerem Maße als bisher an der Verwaltung der Versicherungsanstalten beteiligt werden.

Die Versicherungsämter müssen möglichst unabhängig von den Staats- und Kommunalbehörden gestellt werden. Nur so können sie vor bürokratischem Schematismus geschützt und ihrer Aufgabe gerecht werden. — Eine generelle Erhöhung der Renten ist durchaus berechtigt. Ich stelle diese Forderung jedoch auf praktischen Gründen nicht auf. Dasselbe gilt von der Forderung, daß als Voraussetzung der Invalidenunterstützung nicht der Verlust von $\frac{1}{2}$ sondern $\frac{1}{3}$ der Erwerbsfähigkeit angesehen wird. Die Forderung ist sachlich begründet, aber veränderungsbedürftig bietet sie manche Schwierigkeiten. Ich habe diese beiden Forderungen nicht aufgestellt, um die anderen Forderungen nicht zu gefährden.

Zunächst fordern wir die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre. Es ist ein Verstum, wenn man glaubt, die Altersrente komme nur den ländlichen Arbeitern zugute. Sie wird auf die Dauer auch den Industriearbeitern zugute kommen. — Zweckmäßig und richtig wäre es, wenn den Rentenempfängern, die Kinder haben, ein Rentenzuschlag gewährt wird. Ich denke mir, daß bei zwei Kindern ein Zehntel, bei drei Kindern zwei Zehntel usw. bis bei sechs Kindern acht Zehntel der Rente als Zuschlag gewährt wird. So würde es einem Familienvater möglich sein, mit seinen Kindern einigermaßen auszukommen. Bei den jetzigen Verhältnissen ist das nicht der Fall. — Der im Gesetz festgelegte Begriff der Invalidität ist unklar und schwankend und wird in einem Sinne ausgelegt, der nicht der Absicht der Gesetzgeber entspricht. Wir fordern deshalb eine Bestimmung, wonach der als Invalide gilt, der nicht mehr fähig ist, in seinem Beruf die festgesetzte Erwerbsfähigkeit hat. — Bei der Festlegung der Erwerbsgrenze darf nicht das Urteil der Ärzte allein maßgebend sein, sondern es müssen die individuellen Verhältnisse des Versicherten berücksichtigt werden. Sehr wichtig ist es, daß man nicht erst wartet, bis die Invalidität eintritt, sondern durch Einleitung eines Heilverfahrens die Versicherten vor der Invalidität schützt. Die Versicherungsanstalten müßten deshalb vor Einleitung des Heilverfahrens verpflichtet sein und die Krankenkassen sollten deshalb alle Krankheitsfälle, die über 13 Wochen dauern, der Versicherungsanstalt anzeigen. Notwendig ist die Einführung höherer Lohnklassen für die Versicherten. — Ich glaube, daß diese Forderungen im Rahmen der Versicherungsordnung realisierbar sind. Wir wollen hoffen, daß sie ein dankbares Echo bei den gesetzgebenden Körperschaften finden. (Beifall.)

Die vom Referenten vorgelegten Leitsätze lauten:

„Der Kongress bedauert lebhaft, daß die Versicherungsordnung die von den Arbeitern und Kleinen Angestellten seit Jahren lebhaft gewünschte Erweiterung der Invalidenversicherung nicht vorzieht. Er fordert deshalb:

1. Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre, mindestens eine Bestimmung im Gesetz, nach der jeder 65 Jahre alte Versicherte, wenn er mindestens 35 Jahre seiner Versicherungspflicht genügt, Anspruch auf Altersrente erhält.

2. Invalidenrentnern, die mehr als zwei Kinder unter 14 Jahren, oder solche, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen dauernd erwerbsunfähig sind, zu versorgen haben, ist entsprechend der Zahl dieser Kinder eine Zuschuldenrente (Kinderrente) zu gewähren.

3. Für den Begriff der Invalidität ist eine Bestimmung im Gesetz zu treffen, welche die Berufsinvalidität als geltende Regel vorschreibt und die jetzige Bestimmung nur bestehen läßt für Arbeiter mit wechselndem Beruf.

4. Betreffs der Erwerbsgrenze sind Bestimmungen aufzunehmen, dahingehend, daß bei Ermittlung der vorhandenen Erwerbsfähigkeit nicht rein mechanisch verfahren wird, sondern die individuellen Verhältnisse des Rentensuchenden in Rücksicht gezogen werden.

5. Das Heilverfahren ist obligatorisch zu machen und eine Verbindung zwischen Kranken- und Invalidenversicherung dahingehend zu treffen, daß den Versicherten, welche länger als sechs Monate erwerbsunfähig krank sind, so lange eine Krankenrente erhalten, bis ein Heilverfahren beendet oder eine Entscheidung über eventuelle Invalidität getroffen ist. Die Krankenkassen sind zu verpflichten, alle für ein Heilverfahren geeigneten erscheinenden Krankheitsfälle und solche, welche länger als 13 Wochen dauern, der Versicherungsanstalt anzuzeigen.

6. Die Lohnklassen sind entsprechend der einzuführenden höheren Lohngrenze zu vermehren. Die Beiträge für die höheren Lohnklassen sind veränderungsmaßematisch so festzusetzen, daß keine Belastung der niederen Klassen zugunsten der höheren Klassen eintritt."

Die Diskussion

über das Referat wird eröffnet.

Krüger-Berlin tritt ein für die Ausdehnung der Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden. Die Regierung hat eine solche Ausdehnung zwar beabsichtigt, aber sie hat ihr Versprechen nicht gehalten. Man will zwar jetzt den Hausgewerbetreibenden die Krankenversicherung geben, aber sie sollen den Landkrankenkassen zugewiesen werden, wo sie keine Selbstverwaltung haben. Die Invalidenversicherung kann nur auf Beschluß des Bundesrats auf die Hausgewerbetreibenden ausgedehnt werden. Das ist ungenügend. Wir verlangen die obligatorische Versicherung der Hausgewerbetreibenden, denn sie haben dasselbe Recht auf Schutz wie alle anderen Arbeiter. Wenn auch die Heimarbeiter in die Versicherung einbezogen sind, so genügt das nicht, denn es werden sehr viele Arbeiter, die tatsächlich Heimarbeiter sind, zu Hausgewerbetreibenden gestempelt und von der Versicherung ausgeschlossen. Darum muß im Interesse der drei Millionen Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden gefordert werden, daß die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auch auf die

Hausgewerbetreibenden obligatorisch ausgedehnt

werde. — Der Redner stellt einen Antrag in diesem Sinne, der einstimmig angenommen wird. Wilm-Glaudaun (Arbeitsgeber) befürwortet die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente auf 65 Jahre. Wer solange seine Pflichten gegen Staat und Gesellschaft erfüllt hat, der hat Anspruch auf eine Rente. Der Referent hat beantragt, daß wenigstens nach 35 Beitragsjahren die Altersrente ohne weiteres gewährt werden müßte. Das würde eine Verschlechterung bedeuten, ich erweide deshalb, diesen Teil der Forderungen des Referenten abzulehnen. Damit ist die Diskussion erschöpft.

Giesberts erklärt sich im Schlußwort mit der Ausdehnung der Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden grundsätzlich einverstanden, meint aber, sie werde praktische Schwierigkeiten bieten. Er habe sich nur an das praktisch Erreichbare gehalten. Dasselbe gelte auch für die vom Vordränger angeforderte Forderung, die ja nur für den Fall aufgestellt sei, daß die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre von der Regierung nicht angenommen werde.

Die Leitsätze des Referenten werden angenommen mit der von Wilm beantragten Streichung. Zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Die Hinterbliebenenversicherung.

Hält Graf-Frankfurt a. M. das Referat. Er verweist darauf, daß dieser Versicherungszweig einer der wichtigsten Zweige des Versicherungswesens sei. Er geht auf die Entstehungsgeschichte dieses Teils der Vorlage ein und zeigt, daß das Versprechen, welches die Regierung seinerzeit bei den Forderungen gab, nicht erfüllt worden sei. Wenn man den Entwurf durchsieht, so findet man, daß er zwar viele Paragraphen enthält, die aber sehr dehnbar sind. Wennfalls werde den Hinterbliebenen der Arbeiter eine Hungerrente geboten. Eine Erhöhung der Renten ist notwendig. Die Art der Selbstverwaltung, welche den Versicherten geboten ist, bringt es mit sich, daß die Arbeiter überstimmt werden. Sie werden nur als Staffage bei der Verwaltung herangezogen. Ein größerer Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung der Versicherungsanstalten ist notwendig, weil nur so auf eine gerechte Festsetzung der Renten zu rechnen ist. — Eine besondere Versicherung für die Privatbeamten, wie sie die Regierung plant, müssen wir zurückweisen. Wir verlangen eine allgemeine Versicherung, welche das ganze arbeitende Volk umfaßt. Dazu gehören auch die Privatbeamten. Dadurch, daß nur invalide Witwen die Unterstützung haben sollen, werden 65 Proz. der Witwen von vornherein

ausgeschlossen. Mit dieser Bestimmung, daß nur invalide Witwen unterstützt werden sollen, hat die Regierung einen schlaun Schachzug gemacht, um die Ausgaben für die Witwenunterstützung auf ein Minimum zu beschränken. Selbst die invaliden Witwen werden nur zum Teil in den Genuß der Rente kommen, denn man weiß, wie schwer es ist, eine Bescheinigung der Invalidität vom Vertrauensarzt zu bekommen. Der Arzt findet vielleicht, daß die Frau nicht mehr fähig ist, in der Fabrik zu arbeiten, aber noch Hausarbeit ausführen kann, Strümpfe stopfen, Kaffee kochen usw. Dann wird sie also keine Rente bekommen. So gut über Staat und die Gemeinden jeder Witwe ihrer Beamten Pension gewährt, müßte auch den Witwen der Arbeiter die Rente und ohne weitere Voraussetzungen zugewilligt werden, um so mehr, als die Beamten ein auskömmliches Gehalt beziehen, die Arbeiter aber meist mit unzureichendem Verdienst sich begnügen müssen. Eine Ungerechtheit ist es, daß ein Unterschied in der Rente gemacht werden soll zwischen invaliden Arbeiterwitwen und Witwen von Unfallsverletzten. So kommt der ungeheuerliche Zustand, daß eine Witwe, die ihren Mann durch einen Unfall, der sofort zum Tode führte, verlor, ihre Rente nach dem Tode des Mannes bekommt. Eine Witwe aber, deren Mann an der Schwindsucht gestorben ist, hat nur, falls sie invalid wird, Anspruch auf die von der Versicherungsgesellschaft festgesetzte niedrige Rente. — Die Rentenätze für Kinder sind niedriger bemessen als die Sätze, welche ein ostpreussischer Knecht als Vater eines unehelichen Kindes an Alimentern zu zahlen hat. Es ist geradezu unmöglich, mit solchen Renten ein Kind vor dem Hunger zu schützen. Unbegreiflich ist es, weshalb nur ehelichen Kindern die Rente gewährt werden soll. Eine unerträgliche Härte ist es, daß die Witwe eines Ausländers kein Recht auf Rente hat, obgleich ihr Mann sein Leben lang in Deutschland Beiträge zur Versicherung geleistet hat.

Was die Aufbringung der Beiträge betrifft, so ist zu sagen, daß die Arbeiter gern höhere Beiträge zahlen, wenn sie wissen, daß ihre Frau und Kinder einigermaßen versorgt werden. In der Krankenversicherung will ja die Regierung die Arbeitgeber durch Erhöhung ihres Beitragsanteils zu erhöhten Ausgaben für die Versicherung heranziehen, um einen Grund zu haben für die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter. Herr Ministerialdirektor Caspar räumte das als eine Entlastung der Arbeiter. Die Arbeiter wollen ja gar nicht, daß die Unternehmer für die Krankenkassen höhere Beiträge zahlen. Wenn aber die Regierung die Unternehmer zu höheren Leistungen heranziehen will, dann wäre die Hinterbliebenenversicherung ein geeignetes Feld dazu. Diese Reform wäre besser wie ein neues Sozialistengesetz in Rassenpackung, welches uns die Regierung vorlegt. — Der Redner betont zum Schluß unter lebhaftem Beifall, daß die Arbeiterwitwen einen berechtigten Anspruch auf Rente haben und daß ihnen dieses Recht endlich zugestanden werden muß. Der Referent empfiehlt die Annahme folgender Leitsätze:

1. Da die Hinterbliebenenversicherung an die Invalidenversicherung angegliedert werden soll, so ist es dringend notwendig, daß den Versicherten ein größerer Einfluß auf die Verwaltung der Versicherungsanstalten eingeräumt wird.

2. Weil sich die Hinterbliebenenrenten nach der Höhe der Invalidenrenten richten, so ist eine Erhöhung dieser Renten doppelt notwendig geworden.

3. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst 5000 M. nicht übersteigt.

4. Unzulässigkeit aller privaten Erbschaftsinstitute.

5. Die Zahl der Beitragsklassen ist entsprechend der Verdienstgrenze zu erhöhen.

6. Witwenrente soll jede Witwe nach dem Tode des versicherten Ehemannes erhalten, sobald der Anspruch feststeht. Die Rente für eine erwerbsfähige Witwe soll nicht unter 180 M. pro Jahr, die Rente einer invaliden Witwe nicht unter 360 M. pro Jahr betragen.

7. Eine Kinderrente darf nicht unter 180 M. pro Jahr betragen.

8. Den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit seines Todes nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente zu.

9. Zur Aufbringung der Mittel sind die Beiträge und der Staatszuschuß entsprechend zu erhöhen und die Gemeinden entsprechend ihrer Steuerleistungsfähigkeit heranzuziehen."

In der Diskussion

mendet sich Giesberts gegen einige Ausführungen des Referenten. Er sagte unter anderem, auch er halte die im Entwurf gemachten Vorschläge für unzureichend, aber man solle doch bedenken, daß Deutschland das einzige Kulturland ist, welches den Anfang macht mit der Einführung der Hinterbliebenenversicherung. Es werde hoffentlich gelingen, diesen Unterstützungszweig, wenn er erst eingeführt ist, zu verbessern und auszubauen. Es kommt nicht darauf an, zu sagen, das und das fordern wir, sondern die Hauptsache ist, wie wir die Widerstände besiegen, die sich unseren Forderungen entgegenstellen. Ich halte es nicht für berechtigt, die Privatbeamtenversicherung mit der Arbeiterversicherung zu verknüpfen. Wer ein Jahreseinkommen von über 3000 M. hat, der braucht sich nicht 50 M. vom Staate schenken zu lassen. Den Privatbeamten würde unsere Rente auch nicht genügen. Wir dürfen nicht Forderungen aufstellen, die zurzeit nicht auf die Zustimmung des Reichstages rechnen können. (Widerspruch.) Daß Witwen von Ausländern die Rente nicht gewährt wird, halte ich für selbstverständlich. Wer 30 Jahre in Deutschland lebt und unsere Kulturerrungenschaften genießt, der kann sich auch in den Staatsverband aufnehmen lassen. (Er bekommt sie ja nicht.) Er bekommt sie, wenn er darum nachsucht, in der Regel, nur in Ausnahmefällen wird sie verweigert. — Ich hielt es für notwendig, meine abweichende Ansicht hier vorzutragen, damit nicht gesagt werden kann, diejenigen, die auf einem anderen Standpunkt stehen, hätten nicht den Mut, ihre Meinung zu vertreten. Erlebens (Dijck-Dunderkerke Gewerksverein): Die Vorschläge des Herrn Graf gehen mir zu weit. Wenn sie auch sachlich begründet sind, so können sie nicht auf Annahme durch den Reichstag rechnen und wenn sie angenommen werden sollten, würde die Hinterbliebenenversicherung unter den Tisch fallen.

Die Diskussion ist beendet. Das Schlußwort erhält der Referent Graf: Ich würde mit Herrn Giesberts einverstanden sein, wenn die Möglichkeit bestünde, das „erreichbare“ nach einigen Jahren zu verbessern. Wenn wir aber erst ein ungenügendes Gesetz haben, dann behalsten wir es und an Verbesserungen ist nicht zu denken. Das setzen wir ja an der Invalidenversicherung. Wir haben sie nun schon so lange, aber es ist nicht gelungen, sie zu verbessern. Verschlechtert ist sie sogar hinsichtlich der Selbstverwaltung. Wenn Herr Giesberts sagt, der Reichstag wird unsere Forderungen nicht annehmen, so verpfeiche ich ihm, ich werde, sobald an mir liegt, dafür sorgen, daß ein künftiger Reichstag anders zusammenkommt ist. — Giesberts sagt, wenn ein Ausländer 30 Jahre bei uns ist, warum wird er kein Preuße. Ja, wenn das so leicht wäre. Ich habe oft für Oesterreicher die Aufnahme in den preussischen Staatsverband versucht, sie sind stets ohne Annahme von Gründen abgelehnt worden. Unsere Forderungen erstrecken sich nur auf das, was berechtigt und vernünftig ist. Ob das der Reichstag annimmt, wird die Zukunft lehren. (Lebhafter Beifall.)

Die Leitsätze des Referenten werden gegen einzelne Stimmen angenommen.

Einige Anträge allgemeiner Natur sowie ein vom Vorstand der Dentisten eingekannter Antrag zur Krankenversicherung werden der bestehenden Kommission überwiesen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Zentrale für die Krankenkassen Deutschlands wird durch die Wahl von 10 Mitgliedern verstärkt und ihm das Recht der Kooptation erteilt. Die so gebildete Kommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der gesetzlichen Behandlung der Reichsversicherungsordnung die Interessen der Versicherten zu vertreten.

Der Vorsitzende Simanowski macht einige geschäftliche Mitteilungen. Unter anderem sagte er: Die Betriebskrankenkassen-Verband beklagt sich darüber, daß wir den Verband der Betriebskrankenkassen zu diesem Kongress nicht eingeladen haben. Ich muß dazu bemerken, daß wir den Verband der Betriebskrankenkassen nicht als eine Krankenkassenvertretung anerkennen können. Während in allen anderen Krankenkassenvereinigungen Arbeiter und Arbeitgeber vertreten sind, gehören dem Verbande der Betriebskrankenkassen nur Unternehmer an. Dieser Verband ist nichts weiter als eine Vertretung der Interessen der Großindustriellen. Der Geschäftsführer dieses Verbandes hat uns um Zutritt zum Kongress ersucht, er hat insofern eine Pressefaktik bekommen und soll ja auch anwesend sein. Im übrigen bemerke ich, daß sich eine große Anzahl von Betriebskrankenkassen mit dem Vorhaben des Verbandes der Betriebskrankenkassen nicht einverstanden erklärt hat. Auf diesem Kongress sind nicht nur Versicherte, sondern auch Unternehmer aus Betriebskrankenkassen vertreten, die sich auf den Boden des Kongresses gestellt haben.

Unsere Tagesordnung ist erledigt. Dieses zahlreicher als je beschaffte Krankenkassenparlament hat Stellung genommen zu der Reichsversicherungsordnung und sie in der vorliegenden Form als unannehmbar zurückgewiesen. Die Vorstände der Krankenkassen werden unsere Stellungnahme prüfen und jedenfalls zu demselben Resultat kommen. Ich erwarte die Vorstände, eine Agitation in diesem Sinne zu entfalten und die Mitglieder über den Inhalt der Reichsversicherungsordnung aufzuklären. Jeder möge tun, was in seinen Kräften steht, damit die Regierung veranlaßt wird, unseren Wünschen Rechnung zu tragen. Mit diesem Wunsch schließe ich den Kongress.

Verichtigung. Der Delegierte Eckermann-Katheno hat in seiner im gestrigen Bericht wiedergegebenen persönlichen Bemerkung nicht gesagt, daß Herr Peters konservativer Reichstagskandidat war. Die betreffende Stelle der Ausführung Eckermanns muß dahin berichtigt werden: Die Unmöglichkeit der Behauptung des Herrn Peters, daß in unserer Urklasse sozialdemokratische Umtriebe herrschen, wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß der Vorsitzende der Klasse bei den letzten Landtagswahlen als konservativer Wahlmann fungiert hat.

Der Kongress der freien Hilfskassen Deutschlands

fand gestern im Gewerkschaftshause statt. Das Bureau der Versammlung wurde gebildet durch Schaad-Altona, Feurig-Dresden, Blume-Hamburg. Eine an die Reichsregierung gerichtete Einladung ist in Hinblick auf den gleichzeitig stattfindenden allgemeinen Kongress von derselben abgelehnt.

Tagesordnung

Hand: Die Reichsversicherungsordnung und die freien Hilfskassen.

Als Gäste sind anwesend: die Reichstagsabgeordneten Hoch, Stadthagen, Dr. Adolf Neumann-Hofer. Als Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften ist Legien erschienen.

Zum ersten Punkt erhält Jaffke-Hamburg das Wort: Die Wichtigkeit der Sache zwingt die Hilfskassen zu einer besonderen Stellungnahme. Erwidert es doch den Anschein, daß die gesamten gesetzgeberischen Maßnahmen, wie sie in der neuen Novelle niedergelegt sind, darauf berechnet seien, den freien Hilfskassen den Garau zu machen. Werde diese Novelle Gesetz, dann werde es den Hilfskassen unmöglich gemacht, weiter zu existieren. Redner erläutert diese Annahme an der Hand der §§ 508 bis 531 im einzelnen. Die gesamten hierin enthaltenen Bestimmungen über das Verhältnis der freien Hilfskassen (Erfahrungskassen) lassen keinen Zweifel darüber, daß die Absicht bestanden und noch besteht, die freien Hilfskassen zu beseitigen, trotz der Versicherung des Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar: die Regierung denke nicht daran, das Selbstverwaltungsrecht anzutasten. Bei den Vertretern der freien Hilfskassen sei es untergeordnet, daß vor einigen Jahren bereits der bekannte Geheimrat Hoffmann es offen ausgesprochen habe, die sozialdemokratischen Umtriebe in den Krankenkassen müßten durch gesetzgeberische Maßnahmen hintertrieben werden. Ein Beweis dafür, daß in den Krankenkassen irgend welche politische Umtriebe stattfänden oder jemals stattgefunden haben, sei bisher nicht erbracht, gemeint seien mit diesen politischen Um-

trieben natürlich sozialdemokratische. Aber die Vertreter der freien Hilfskassen, soweit sie Sozialdemokraten seien, hätten es gar nicht nötig, die Krankenkassen für diesen Zweck sich dienstbar zu machen. Dazu hätten diese in anderer Weise genügende Gelegenheit. Es müsse deshalb mit aller Energie Protest gegen diese unwahre Unterstellung erhoben werden.

Eines besonderen Beschlusses in dieser Frage bedürfe es seiner Meinung nach nicht, man müsse sich diesbezüglich dem Beschluß des allgemeinen Kongresses anschließen.

Ein heiteres Intermezzo

folgte diesen Ausführungen. Dem Vorsitzenden Blume wurde eine Notiz des „Hamburgischen Correspondenten“ vorgelesen, nach welcher der Herr August Wessel aus Altona kürzlich als Vertreter verschiedener Krankenkassen eine Konferenz mit dem Vertreter des Staatssekretärs hatte, um diesem eine Reihe von Wünschen in Sachen der Krankenkassenversicherung vorzutragen und sich über das neue Gesetz zu informieren. Ebenfalls nahm derselbe Veranlassung, sich mit verschiedenen Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu setzen. Überall fand er das lebhafteste Entgegenkommen usw.

Herr Wessel wird nun vom Vorsitzenden gebeten, doch im Interesse der Anwesenden wie von ihm vertretenen Sache das ihm widerfahrne „Entgegenkommen“ näher zu schildern. Darauf konnte dann Herr Wessel nur erklären, daß ihm gesagt worden sei im Staatsministerium, die Vorlage sei noch nicht fertig, man werde ihm seinerzeit die Vorlage mit Begründung zugehen lassen.

Ueber das Referat des Vortragenden Jaffke entspann sich eine mehrstündige interessante und anregende Debatte. Der größere Teil der Diskussionsredner bewegte sich in denselben lebhaften Klagen über die beabsichtigte Verstumelung bezw. Aufhebung der Selbstverwaltung der freien Kassen. Nur einzelne Redner glaubten noch nicht ganz die Hoffnung aufgeben zu sollen, auch in der neuen Vorlage die Bestimmungen derart zu treffen, daß die Fortexistenz der freien Hilfskassen auch unter dem neuen Gesetz möglich sein werde.

Der Kongress besteht, wie die Mandatsprüfungskommission

berichtet, aus 168 Teilnehmern, welche 205 Kassen mit 814 254 Mitgliedern vertreten.

Es wird ein Antrag gestellt und angenommen, das Mandat des Herrn Wessel-Altona, als des Vertreters einer schon vom vorigen Kongress (1906) als Schwindelkasse bezeichneten Kasse, für ungültig zu erklären.

Nach einem Schlußwort Jaffkes erfolgt die Annahme folgender Resolution:

„Wenn schon die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung in der Versicherungsordnung nicht in Aussicht genommen ist, so ist doch zu fordern, daß mindestens die Krankenkassenversicherung vereinheitlicht wird auf der Grundlage der Allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen. Soll jedoch die Zersplitterung im Krankenkassenwesen beibehalten werden, so ist entschieden dagegen zu protestieren, daß die freien Hilfskassen allein als vollberechtigte Krankenkassen beseitigt werden sollen. Sind doch auch die Innungskrankenkassen, bei denen sogar von einer Mindestmitgliedszahl abgesehen werden soll, zum Teil wahre Zwerggebilde, die insofern auch hinsichtlich ihrer Leistungen hinter den Leistungen anderer Krankenkassen naturgemäß zurückbleiben müssen.“

Die Bedingungen, unter denen bestehende Hilfskassen als Ersatzkassen zugelassen werden sollen, sind gleichbedeutend mit Ausschaltung derselben als vollberechtigte Kassen. Sie sollen, was Aufnahme der Mitglieder und Leistung betrifft, dieselben Bedingungen erfüllen wie die Zwangskassen, nicht aber deren Rechte genießen, welche letztere darin bestehen, daß die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge aus eigenen Mitteln zu zahlen und überhaupt für die Beiträge zu haften haben. Dazu kommt, daß die Mitgliedschaft bei der Ersatzkasse nicht ohne weiteres von der Zugehörigkeit zur Pflichtkasse befreit, sondern es dazu erst eines Befreiungsantrages durch Vermittlung des Arbeitgebers bedarf. Auch werden die Pflichtkassen dadurch günstiger gestellt, daß die Arbeitgeber die halben Beiträge für die der Ersatzkasse angehörenden Versicherungsflüssigkeiten an die Pflichtkasse zahlen sollen, ohne daß diese dafür etwas zu leisten hat. Bei dieser Sachlage ist ein Verleihen als Ersatzkassen undenkbar und dies auch zweifellos beabsichtigt, was auch die Verhinderung der Ausdehnung der Ersatzkassen beweist.

Der wahre vorstichtigerweise gar nicht angegebene Grund, die freien Hilfskassen als vollberechtigte Kassen auszuscheiden, trotz Aufrechterhaltung aller anderen Kassenarten, ist nur darin zu erblicken, die beabsichtigte Einschränkung der Selbstverwaltung bei den Ortskrankenkassen besser durchzuführen zu können. Die Regierung ist sich wohl bewußt, daß, wenn die in Ortskrankenkassen Versicherung als Selbstverwaltungsrecht bis zur Bedeutungslosigkeit eingeschränkt wird, eine große Abwanderung aus diesen Kassen in die Hilfskassen stattfinden würde. Um das zu verhindern und den

beabsichtigten Zweck zu erreichen, sollen die Hilfskassen, wenn auch auf Umwegen, ausgeschaltet werden.

Der Kongress protestiert daher gegen die beabsichtigte Beseitigung der freien Hilfskassen als vollberechtigte Kassen und fordert von der Gesetzgebung, daß, wenn die anderen Sonderkassen, wie Innungs-, Betriebs- usw. Krankenkassen, beibehalten werden sollen, gerechterweise auch die freien Hilfskassen wie bisher ohne Einschränkung als vollberechtigte Kassen zu belassen oder ihnen doch dieselben Rechte einzuräumen sind, welche die Zwangskassen besitzen.“

Darauf erfolgte der Schluß des Kongresses.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Erhebung über die Dienstbotenverhältnisse wird gegenwärtig in Nürnberg veranstaltet. Sie geschieht in Befolgung einer ministeriellen Verfügung, wonach solche Erhebungen zunächst lediglich in München und Nürnberg anzustellen sind, und zwar sollen sie sich nur auf 15 Proz. der weiblichen Dienstboten erstrecken und in der Form von Stichproben vorgenommen werden. In Nürnberg werden 1400 Dienstboten befragt. Sie haben einen Fragebogen auszufüllen, der etwa 50 Fragen enthält. Unter anderem wird Ausschlag gebend verlangt, wie viele und welche Personen den Haushalt bilden, wie viel Dienstboten sich im Haushalt befinden, ob auch Jugenderinnen, Wäscherinnen usw. und wie viele verwendet werden, ob der Dienstherr auch zu Arbeiten für das Geschäft und zu welchen herangezogen wird, welchen Lohn er erhält, ob auch Biergeld oder Bier, was er jährlich für Einnahmen an Trinkgeldern, Geschenken usw. hat, ob er das Ueberfließen in Geld oder in natura bekommt, wann der Dienstherr täglich aufstehen muß, wann er abends mit der Arbeit fertig ist, ob tagsüber Arbeitspausen sind und welche, ob und welche Sonntagsausgehenszeiten gewährt wird, ob er einen Schlafraum für sich allein hat oder ob er ihn mit anderen Personen und welchen teilen muß, ob der Schlafraum sich innerhalb der Wohnung befindet und wo, ob er ein Fenster hat. Wenn die Befragung der Dienstboten beendet ist, werden den betreffenden Dienstherrschaften ebenfalls Fragebogen zugefickt.

Zur Lage der Dienstboten in Australien.

Die Londoner Frauenzeitung „Woman Worker“ veröffentlicht eine Aufzählung der Sekretärin des Arbeiterinnenverbandes von Westaustralien. Darin wird unter anderem berichtet, daß die Lage der Dienstboten in Australien keine so glänzende sei, wie in der Regel angenommen werde. Es werden zwar Löhne bis zu 20 Mark pro Woche gezahlt; es gibt aber auch Mädchen, die für 10, 8 und sogar 6 Schilling pro Woche arbeiten. Dabei sind die Preise für Kleidung usw. verhältnismäßig hoch. Auch ist die Arbeitszeit zum Teil sehr ausgedehnt, bis 12 und 14 Stunden pro Tag. Sogar Gewandermietern haben sich in den verhältnismäßig jungen australischen Kolonien eingefunden. Diese beherrschen die meisten Stellen und beuten die Mädchen genau so unerschämmt aus, wie ihre Kolleginnen in der alten Welt. Die Sekretärin warnt deswegen die jungen europäischen Mädchen vor der Auswanderung nach Australien.

Lesende.

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr im „Kaiserhof“ am Kranoldplatz: Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Die heutige Schule“. Diskussion.

Rummelsburg. Der regelmäßige Frauenabend am Freitag fällt aus.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Am Himmelfahrtstage Ausflug. Abmarsch 9 1/2 Uhr von den neuen Rathausgassen, Martin-Luther-Strasse 31, nach Schmargendorfer Schützenhaus.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesamt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 5.	am 17. 5.	Wasserstand	am 18. 5.	am 17. 5.
Remel, Müst	207	—	Saale, Großh.	90	—
Bregel, Zitzberg	4	—	Saale, Spanbau	80	—
Bregel, Thom	262	—	Walden	132	—
Ober, Kabis	252	—	Spee, Spremberg	—	—
Krohn	232	—	Wesl.	106	—
Frankfurt	259	—	Wesl., Wenden	—	—
Wesl., Schimm	84	—	Wesl., Wenden	12	—
Landenberg	108	—	Wesl., Wenden	12	—
Wesl., Vordamm	48	—	Wesl., Wenden	12	—
Wesl., Leimlich	10	—	Wesl., Wenden	12	—
Dresden	—105	—	Wesl., Wenden	12	—
Barb	147	—	Wesl., Wenden	12	—
Wesl., Wenden	190	—	Wesl., Wenden	12	—
Wesl., Wenden	190	—	Wesl., Wenden	12	—

*) + bedeutet Sturz, — Fall, — *) Unterpegel. — *) am 18. 12 Uhr mittags 200 cm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 20. Mai. Freie Volkshäuser. Donnerstag, nachm. 3 Uhr: 7. Akt im Thalia-Theater: Der Hieb auf den Ehr. Abends 8 Uhr im Thalia-Theater 2. Akt: Hans Hudelein. Freitag, abends 8 Uhr im Neuen Schauspielhaus II (13.) Abendabteilung: Maß. Abends 8 Uhr im Thalia-Theater 3. Akt: Hans Hudelein. Neue Freie Volkshäuser. Am Donnerstag, 20. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr: im Deutschen Theater: Was ihr wollt; in den Kammerspielen: Frühlings Erwachen, im Neuen Theater: Der Schwarze Hühner. — Silberfischen; im Neuen Operetten-Theater: Das verbummelte Schloß; im Berliner Theater: Minna von Barnheim; im Hebbel-Theater: Cybele — Die Gürtler; im Schiller-Theater O: Ein Volkstanz; im Dr. Wilhelmst. Schauspielhaus: Schlagende Wetter; im Schiller-Theater Charlottenburg: Nicht herum. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr. Freitag: Ein Wintermärchen. Königl. Schauspielhaus. Viel Lärm um nichts. Freitag: Hof und Schwert. Deutsches. Faust. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Kammerstücke. Gyes und sein Ring. Anfang 8 Uhr. Freitag: Frühlings Erwachen. Anfang 8 Uhr. Neues königliches Opernhaus. R. Auf. Hofballer. Uff. Freitag: Geflücht.

Vorstellung. Die Dollarprinzessin. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Berliner. Ein Herbstmännchen. Nachmittags 3 Uhr: Minna von Barnheim. Freitag: Ein Herbstmännchen. Samstag O. (Schiller-Theater.) Jungler Ubrigkeit. Nachmittags 3 Uhr: Ein Volkstanz. Freitag: Die Karolinger. Sch. Charlottenburg. Karth. Nachmittags 3 Uhr: Rechts herum! Freitag: Die Welt, in der man sich langweilt. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Kilometerfresser. Nachmittags 3 Uhr: Schlagende Wetter. Freitag: Der Kilometerfresser. Neues Schauspielhaus Maß. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Komiker Ober. Alesand. Freitag: Carmen. Werten. Die lustige Witwe. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Salongespräch. Freitag: Ein Salongespräch. Neues. Tricocoe und Cacolet. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Thalia. Hans Hudelein. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Rehdens. Kammere dich um Ankele. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Lustspielhaus. Im Klubessel. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Kleines. Royal. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Gebel. Frau Warrens Gewerbe. Freitag: Revolutionshochzeit. Eniten. Krone und Fessel. Nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen von Heilbronn. Freitag: Die Hauderlöse. Erlanon. Hauderlöse. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Neues Operetten. Der Sigambaron. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Berliner Operetten-Theater SW. Schauspiel der Legenitzer. Der Dorfparter. Freitag: Der Geigenmacher von Klittenwald. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Metrovol. Die oberen Himmelskinder. Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Bernhard Wose. Mädchen ohne Gore. Nachmittags 3 Uhr: Der Leiermann und sein Vögelchen. Freitag: Das Mädchen ohne Ehr. Gaskpiel-Theater. Die Frau Gräfin. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Freitag: Dieselbe Vorstellung. Apollo. Hartlein. Er oder Er. Spezialitäten. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Wintergarten. Spezialitäten. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Carl Haberland. Spezialitäten. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Vanage. Spezialitäten. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Walfallen. Spezialitäten. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Folles Caprice. Allein — endlich. Ungerade Tage. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Freitag: Dieselbe Vorstellung. Kaffino. Das Dyeriamm. Spezialitäten. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Gussab. Behreus. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kompagniedahl. Freitag: Dieselbe Vorstellung. Urania. Fauerstraße 14/15. Abends 8 Uhr: Der Montblanc. Freitag abend 8 Uhr: Von der Jagdprobe zum Watzmann. Sternwarte. Spezialitäten. 57/69. Lessing-Theater. Gaskpiel d. Neuen Operetten-Theater. Morgen und folgende Tage 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Ein Herbstmännchen. Nachm. 3 Uhr: Minna von Barnheim. Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23. a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Montblanc. Freitag 8 Uhr: Von der Jagdprobe zum Watzmann. Heute am Himmelfahrtstage: Eintritt 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Ab nachmittags 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a. Eingang Schadow-Strasse No. 14. Heute Eintrittspreis: 50 Pf. Reichhaltige Ausstellung der Welt an lebenden Sootieren, Reptilien etc. 70/4

Luisen-Theater.

Nachmittags 3 Uhr: Käthchen von Heilbronn. Abends 8 Uhr: Krone und Fessel.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Ein Herbstmännchen. Nachm. 3 Uhr: Minna von Barnheim. Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23. a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Tricocoe und Cacolet. Morgen und folgende Tage: Tricocoe und Cacolet. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe. Heute u. Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr halbe Preise: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 20. Mai, nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. Abends 8 Uhr: Der Kilometerfresser. Sonnabend: Der Kilometerfresser.

Hebbel-Theater

Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Frau Warrens Gewerbe.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Kammere dich um Amelie. Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaud. Morgen u. folg. Tage: Die Vögel. Sommerpreise.

Bernhard Rose Theater

St. Franziskaner Str. 102. Zum erstenmal: Das Mädchen ohne Ehr. Sensationstheater in 4 Akten u. 2 Bildern. Anfang 8 Uhr. Wochenpreis. Freitag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Klubessel. Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. Heute 8 Uhr: Die Frau Gräfin. Unsere Abonnenten erhalten auf allen Bühnen die bekannte Ermäßigung. Morgen 8 1/2 Uhr: Die Frau Gräfin. Sonnabend: Raffles, der große Unbekannte (Vorb. Uster).

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

W. Noacks Theater

Direktion Rob. Ott. Oranienstr. 16. Wegen vollständiger Renovierung der Spielräume geschlossen! Wiedereröffnung: 1. Augustfesttag.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9. Heute: Große Spezialitäten- u. Theater-Vorstellung. — Im Saale. — Großer Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schöner Stralsunderstr. 1

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.)
 Donnerstag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
 Schauspiel in 5 Akten von G. Hoffmann.
 Ende 5 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.
 Komödie in 3 Akten v. Gustav Dabbs.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, nachm. 3 Uhr:
Rechts herum.
 Schwan in 3 Akten u. Hans Gaus.
 Ende 5 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Narziss.
 Trauersp. in 5 Akten v. H. G. Brachvogel.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Narziss.

Freie Volksbühne

Nächste Serie der **Abendabteilungen**
 im Neuen Schauspielhaus am 17., 21., 24.,
 28. Mai und der **Nachmittagsabteilungen:**
Mahé Vaudeville mit Musik und Ballett
 von Walden und Schönau.

Die Abendvorstellungen im **Thalia-Theater**
 finden vom 19. bis 29. Mai abends 8 Uhr jeden
 Abend statt. Aufführung:

Hans Huckebein.

Zu diesen Abendvorstellungen sind abends bei den
 Obtenten im Theater Gastkarten für die Angehörigen der
 Mitglieder zu haben. Vorbestellungen für Gastkarten
 nehmen die Zahlstellen entgegen.

241/1 Der Vorstand: in Vert. G. Winkler.

CASTAN'S PANOPTICON
 Friedrichstr. 105 (Pachorpalast).

Neu! Ohne Extra-Entree. Sensationell!
Mariedl, die größte Riesin der Welt.
 lebende

„Bellachinis Zauberwelt!“

Täglich: Nachm.: **Soireen.** — Abends 8 Uhr: Haupt-Soiree.
 Täglich: 7 1/2 Uhr abends: **Ohne Extra-Entree!**
 Humoristische Künstlerabende. Sonntags 2 Vorstellungen.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Gattenspiel 9 1/2 Uhr:
Hartstein
 in seiner Burgesse
Er oder Er.
 8 1/2 Uhr:
 Die phänomenalen Attraktionen.

Casino-Theater

Lothringers Str. 57. — Täglich 8 Uhr.
 Eilmischer Theaterstück!
 Heber 100 mal vor ausgesetzt. Häusern
 geben der tolle, lustige Schwan
Das Opferlamm.
 Schlussvorstellung den 24. Mai.
 Sonntag 4 Uhr: **Hermann.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
 Neu! Neu!
„Mein Freund Hugo.“
 Burleske von Meysel.
 Anfang
 heute
 7 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Goldmarkstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
 Täglich:
Weltermanns Brautpaar.
 Schwan in 1 Akt.
 Neues Spezialitäten-Programm.
 The Morrors, Hee & Shee, Marco
 & Tatjana, Paulsen, Loris, etc. etc.
 Anfang Sonntag 5 1/2 Uhr,
 Montag 7 1/2 Uhr.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114

Heute Donnerstag, den 20. Mai 1909 (Himmelfahrt):
Große Spezialitätenvorstellung
 sowie Großes Konzert des „Neue-Welt-Orchesters“, Dirigent: S. Bothe.
 Gewähltes Programm. Grifffassige Künstler.
 Im Riesen-Festsaal von 4 Uhr ab: **Großer Ball.**

Brauerei Friedrichshain.

Heute Donnerstag, 20. Mai:
Garten-Konzert der Pioniere.
 wolfs Hamburger Sänger und Kinematograph.
 Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pf.
 Morgen Freitag:
Frei-Konzert und Fischessen.
 Wo amüsieren wir uns am Himmelfahrtstag?
Im Krug zum grünen Kranze
Ober-Schöneeweide, Waldstr. 74.
 Küche u. Keller vorzüglich. Vereinen u. Gesellschaften bestens empfohlen.
Ernst Höflich.

WINTERGARTEN

Mac Walten
 der Mann mit dem geheimnis-
 vollen Rook.
Olympia Desvall
 Sportakt.
Les Biogokus
 japanische Hofkünstler.
Liane d'Ève
 Excentrique française
 und eine Kette
 hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.

Walter Schneider der eigenartige
 Vortrags-
 Künstler.
Bruno Lebrun
 der fahrende Sänger

Jaka Jshad

Maur. Schlangentänzerin.
 2ter Monat.
 Das neue Mai-Programm
 ein voller Erfolg!

Walhalla
 Winter-Theater

Weinbergweg 19-20, Rosenthal, Tor.
 Anfang 8 Uhr.
 Das große Mai-Programm.
Grete Gallos, die beliebteste
 Sourette, u. die übrigen Spezia-
 litäten: **Freikonzert.**

Sanssouci, Kottbusser
 Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.
 Heute Himmelfahrt:
Elite-Soiree von
 Hoffmanns Nordd. Sängern
Großartiges
Festprogramm
 Frühlingstanzfränzchen.
 Beginn des Konzerts 5.
 der Vorstellung 7 Uhr.

Puhlmanns Theater.

Schönb. Allee 148, Kastanienallee 97/99
 Donnerstag, den 20. Mai cr.
 (Himmelfahrtstag):
Eröffnung der diesjähr. Vorsaison
 im gänzlich neu renov. Naturgarten.
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das vierte Gebot.
 Zeitbild m. Gef. von Max Bauermeister.
 Anfang des Konzerts 4 Uhr,
 der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Die Kollektische ist von 2 Uhr ab
 geöffnet.

Schwarzer Adler
 Friedrichsberg Frankfurter Chaussee 5
 (früher 120).
 Stadtbahnstation Frankl. Allee. Inh.: Gebr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.
 Donnerstag, den 20. Mai 1909 (Himmelfahrt):
Wiederholung des Riesen-Eröffnungs-Programms!
Großes Künstler-Konzert. Leitung: Musikdirektor Jung.
Das Riesen-Spezialitäten-Programm
 Hören! Sehen! Staunen!
 mit Franz Sobanski, Berlins bekanntestem Orig.-Komiker, mit seinen neuesten Schlagern
 Das Häbele-Trio, Gebrüder Leonadia, Akrobaten, Ernst Gras, der kleinste
 Komiker der Jetztzeit, Albert Nikolaus, Humorist a la Steidl, u. 14 Spezialitäten.
 Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Entree 25 Pf.
Im Saale: Großer Frühlings-Ball.

Gr. Schützen- u. Volksfest
 an der Oberspreewo 15. bis inkl. 25. Mai an der Oberspreewo
Festplatz Oberschöneeweide.
 Täglich: 1205L.
Gr. Volksbelustigungen x Schaustellungen aller Art
Doppel-Konzerte.
Elite-Tage: Mittwoch, den 19. und
Donnerstag, den 20. Mai
 Schützengilde Ober-Schöneeweide. E. V.

AUSSTELLUNG



!!! Wohnungs-Einrichtungen u. Erzeug-
 nissen der Berliner Holzindustrie
 in den Ausstellungs-Hallen am Zoo. !!!
 Entree 1 M. — Geöffnet von 10—8 Uhr. — Täglich Konzert.

Treptow Neues Eierhäuschen

Inhaber: R. Müller.
Heute Himmelfahrtstag: Konzert.
 — Großer schattiger Garten. —
 Volkswiese. Kaffeeküche.
Große Tanz-Reunion.

Albert Moerners | Dampferstation
Blumengarten | „Stern“.

Während des Ober-Schöneeweider Schützenfestes vom
 16.—25. Mai täglich: **Gr. Konzert u. Ball.**
Neue Verbindung: Elektr. Bahn Schief. Bahnhof —
 Treptow — Blumengarten,
 auch Anschluss an alle anderen Linien ab Treptow.
 Sommerwohnungen u. gut möblierte Zimmer zu vermieten.

Raucht Hadzi-Boja-Cigaretten

Seebad Helligensee bei Tegel.
 Heute: Ausnahmepreis für Vereine. 10 Pfg. pro Person.
 Großer, schöner Badestrand. 28815

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
 Donnerstag (Himmelfahrt), 20. Mai,
 abends 7 Uhr:
 Berlin, wie es weint und lacht.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten von
 Berg und Kollisch.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 Letzte Himmelfahrt-Vorstellung.
 Freitag, den 21. Mai:
 Berlin, wie es weint und lacht.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten von
 Berg und Kollisch.
 Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr

Ober-Schöneeweide

Lindengarten an der Spreewo.
 Tabbertstr. 5 (Fernspr. 230.)
 Jeden Sonntag: **Freitanz.**
 Wozu ergehenst einladet
 13002* **Robert Schulz.**



Von frischen Fängen
 unserer Dampfer

empfehlen wir in is Qualität:
 p. Pfd.
St. Seelachs im An-
 schnitt 25 Pf.
St. Kabeljau im An-
 schnitt 25 Pf.
St. Schellfisch im
 Anschnitt 30 Pf.
**St. Helgoländer Schell-
 fisch, mittelgroß** 35 Pf.
**St. Helgoländer Schell-
 fisch, Portionen** 30 Pf.
St. Bratschellfisch 25 Pf.
St. Kaurrhahn 30 Pf.
St. große Scholle 50 Pf.
St. Rotsungen, la,
 große helle 60 Pf.
St. Seezungen, St. Zander,
St. Heilbutt, St. Steinbutt
 zu billigsten Tagespreisen.

Täglich Zufuhr frischer Seefische
 Wir bitten unsere Verkaufspreise
 zu beachten.
 In allen Verkaufsstellen
 gleiche Preise!

Deutsche
Dampffischerel-Gesellschaft
„Nordsee“

Hauptgeschäft:
Berlin C., Bahnhof Börse,
 — Telephon III, 6804.
Verkaufsstellen:
 C., Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 N., Invalidenstr. 131.
 O., Große Frankfurter Str. 88.
 O., Madalstraße, Bogen 8-9,
 Fruchtstraße gegenüber.
 S., Prinzenstraße 94.
 W., Potsdamer Straße 112a.
 NW., Wilsnacker Straße 57.
Charlottenburg: Wilmors-
 dorfer Straße 111.
Spandau: Breite Straße 54.
 Eigene Eisenbahn-
 Kühlwaggons!

29

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
 Berlin
 Ballstr. 29
 (Haupt-Eingang)

Drahtadresse: **Gardinenhaus.**
 Gardinen, Stores,
 Lüftungsbetten, Rouleaux
 Portieren etc.

Groß und Detail.
 Beste
 u. Neuester
 weit unter Preis.
Gartheit garantiert.
 Beste Welle.
 Umtausch gestattet.
 Apparat für Selbstbedienung.

Brennabor

Vornehmste Marke. Hohe technische Vollendung.
 Feinste Präzisionsarbeit.
 Unbegrenzte Haltbarkeit.
 Spielend leichter Lauf und elegantes Aussehen
 sind Hauptvorteile und in dieser Marke vereinigt.
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
Filiale: Berlin W., Kronenstr. 11.

Ich hab's!

Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens,
 einer weissen, sammetweichen Haut, eines reinen, blendend schönen Teints, sowie gegen Sommer-
 sprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife.
 Vorräte à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

**Zigaretten-Packerinnen,
Zigaretten-Arbeiterinnen,**
geübte, auf flache und mit Rundstücken
Zigaretten werden sofort angenommen
Zigarettenfabrik Kraj,
26530 Weinmeisterstr. 14.

Reinen Feinsten und Kollegen zur
Mittellung, daß ich das
Familien-Restaurant
Rannysstraße 28
übernommen habe und bitte um
gefl. Zuspruch. 26748
Otto Bernhagen.

Nur noch kurze Zeit
verkaufen wir zu den
äußerst billigen Preisen
□ **R 20 Mk.** an
in Bieddorf, Stadtbahn,
□ **R 15 Mk.** an
Seegefeld, am Bahnhof,
□ **R 12 Mk.** an
Kaulsdorf, am Bahnhof,
□ **R 10 Mk.** an
Bahnhof Sadowa,
Bieddorf, Kaulsdorf-Sub.
□ **R 4 Mk.** an
in Petershagen, Ostbahn.
Verkaufsstellen an den
Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16

Sargmagazin
von G. Päsche,
Charlottenburg,
Leibnizstr. 77, Eing. Vestfalassstr.
Tel. 2658. 9822

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog
empfehl. von Prof. Dr. med. u. nat.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Wanzen
Schwaben, Russen, Flöhe,
Wegen, Blattläuse etc. werden durch
meine unfehlbar wirkenden Spezial-
mittel nicht nur vollständig vertilgt,
sondern resp. Schädlinge a 30 Pf.,
60 Pf., 1.00 bis 3.75 Mk.
Sähtliche lobende Anerkennungen.
1000 M. Belohnung
demj., der meine Mittel erfolgreich
Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 14.

Jeder wundert sich
über meine Spott-Preise
in Monatsgarderoben.
Anzüge schon von Mk. 8.00 an
Paletots 6.25
Hosen 1.50
Abt. II: Neue Maß-Sachen
von Ia Schneidern angefertigt.
Monatsgarderoben-Haus, nur
Brunnenstr. 155 u. Linienstr. 28.
Ein Versuch führt zu dauernder
Kundschaft. Jed. Leser erh. 5% Rab.

Pumpen aller Art
für Abessinier
und Kessel-
brunnen,
Jauchepumpen usw.
in bester Aus-
führung zu den
billigsten Preisen.
Kataloge gratis.
Paul Gries, Berlin SO. 16,
Köpenicker Straße 44.

Achtung!
Borneo-Decke
dritte Länge Vollblatt, Blüten-
weiß brennend,
per Pfd. M. 2,20.
Hamburger Rohrtabak-Haus,
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstraße 100.
26714

Augen auf!
Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, emp-
fehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten
Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere
nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)
Monats-Jackett-Anzüge . . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge . . . 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen . . . 2.50, 5.00 M.
Große Abteilung neuer Garderobe
Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116
an der Andreasstraße.
2. Geschäft: Chausseestraße 89
gegenüber der Liesenstraße.
3. Geschäft: Brunnenstraße 179
an der Invalidenstraße.
Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

Piano erster Qualität. Prima
mit unter Wert sofort ver-
käuflich. Französischestraße 15, I r.

Sine
Mark
wöchentlich Abzahlung
erhalten Sie
**Möbel, Spiegel,
Polsterwaren etc.**
S. Gottlieb
Rosenthalerstr. 84
Samstags evtl.
ohne
Anzahlung.

Ein
Triumph!
CARUSO
Zigaretten
nur **3 Pfg.**
per Stück!

Loden-Kleidung
für Berg und See



Loden - Pelerinen
für Herren und Damen mit
Kapuze und Brustbändern
22.50 21.- 19.50 18.- 9 M.
16.50 15.- 12.- 10.-

Loden - Anzüge
mit Falten und Sattel,
einfarbig und kariert
40.- 36.- 30.- 18 M.
27.- 24.- 21.-

Loden - Havelocks
24.- 21.- 18.- 6 75
15.- 12.- 10.- M.

Loden - Joppen
12.- 10.- 8.- 3 M.
6.- 5.- 4.-

Touristen-Joppen
4.- 3.- 2.50 1.90 85 Pf.

Touristen-Gamaschen
11.- 8.25 7.50 2 75
5.50 4.25 3.50 M.

Rucksäcke
7.50 5.50 4.- 1 25
3.- 2.25 1.65 M.

Touristen-Mützen
2.- 1.75 1.50 40 Pf.
1.- 75 50

Mantel-Pelerinen
Halali D. R. G. M. 33258.
Als Mantel oder
Pelerine spielend zu ver-
wandeln. Unentbehrlich für
Touren und Jagd. 18 M.
Vorzügliche Loden

Loden - Hüte
Wetterfeste Loden 2 40
5.- 3.75 2.90 M.

Loden - Hüte
Halali grau, grün und
braun, m. Gembart,
Geschmeidig,
strapazierfähig. Sehr
preiswert 3 40

Westen - Gürtel
3.50 2.80 2.- 1.45 95 Pf.

Touristen - Hemden
Stutzen □ Strümpfe
Stöcke □ Schirme

BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891
Chaussee-Straße 29-30 □ 11, Brücken-Straße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Haupt-Katalog Nr. 37 u. der Urrwe-Katalog Nr. 36 kostenlos u. portofrei
Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Jeder Besteller erhält ein Geschenk
Delikatess-Pflaumen-Mus
by 25 Pfund Em - Eimer Mk. 4.-
" 25 " " Wanne " 5.25
ab hier, Gefässe gratis!
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90 Postf. 164.

Charlottenburg
F. Kunstmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

?? Wo erlernt man am schnellsten und gründlichsten ??
Sprachen und Handelswissenschaften ?
Die Deutsche Sprach- u. Handelsschule
Berlin SW., Markgrafstraße 86
Bildet in drei Monaten zum perfekten Kaufmann aus. Beginn jederzeit.
Anmeldungen 4-7 Uhr nachm. - Unbemittelten bedeut. Preisermäßigung.

S. Kaliski
frühere Firma Baby
1. Kleiderstr. 21, am Wittenerplatz
2. Brunnenstr. 173, bei Invalidenstr.
3. Chausseestr. 90, an der Lindenstr.
4. Brunnenstr. 92, an der Köpenickerstr.
5. Frankfurterstr. 115, Kottbusstr.
6. Oranienstr. 2a, an der Götterstr.
7. Belle-Alliancestr. 107, a. G. H. Z.
8. Bunsenstr. 18, an der Turnstr.
9. Rixdorf, Reuterstr. 58.

Teilzahlung gestattet
bei 2 Raten Kassapreise
Nähmaschinen auch ohne
Anzahlung 1.00 wöchentl. an.
Näh- u. Stickerortrecht gratis.

Stager A. 75.00
B. versenkbar 105.00
Bobbin, Adler näht
vor- und rückwärts.

Naumann,
Brennabor etc.

D. Lechner
jetzt nur
Brunnenstr. 7
am Rosenthaler Tor.
Auf
Kredit
Herren-, Damen-,
Kinder-Garderobe
1 M. wöchentlicher
Teilzahlung
Anzahlung **5 Mk.**
von
MÖBEL
jeder Art
Einzelne Möbelstücke von
5 M. Anzahlung an.
Tappiche Partieren Bilder
Kinderwagen Kronen usw.
Vorzeiger dieses Inserats
erhält 3 M. gutgeschrieben.

Wurst-Geschäft
Karl Seifert, Oranienstr. 19a
empfiehlt in nur prima Qualität:
In Hoflein, Schlachtwurst und
Salami 120
In Hildmarch 120
Feinste Ländinger u. Bräunlingen.
Gerweil u. Salami 135-155
In Röllchen 130
In Weißbrot 120
In Wonn. Landbrot 115-120
Täglich frische Roggen-, R. Deber-,
Landbrot, Jagd-, Jungen- und
Fleischwurst per Pfund . . . 95
Kaffee-, Bitterfleisch und Schmalz
billigste Preise. 26606

**Enorm
billig**
einzig!!! ist unser Angebot
für Herren jeden Standes!!!
Täglich Sonntag verkaufen
aus feinsten Modestoffen
verarbeitet gefertigte Herren-
**Anzüge
Paletots**
deren sonstiger Maßpreis
40-70 M. ist, jetzt 15-25 M.
Gehrocken jetzt 21-30 M.
Herrn-Hosen jetzt 7-12 M.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 63, 1. Trappe.
Firma Hansnummer achten.

**Krawatten
Wäsche
Herren-Hüte**
in bekannt guten Qualitäten.
Sprengel
Wienerstrasse 143
Admiralstrasse 30

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
Die **bestsortierte und billigste Einkaufsquelle**
in **Zigaretten, Zigarren und Tabaken**
sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
Telephon: Amt VII, 4730.

Sporket's Weltstiefel
Einheitspreis **7.50 Mark**
für
**Herren
und
Damen.**
Garantie für Haltbarkeit.
Direkter Fabrik-Verkauf
ohne jeden Zwischenhandel.

Verkaufsstellen:
Berlin:
1. Prinzenstraße 79
2. Oranienstraße 184
3. Wilsnacker Straße 16
4. Badstraße 42/43
5. Chausseestraße 77
6. Andreasstraße 46a.
7. Wrangelstraße 89
8. Frankfurter Allee 127
9. Brunnenstraße 182
10. Turmstraße 51
11. Schönhauser Allee 110

Rixdorf:
Bergstraße 135
Weidensee:
König - Chaussee 52
Charlottenburg:
Wilmsdorfer Straße 52
Schöneberg:
Hauptstraße 152
Spandau:
Breite Straße 60

Schuh-Fabriken, **Burg** bei Magdeburg.

**Abessinier-
Pumpen**
zum Selbstsaugen für
Gartenbeete u. Lauben-
kolonien komplett von
8 M. an.
Flügelpumpen,
Gartenbrunnen
in großer Auswahl.
Erdböhrer selbstweil.
Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW.,
(IV 1670.) Alte Jakobstr. 18/19.

Der Leseabend der Frauen findet am Montag in den bekannten Lokalen statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Vom Transportarbeiterverband erhalten wir folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf die Lokalsperre betreffs Witwe Graßmann, Kreptom, legen wir Wert darauf, folgendes zu berichten: Nicht der Vertrauensmann hatte die Versammlung einberufen, sondern die Leitung unserer Organisation. Von dieser wurde das Lokal auf telephonischem Wege bestellt und von der Witwe Graßmann 24 Stunden vorher abbestellt.

Schöneberg. Heute Donnerstag, früh 7 Uhr, treffen sich die Teilnehmer des Ausfluges nach Grünau, von dort nach Hohensdorf — Besichtigung der Genossenschaftshäuser („Paradies“) — dann nach Eichwalde und Schmöckwitz. Der Zug fährt 7.22 Uhr ab Schöneberger Bahnhof und ist zahlreiches und rechtzeitiges Erscheinen notwendig.

Bossen. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Herrn Kurzner unsere Wahlvereinsversammlung statt.

Senzig und Umgegend. Der Sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Schinke seine Mitgliederversammlung ab.

Berliner Nachrichten.

Der Stadtfreisinn gegen die Arbeiterturner.

Die Stadtverordnetenversammlung sah gestern in ihrem Sitzungssaal die Zuhörertribüne dicht mit Arbeiterturnern besetzt. Auf der Tagesordnung stand ein Verhandlungsgegenstand, der in der Tat das lebhafteste Interesse der turnenden Arbeiter erregte: der schleunige Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch den die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat aufgemuntert werden sollten, der Drangsalierung des Berliner Arbeiterturnvereins „Fichte“ entgegenzutreten. Das Ergebnis der Verhandlungen ließ — wir wollen das vorweg bemerken — darauf hinaus, daß die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten durch ihre Abstimmung mit brutaler Offenheit erklärte, sie wolle diesen Versuch, den Arbeiterturnern zu ihrem Recht zu verhelfen, nicht mitmachen. Genosse Zubeil, der dem Antrag die Begründung gab, legte dar, daß die verstaatlichten Regierungsverfügungen, auf die das Provinzialschulkollegium sich beruft, weder die Bedeutung von Gesetzesbestimmungen haben, noch überhaupt auf den Turnunterricht des Vereins „Fichte“ angewendet werden können. Scharf geißelte er die Nachgiebigkeit der Schuldeputation, die das Ansehen des Provinzialschulkollegiums, bei der Drangsalierung der Arbeiterturner sich als Werkzeug gebrauchen zu lassen, nicht entschlossen zurückgewiesen habe. Der Stadtsyndikus Hirsborn, der in der Schuldeputation den Vorsitz hat, antwortete, die Schuldeputation habe sich nicht der Begünstigung einer strafbaren Handlung schuldig machen dürfen. Mit demselben wunderlichen Einwand bekämpfte er auch die Forderung, dem Turnverein „Fichte“ eventuell andere Räume zu gewähren, über die das Provinzialschulkollegium nichts zu sagen hätte. Genosse Stadthagen setzte ihm auseinander, daß diese Gegenwehr gegen ein offenbar rechtswidriges Vorgehen des Provinzialschulkollegiums keine strafbare Handlung sein kann. Er wies darauf hin, daß auch die bereits ergangenen Aufforderungen zum Ungehorsam gegen jene Verfügungen bisher noch keinen Staatsanwalt gereizt haben, Anklage zu erheben. Schöninghaus hielt einer Redner dem Magistrat und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit vor, wie weit sie in der Frage des Kampfes der Regierung gegen die Arbeiterturner in den letzten Jahren zurückgewichen sind. Oberbürgermeister Kirschner briefte sich auf die staatliche Autorität, sie dürfe nicht von den Gemeindebehörden mißachtet werden. Schließlich wurde noch von dem „sozialfortschrittlichen“ Stadtverordneten Kreuz, der als Mitglied der Schuldeputation bei der Regierung geleisteten Handlangerdiensten hat mitwirken müssen, der Versuch gemacht, die Schuldeputation reinzuwaschen. Außer ihm fühlte keiner das Bedürfnis, sich an der Debatte zu beteiligen, kein Cassel, kein Rosenow und keiner von all' den anderen, die sonst so gern den tapferen Kämpfen gegen die Regierung mimen. In einem Schlusswort wies Genosse Zubeil nach, daß die Schulverwaltung unserer Stadt auch ihrerseits bemüht ist, dem Arbeiterturnverein „Fichte“ das Leben möglichst schwer zu machen. Die schließliche Niederstimmung des Antrages entsprach nur der Gesinnung, die den Stadtfreisinn besetzt, dem wütenden Haß gegen die Arbeiterklasse, den er bei jeder Gelegenheit zu betätigen sucht. Die Freisinnigen der Berliner Stadtverordnetenversammlung wissen es der Regierung Dank, daß sie durch ihr Eingreifen ihnen Gelegenheit schafft, im Kampf gegen die Arbeiterturner „sich der staatlichen Autorität fügen zu müssen“.

Schiffermission.

Unsere Frommen sind eifrig bemüht, auch die Schifferbevölkerung in den Mann der Kirche zu zwingen. Zu diesem Zweck haben sie vor Jahren eine „Vereinigung zur kirchlichen Fürsorge für die Kanal- und Flußschiffer“ ins Leben gerufen und mit derselben — natürlich unter behördlicher Unterstützung und hoher Protektion — bereits eine schwimmende Schifferkirche geschaffen, in der ein Pfarrer Krause als Schifferpastor wirkt. Welche Wirksamkeit die obengenannte Vereinigung auf kirchlichem Gebiete unter den Schiffern entfaltet, das ist aus folgendem Bericht ersichtlich, den der oben erwähnte Schifferpastor anlässlich des 6. Jahresfestes der genannten Vereinigung nach einem Bericht des „Reichsboten“ erstattete:

„Es gibt wenige Zweige der inneren Mission, die unter so schwierigen Verhältnissen arbeiten; und doch geht auf allen Gebieten rüstig vorwärts: in der kirchlichen sowohl wie in der sozialen Fürsorge, an den Schiffen und ihren Familien. Ueber 3500 Schiffer haben im verflossenen Jahre die Gottesdienste der Schifferkirche besucht; auch Abendmahlsfeiern, Taufen, Trauungen und Einsegnungen fanden hier statt. Die Männer, die Ruder fanden sich zu biblischen Abenden zusammen, für die Kinder wurde Kindergottesdienst gehalten, sogar ein Kirchengor-

hat sich gebildet. Die persönliche Seelsorge freilich ist recht schwierig bei dem ständig wechselnden Schifferpublikum. 50 000 Schiffer sind jeden Sommer auf den Wasserstraßen Berlins. Welche Fülle von Arbeit bedeutet das für die Schiffermission! Gerne möchte man deshalb ein Motorboot für die Seelsorge einstellen. Die Schriftenverteilung hat wieder in reichlichem Maße stattgefunden; Leinwandbeutel mit Büchern wurden vielfach an die abfahrenden Schiffer verliehen; der Jünglingsverein zählt 98 Mitglieder aus dem Schifferstande; auch die konfirmierten Töchter versammelten sich in der Schifferkirche. Besonders geeignet aber ist die Arbeit der Schiffermission bei den Ruderabenden, wo sich die vielgeplagten Schifferfrauen unter der Leitung der Frau Pastor Krause zusammenfinden. Hand in Hand mit der kirchlichen geht die soziale Arbeit, die sich vor allem in der Erziehung und Bildung der Schifferkinder äußert. Neben den Kinderhorten (am Nordhafen und Urbanhafen), wo 4568 Kinder Freude und Erholung fanden, ist der Hauptstolz des Vereins das Schifferkinderheim in Teltow mit seinen 33 Jünglingen. Wären genügend Mittel da, so wollte man gern die Zahl der Plätze (jetzt bezieht!) auf 70 erhöhen. Fortbildungsabende, Samariterkurse, Vortragsabende sorgen für die Erwachsenen und ihre Bildung; die Zeitschrift „Die gute Fahrt“ bespricht sachliche Fragen der Schiffer, und in dem Schifferkalender ist zum ersten Male ein Preisauschreiben für Beiträge aus dem Schifferstande (von Schiffern geschrieben) veranstaltet worden. Zu der speziellen Fürsorge fehlten leider oft die nötigen Geldmittel; das war um so bitterer, als gerade im vergangenen Jahre unter den Schiffern viel Not und Krankheit herrschte. Das neue Vereinsjahr wird hier manche Verbesserung in der Arbeit bringen; u. a. wird eine Diakonisse dauernd von der Vereinigung in Dienst genommen werden. Eine Medischausfunfstelle wurde fleißig in Anspruch genommen. Nun fehlt bloß noch ein eigenes Schifferhaus, wo all die verschiedene Arbeit eine zentrale Stätte fände!“

Der Bericht entbehrt nicht eines gewissen Interesses. Er zeigt, wie die Kirche bemüht ist, sich den eigenartigen Verhältnissen der Schiffer anzupassen und vor allem sich der Frauen und Kinder zu vergewissern. Was da von sozialer Erziehungsarbeit gesagt ist, ist natürlich auch danach. Auf die Dauer wird sie nicht verfangen, dazu denken die Schiffer viel zu nüchtern. Nur muß dafür gesorgt werden, daß den Schiffern — und wie aus dem Bericht hervorgeht, sind es deren nicht wenige — wirkliche Aufklärung gebracht wird über ihre soziale Lage und die Mittel zur Abhilfe. Zahlreiche Parteigenossen haben sich dankenswerterweise dieser Mühe unterzogen und lassen sich auch durch die größten Schwierigkeiten nicht abhalten, das Evangelium des Sozialismus auch unter die Schifferbevölkerung zu tragen und der Schiffermission der Mäder eine sozialistische entgegenzusetzen. Fähigkeit und Ausdauer wird auch hier nicht vergeblich sein!

Das Recht der Arbeitslosen.

Haben die Vogelstreifen in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt ein Recht? In einer Gesellschaft, wo der nur ein Recht hat auf Existenz, der entweder in der Wahl seiner Eltern sehr vorsichtig war und als Glückspilz für den morgigen Tag überhaupt nicht zu sorgen hat, oder dem ein anderes „Glück“ lacht: einen Abnehmer zu finden für sein einziges Gut, seine Arbeitskraft, die er verlaufen muß, um leben zu können. Und dieses Glück ist zweifelhaft bei einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Es „lacht“ nur dem, wenn er sich billiger anbietet, und das ist ein Hohn auf die von der Klassenbewußten Arbeiterklasse geliebte Solidarität. Ein Recht auf Arbeit existiert nicht für die Arbeitslosen, darum verlangt die herrschende Klasse Dankbarkeit für Almosen, die ihnen freiwillig und aus „christlicher Nächstenliebe“ zu teil werden. Ein Recht haben sie auch darauf nicht. Sie werden als Almosenempfänger angesehen, als Dankschuldner, wie sie in phylisterischen Dorfgeschichten so „nett“ geschildert werden. Wehe, wer von denen murrte oder womöglich Klassenstolz durchblicken läßt — er kommt auf die Rebellenliste. Angenrunder hat diese Armen der Armen dadurch verberührt, daß er sie ihre elende Lage mit Humor und Sarkasmus erkennen läßt.

Der Kommunalpolitiker will aber verschämte Arme, die, wie es Schreiber dieses einmal erlebte bei einer Recherche auf ein Besuch um kommunale Unterstützung, fuchsfällig bitten um das Nachgesuchte und nach der Hand des Rechercheurs greifen, um sie zu lassen. Da empfindet man erst ganz die Bedeutung des Massenbewußtseins, was man bei den Arbeitslosen erdichtet sehen möchte. Darum will man sie zu Dankschuldern stempeln, indem man sie auf die Armenunterstützung verweist. Der politisch reife Arbeitslose fühlt sich aber nicht als „Armer“, sondern als Vermögens- und Besitzloser.

Der tüchtige Berufsarbeiter, der, wenn in Arbeit stehend, einigermaßen verdient und nicht sportwütigen Ambitionen huldigt, wird Wert legen auf bessere Wohnung, Kleidung und möglichst gute Lebenshaltung. Er wird durch lange Arbeitslosigkeit infolge Arbeitsmangel, besonders in den kunstgewerblichen Berufen, hart bedrängt, genau so hart, wenn nicht härter, wie der unqualifizierte Arbeiter, für den sich in den Sommermonaten vielleicht eher etwas Arbeit findet. Auf eine ganze Anzahl Versuche hat die Jahreszeit gar keinen Einfluß, und solange die Krise nicht überwunden, bleibt die Zahl der Arbeitslosen in diesen Berufen eine anormale.

Und da ist die Frage sehr wohl berechtigt: Haben diese denn gar kein Recht an die Gesellschaft, hat diese keine Verpflichtung jenen gegenüber?

Durch Gesetz ist ein Recht, wenn auch nur sehr unvollkommen, auf Unterstützung bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Altersanteriorität, für die unter unverschuldeter Arbeitslosigkeit Leidenden will man ein solches Recht nicht anerkennen. Bei den letzten Debatten über die Arbeitslosenfrage im Roten Hause wurde vom Magistratsrat darauf verwiesen, daß die Armenverwaltung hier nur allein kompetent sei, und daß ja schon bedeutend höhere Unterstützungen bewilligt worden seien — im 1. Quartal 1909 184 000 M., mehr als im 1. Quartal 1907 — was nur den Arbeitslosen zugute gekommen sei. Eine Behauptung ohne jede Beweiskraft! Man mußte aber doch den Antrag unserer Genossen, 300 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen, belächeln und da war jedes Mittel recht.

Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß er infolge der armenrechtlichen Wirkung einer solchen Unterstützung ganz und gar zum Paria der Gesellschaft herabgedrückt werden soll, und darum beansprucht er eine Unterstützung anderer Art, wie sie in Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien und auch schon in Deutschland: in Straßburg i. E. mit Vororten und Erlangen staatslicherseits oder von der Kommune gewährt wird. Das ist das Recht

auf Unterstützung im Gegensatz zu der als Almosen, als Geschenk gewährten Armenunterstützung.

Neuerdings ist ja auch in Schöneberg eine besondere Kommission eingesetzt worden, und zwar auf Antrag unserer Genossen, zur Prüfung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung, und es wäre nur zu wünschen, daß andere Vororte folgten, da die Lösung dieses Problems durch ein Zusammenwirken der Kommunen Groß-Berlins schneller herbeigeführt werden könnte. Auch hier würde ein Zweckerband gute Dienste tun.

Die paar Sommermonate sind bald vorüber und mit Angst und Grauen denkt der Familienvater an die schwere Not eines Winters, wie der kaum überstandene, und bis jetzt sind die Aussichten noch sehr, sehr trübe für eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage. Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden und unsere Genossen werden mit verdoppelter Eifer für die sozialpolitischen Rechte der Arbeitslosen einzutreten haben.

Die Fähigkeiten des deutschen Kronprinzen sind nach einer neueren Zeitungsnachricht weit größer, als man bisher schon annehmen mußte. Eine Zeitung weiß zu berichten, daß sich der Kronprinz auch als Photograph betätigt; sie schreibt echt byzantinisch:

„Unser Kronprinz, bekanntlich ein besonderer Freund und Förderer jedes Sports, hat sich die dunkle Kammer ausgesucht und weiß die Kamera mit einer Kunstfertigkeit zu handhaben, die jedem Berufsphotographen zur Ehre gereichen würde. Die neueste Nummer der bekannten illustrierten Wochenschrift „Wähe und Sport“ bringt als Titelbild eine Aufnahme der Kronprinzessin mit ihren beiden Lieblingshunden; es ist wohl die erste Veröffentlichung eines Bildes, das vom Kronprinzen selbst aufgenommen ist. Bemerkenswert ist dabei, daß der Kronprinz selbst der genannten Wochenschrift das Bild zur Reproduktion überlassen hat und damit gleichsam unter die Journalisten gegangen ist.“

Mit Reid werden die Verusphotographen auf ihren neuen Kollegen sehen, der in diesem Fache geradezu ein Genie sein muß. Wir sind gespannt, was man dem Kronprinzen in der nächsten Meldung andichten wird.

Die auf dem händischen Schlacht- und Viehhof befindliche Verbandskassa des Berliner Rettungswesens Warschauer Str. 2 durch direkte Telefonleitung verbunden, um im Notfall ärztliche Hilfe mit unübler Beschleunigung herbeiführen zu können. Gewöhnlich ist die Verbandskassa nur mit einem Heilgehilfen besetzt.

Mit dieser Maßnahme ist die Forderung der Arbeiter auf Einrichtung einer eigenen Station nicht erfüllt.

Was ist eine Hupe? Der Arbeiterrabfahrerbund (Sitz Offenbach) hat für seine Mitglieder eine Fahrordnung erlassen, wonach bei Gruppenfahrten die sogenannten Fahrtwärts unter gewissen Voraussetzungen, z. B. bei Zusammenstoßgefahr, durch Signale mit einem kleinen Horn das Zeichen zum Abhören oder Abbiegen geben sollen. Das hatten Puff und Säckelgehäusen in Weidenrich getan. Sie sollten dadurch gegen eine der Polizeiverordnungen verstoßen haben, durch die in ganz Preußen es den Radfahrern verboten ist, Signalhupen zu benutzen. Das Landgericht beurteilte sie zu Geldstrafen. Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. In der Hauptsache wurde ausgeführt: Das Landgericht sage, es sei auf einer Hupe geklaffen worden. (Zufällig handelte es sich um ein mit dem Munde zu benutzendes Blasinstrument.) Die Strafkammer scheine demnach den Begriff der Hupe im Sinne der Verordnungen verkannt zu haben. Unter einer Hupe verstehe man ein Instrument, wie es bei Kraftwagen gebraucht werde, d. h. ein solches, das mittels eines Gummiballes angeblasen werde und nur eintönig sei. Wenn das benutzte Instrument mit dem Munde angeblasen werde und mehrtönig sei, dann sei es keine Hupe im Sinne der angezogenen Bestimmung. Das sei nachzuprüfen. Zu berücksichtigen sei bei der neuen Verhandlung, ob nicht eventuell eine Ortspolizeiverordnung in Betracht käme, die unbefugtes Signalgeben unterlage.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern der Arbeiter Robert Riese, Tredowstraße 46 wohnhaft. Er war in der Dresdenstraße mit Pflasterarbeiten beschäftigt und wollte mit einer Drehschraube einen Stein anheben. Hierbei stieß er mit der Stange gegen einen vorbeifahrenden Straßenbahnwagen der Linie 23 und das Eisen wurde dem L. gegen den Unterleib geschleudert. Der Arbeiter erlitt so schwere Bauchquetschungen, daß seine sofortige Ueberführung nach dem Urban-Krankenhaus erforderlich war.

Unter den Rädern eines Lastfuhrwerks getötet wurde gestern abend der 18 Jahre alte Arbeiterburche Otto Range aus der Grünthaler Straße. Der junge Mensch hatte in der Schulstraße bei einem Fischhändler gestanden und Eis gegessen. In diesem Augenblick kam ein mit Brettern beladenes Fuhrwerk herangefahren. Der Knutcher, der sich mit einem auf dem Bod sitzenden Mitfahrer eifrig unterhielt, achtete nicht weiter auf den Eiswagen und die beiden Männer; er fuhr direkt in die kleine Gruppe hinein. R. wurde umgerissen und die Räder des schweren Gefährtes gingen ihm über die Brust hinweg. Der Brustkasten wurde dem Unglücklichen fast vollständig eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Urheber des Unfalls, der jetzt die Flucht ergreifen wollte, wurde verfolgt und der Polizei übergeben.

Eine traurige Aufführung hat jetzt das Verschwinden zweier Personen gefunden. Seit etwa 14 Tagen wurden der 50jährige Arbeiter Hermann Strehle und der 40 Jahre alte Drehschler Fritz Walger vermißt. Jetzt hat man die Leichen der beiden Verschwindenden aus dem Landwehrkanal gelandet. Es liegt zweifellos in beiden Fällen Selbstmord vor. Et. ist angeblich wegen Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen.

Vermißt wird seit 15. Mai 1909 Witwe Gertrude Hennig geb. Koch, Landdörger Straße 109 wohnhaft gewesen. Die Vermisste hat graues Haar, rundes Gesicht, blaue Augen und ist bekleidet mit dunklem Rock mit schwarzer Vorse, graublau gestreifter Bluse, schwarzen Strümpfen und Schärze, rotfarbtem Umhang und halben Schnürschuhen. Nachricht zu 2266 IV/19, 09 an das Polizeipräsidium.

Zu recognoszieren. Am 16. Mai cr., nachmittags, wurde in der Straßenbahn Schönhauser Allee eine circa 20 Jahre alte Frauenperson bewußlos aufgefunden und nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Dieselbe ist 1,60 bis 1,65 Meter groß und war bekleidet mit grauem Kleid, schwarzen Schuhen und Strümpfen, weißem Strohhut, Uhr mit Kette, Ring, Halskette, Armband und Brosche. Mitteilungen über die Persönlichkeit werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 332, II. entgegengenommen, event. wird im Nachtr. zur Geburtsnummer 1783 IV, 99, 09 erjudt.

Einen empfindlichen Verlust hat eine Verkäuferin zu beklagen. Dieselbe verlor am letzten Sonntage in einem Ruge auf Bahnhaf

Zepten ein Damenportemonnaie mit rund 200 M. Inhalt. Die Summe war zur Unterstützung einer in bedrängten Verhältnissen befindlichen Angehörigen gedacht. Es ergab an den ehrlichen Finder deshalb die herzliche Bitte, den Fund gegen Belohnung an G. Hentel, Luisenpark 47, Hof, Kontor, abzuliefern.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Sorge um die Amtskette. Wie prompt die Regierungsgeschäfte, und seien es selbst die unwesentlichsten, im Umherziehen erledigt werden, beweist folgende Kabinettsordre vom 23. April d. J. die folgenden Inhalt hat:

Auf den Bericht vom 14. April d. J. will Ich Meiner Residenzstadt Charlottenburg für den dortigen zweiten Bürgermeister und den Stellvertreter des Stadterordnetenordners die Befugnis zum Tragen der goldenen Amtskette bei geeigneten Gelegenheiten als ein mit den betreffenden Aemtern dauernd verbundenes Recht in Gnaden hierdurch verleihe.

Achillesion, Korfu, den 23. April 1909.

gez. Wilhelm.
gegenges. v. Rolffe.

An den Minister des Innern.

Da sage noch einer, daß auf den kaiserlichen Reisen irgend eine Sache eine Verzögerung erfährt!

Explosion in der Gasanstalt.

In der alten Gasanstalt am Charlottenburger Ufer explodierte gestern vormittag um 1/8 Uhr ein Teil des Maschinenhauses. Durch den starken Druck wurde das Dach des Gebäudes vollständig abgehoben und die anstößenden Gebäude wurden beschädigt. Durch die Explosion wurden schwer verletzt: ein Betriebsinspektor, drei Arbeiter, ein Bote. Leicht verletzt wurden drei Arbeiter. Die sofort herbeigebrachte Feuerwehr konnte erst gegen 1/10 Uhr wieder abrücken. In der Umgebung wurden eine große Anzahl Scheiben in den benachbarten Wohnhäusern zertrümmert. Der Betrieb mußte unterbrochen werden.

Ueber die Katastrophe geht uns folgender eingehende Bericht zu:

Am Charlottenburger Ufer, gegenüber den Siemens-Häusern, liegt die Gasanstalt 1 von Charlottenburg. Nicht weit vom großen Kesselhaus befindet sich die Maschinenhalle, ein langgestreckter Raum. In der Halle sind fast stets Arbeiter beschäftigt. Etwa zehn Meter unter der Erde führt ein Verbindungsrohr von dem Gasometer nach dem Maschinenhaus. In dem letzteren selbst befindet sich ein sogenanntes Druckrohr. In dem erwähnten Verbindungsrohr entstand nun heute morgen gegen 1/7 Uhr eine Entzündung, die eine heftige Explosion zur Folge hatte. Folgeschwer sollte aber eine zweite Explosion sein, die etwa eine Stunde später eintrat. Unter einer gewaltigen Detonation wurde der Gasbehälter auseinandergerissen. Die Erdmassen wurden aufgewühlt und das über dem Rohr liegende Maschinenhaus flog förmlich in die Luft. Bis auf die Grundmauern wurde es vernichtet. Die schweren Maschinen wurden zum Teil zertrümmert, zum Teil stark beschädigt. Das Ganze bot einen einsigen Trümmerhaufen. Obwohl das Gebäude stabil angelegt war, wurden die Wände und Seitenstreber buchstäblich auseinandergerissen. Die Backsteine flogen viele Meter weit von der Unfallstätte fort und an den angrenzenden Gebäuden wurden die Scheiben zertrümmert und andere Verheerungen angerichtet. Bis auf weite Entfernungen hin wurde die Detonation vernommen. Seitens der Verwaltung der Gasanstalt wurde sofort die Feuerwehre requiriert. Die bald eintreffenden Wärmehaushaltungen machten es sich zunächst zu ihrer Aufgabe, die unter den Trümmern liegenden verunglückten Personen zu bergen und in Sicherheit zu bringen. Im ganzen hatten sieben Menschen bei der Katastrophe Schaden gelitten. Fünf von ihnen waren recht schwer verletzt. Sie mußten zum Teil auf einer quaddellen Lage befreit werden. Die Samariter der Feuerwehre nahmen sich sofort ihrer an. Von den Unfallsopfern 11 und 20 wurden die Ärzte herbeigerufen, die den Verwundeten die ersten Nothverbände anlegten. Die am schwersten Verletzten wurden dann in Krankentragen des Verbandes für erste Hilfe nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Es handelt sich hier um folgende Personen: den Ingenieur Fiqueret, den Kesselmonteur Kolberg und die Gasanfallsarbeiter Bauer und Peggissa. Ferner wurde ein junger Telephonist, der gerade in dem Maschinenhaus anwesend war und dort jemand gesucht hatte, schwer verletzt. Leichtere Verletzungen erlitten Arbeiter Gessel und Kreiger. Sie konnten nach Anlegung von Nothverbänden ihre Wohnungen aufsuchen. Lebensgefahr scheint bei den schwerer Verletzten vorläufig nicht vorzuliegen. Auf welche Ursache die Explosion zurückzuführen ist, konnte mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden.

Wilmerdorf.

Die Stadterordnetenversammlung stimmte in ihrer Sitzung vom Mittwochabend einer Magistratsvorlage zu, wonach zum Ausgleich angelegter Härten, die durch Überbauung der Bürgersteigsummführung den Hausbesitzern auferlegt werden, eine Summe von durchschnittlich 30 000 Mark im Jahre dem Magistrat zur Verfügung gestellt werden soll. Der Magistrat hat die Ermächtigung, aus diesem Fonds den Hausbesitzern Entschädigungen zu gewähren. Sodann bewilligte die Stadterordnetenversammlung den Beamten und Lehrern der Stadt als Abschlagszahlung auf die bald fällig werdende Gehaltsaufbesserung den Betrag von 5 Proz. des Gehaltes als eine Art Leihzahlung mit der Maßgabe zu, daß das Geld zurückzuführen ist, sobald die Gehaltsaufbesserung Gehehrkraft erlangt hat. Die Zulage hat rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 ab. Die Arbeiter der Stadt werden in diesem Falle nicht bedacht. Jedoch hat der Magistrat in unverbindlicher Form die Zustimmung gegeben, daß er auch über ihre Lohnangelegenheiten in gemischter Deputation beraten will.

Zum Schluß befaßte sich die Stadterordnetenversammlung mit einer Kotiz des „Berliner Tageblatts“, die dem Magistrat vortwarf, in einer Geldangelegenheit wider Treu und Glauben gehandelt zu haben. Die Versammlung ging, nachdem sie sich von der Unrichtigkeit der von dem Justizrat Kleefeld im „Berliner Tageblatt“ erhobenen Anschuldigungen überzeugte, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über.

Lichtenberg.

Verkehrsforderungen standen auf der Tagesordnung einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung unserer städtischen Deputation. Eine große, abseitig geteilte Unzufriedenheit mit der bestehenden Verkehrsmitteln kam zur Geltung. Und sie löste den ehrentägigen Willen aus, energisch auf eine Beseitigung der Verhältnisse und Verbesserung aus dem Allgemeininteresse feindlichen Klammern hinzuwirken. Unabhängig von dem zu schaffenden Verkehrsverbund für Groß-Berlin soll zunächst in Eigenregie ein Autobusverkehr Friedrichsfelde-Potsdamer Bahnhof über Alexanderplatz eingerichtet werden. Hossentlich findet der Plan im Magistrat und in der Stadterordnetenversammlung Zustimmung. In bezug auf andere neue Verkehrsleistungen wurden ebenfalls Beschlüsse gefaßt. Findet die Stadt an den in Betracht kommenden Stellen nicht das gewünschte Entgegenkommen, dann dürfte noch für andere Ver-

bindungen die Frage der Eigenregie akut werden. — Weiter kamen die überaus traurigen postalfischen Verhältnisse in Lichtenberg zur Sprache. Nach angeführten Beispielen gelangten Briefe, die nachmittags in Berlin aufgegeben wurden, am nächsten Tage abends in Lichtenberg, und Briefe, die morgens in Lichtenberg zur Aufgabe gelangten, erst am nächsten Morgen in Berlin in die Hände der Adressaten. Der Magistrat soll versuchen, die Postverwaltung zu entsprechenden Reformen zu veranlassen. Aber der Postfiskus ist ein hartgeottener Sünder. Es werden kräftigere Mittel als bittende Vorstellungen notwendig sein, um gewünschte Besserungen konstatieren zu können.

Friedrichshagen.

Zum Müggelsee gelandet wurde gestern in der Nähe des Restaurants „Rübezahl“ die entleidete Leiche einer etwa 30jährigen Frau, welche später als eine Frau Krusel aus Friedrichshagen rekonstruiert wurde. Die A. wurde schon seit mehreren Tagen vermisst. Sie hatte abends ihre Wohnung verlassen, um Einkäufe zu machen und war seitdem verschwunden. Am folgenden Tage wurde die Leiche und Wäsche der Frau, sorgfältig in einer Ledertasche verpackt, am Ufer des Müggelsees aufgefunden. Wahrscheinlich hat die Unglückliche in einem Anfälle von Geistesstörung Selbstmord verübt.

Wendisch-Buchholz.

Geisdrankbrecher, wahrscheinlich Berliner, haben in der letzten Nacht der Kammereklasse in Wendisch-Buchholz einen Besuch gemacht. Die „Anader“ öffneten das Haus mit einem Nachschlüssel, erbrochen die Tür zum Kofferraum, bohrten und sprengten das Geisdrank auf, zertrümmerten den inneren Tresor und erbeuteten daraus 8000 Mark.

Reinickendorf.

Jugendspiele veranstaltet der Arbeiterturnverein vom Sonntag, den 23. Mai, ab wieder an jedem Sonntag. Treffpunkt: vormittags 9 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Tanne“, Nordbahnstr. 22. Wir empfehlen allen Proletariatskernern, ihre Kinder an diesen Spielen teilnehmen zu lassen.

Adlershof.

In der am Montag, den 17. Mai, bei Röhne stattgefundenen Versammlung ist ein Portemonnaie gefunden worden. Abzuholen bei Ligner, Genossenschaftsstr. 7.

Hermendorf i. M.

Zwecks Gründung eines Arbeitergesangsvereins findet am Freitagabend 8 Uhr eine Besprechung im „Forkhaus“ statt. Alle Gesangsvereine, auch der Nachbarorte, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Gerichts-Zeitung.

Der deutsch-baltische Baron v. d. Kopp,

einer jener deutschbaltischen Junker, die in den baltischen Provinzen Rußlands sich der Gegenrevolution als „Ehrenpolizisten“ zur Verfügung stellen, war im „Vorwärts“ eine „Edelmannsbefehle“ genannt worden, weil er den lettischen Revolutionär Kollau auf einem Transport zum Gefängnis ermordet habe. Kopp, der sich durch diesen Vorwurf beleidigt fühlte, hat gegen unseren Redakteur Genossen Weber Klage angestrengt. Die Sache schwebt schon seit längerer Zeit. Sie ist aber bisher nicht recht vom Fleck gekommen, weil das deutsche Gericht für die Beweishebung auf die Mitwirkung russischer Behörden angewiesen ist. Am Mittwoch fand bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 145) wieder ein Termin statt, doch auch diesmal kam es noch nicht zur Entscheidung. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wolner regte erneut einen Vergleich an. Aber die Rechtsbeistände beider Parteien zeigten keine Lust, hierauf einzugehen. Rechtsanwalt Dr. Munk, der Vertreter des Klägers, wünschte eine gerichtliche Entscheidung, weil die kurländische Ritterschaft Wert auf eine solche lege. Für den Genossen Weber, der diesmal wegen Erkrankung nicht persönlich erschienen war, lehnte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn es ab, ohne weiteres dem Baron v. d. Kopp durch den „Vorwärts“ die Erklärung zu geben, daß jene Darstellung nicht aufrechterhalten werden könne. Der Vertreter des Klägers hatte, um die Unschuld des Herrn Barons darzutun, als Beweismittel aus Rußland ein paar behördliche Atteste beschafft. Darunter war a. B. vom Gouverneur Kurlands die Bescheinigung, daß Kopp zur der fraglichen Zeit nicht an dem Tatort habe sein können. Der Vertreter des Beklagten bemerkte skeptisch, gegenüber solchen Attesten russischer Behörden dürfe man doch wohl nicht ebenso glaubensbereit sein, wie man es sei, wenn es sich um deutsche Behörden handle. Die Vermutung liege nahe, daß die Bescheinigung sich lediglich auf Kops eigene Angaben stütze. Auch sei noch nicht einmal nachgewiesen, daß die Heberhebung mit dem Original übereinstimme. Unmöglich könne ein deutsches Gericht sich daran genügen lassen, daß etwas von einer russischen Behörde bescheinigt werde. Was von russischen Behörden zu halten sei, das habe man erst wieder in allerneuester Zeit bei der Affäre Lopuchin-Macow gesehen. Auch der Vorsitzende erkannte schließlich an, daß diese Atteste nicht ausreichen, um alle weiteren Beweise überflüssig erscheinen zu lassen. Gegenüber den Beweisansprüchen der Verteidigung verhielt sich Rechtsanwalt Munk immer wieder, der Herr v. d. Kopp brauche sie alle miteinander nicht zu fürchten. Er wünschte aber, daß die Beweishebung sich auf den Fall Kollau beschränke. Der Verteidiger Rechtsanwalt Cohn machte geltend, daß es bei etwaiger Verurteilung doch von Bedeutung für das Strafmaß sei, zu wissen, mit was für einem Menschen man es in diesem Herrn v. d. Kopp zu tun habe. Es werde daher zu prüfen sein, ob die anderen Grausamkeiten, die dem Herrn Baron noch nachgesagt würden, tatsächlich von ihm verübt worden seien. Der Verteidiger wiederholte die früheren Beweisansprüche hierzu, die im Bericht über den vorigen Termin („Vorwärts“ vom 27. Oktober 1908) ausführlich mitgeteilt sind. Das Gericht kam zu dem Beschluß, erforderlich sei nur die Vernehmung der von der Verteidigung benannten, in Rußland sich aufhaltenden Personen, die gesehen haben sollen, daß Kopp den Kollau vorfänglich erschossen habe. Alle anderen Beweisansprüche seien abzulehnen. Die erneute Vertagung, die hierdurch nötig wurde, wird den baltischen Junkern ein Anlaß zu erneuten Angriffen und die deutschen Gerichte sein. Schon nach dem vorigen Termin hatten sie in der „Duna-Zeitung“ gezeigert, das Gericht habe einseitig Partei genommen für — die Sozialdemokratie! Ihnen geht das Verfahren nicht gut genug. Sie begreifen nicht, warum nicht der „Vorwärts“-Redakteur kurzerhand auf russische Manier abgerichtet wird. Der Verteidiger legte am Mittwoch lächelnd den Artikel der „Duna-Zeitung“ auf den Gerichtstisch und beverleichte hiermit dem Vorsitzenden eine hellere Minute. „Informieren Sie mal“, sagte der Vorsitzende dem Vertreter des klagenden Barons, „ein bißchen die „Duna-Zeitung“, daß die Sache nicht so einfach ist.“

Ein roter Ehegatte

mußte sich gestern in der Person des Kurländers Gustaf Krause aus Charlottenburg unter der Anklage der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III verantworten. — Der Angeklagte ist seit mehreren Jahren verheiratet. Er quälte seine Frau

von jeher mit ganz unbegründeten Eifersüchteleien, die samt ständig in rohe und brutale Mißhandlungen ausarteten. Schon in seinem früheren Wohnorte in Westpreußen mißhandelte der Angeklagte seine Frau, so daß diese infolge einer Frühgeburt längere Zeit zwischen Leben und Tod schwelte. Die Frau ließ sich damals durch die Drohungen des Mannes einschüchtern und erstattete keine Anzeige. Sehr beliebte Werkzeuge des Angeklagten waren damals eine Hengabel und ein Zittereimer, den er der Frau derartig auf den Kopf häuflte, daß er nur sehr schwer wieder zu entfernen war. Die Mißhandlungen nahmen auch ihren Fortgang, als die Eheleute nach Charlottenburg übersiedelten. Hier ließ die Frau manchmal braun und blau geschlagen herum. Erst Anfang dieses Jahres fand die Frau den Mut, gegen ihren Feiniger Strafanzüge zu erheben. Der Mann wurde sofort verhaftet und später vom Schöffengericht Charlottenburg mit Rücksicht auf die überaus rohen und brutalen Mißhandlungen um 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen legte K. Berufung ein. Die Strafkammer hielt in einem Falle nur einfache Körperverletzung für vorliegend und mußte, da hierbei kein Strafanzug vorlag, das Verfahren einstellen. Im übrigen lautete das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis.

Das Gewerbe der Spreewald-Fährleute

regelt eine Polizeiverordnung der Polizeiverwaltung zu Lübbenau vom 17. Dezember 1908. Sie betrifft die „Personen in Lübbenau“, die beabsichtigen, die Spreewaldbesucher auf den Flußläufen des Spreewalds gewerbmäßig umherzuführen, im Sommer im Kahn, im Winter mit Schlitten. Die Verordnung führt eine Taxe ein und enthält eine Reihe Bestimmungen über das Verhalten. Der gewerbmäßigen Spreewald-Fährleute. Sie müssen z. B. jede Fahrt, die ihnen angeboten wird, annehmen und jeder Fährmann, der Fährgäste erwartet, hat sich in seinem Kahn oder in dessen unmittelbarer Nähe aufzuhalten. Insbesondere ist es den Fährleuten verboten, ihre Dienste im Umherziehen auf den städtischen Ausläufern, in den Straßen der Stadt und am Bahnhof anzubieten. Marjack und Genossen, mehrere Fährleute, waren wegen Uebertretung der letzten Vorschrift verurteilt worden, weil sie in der Nähe des Bahnhofs ihre Dienste anboten. Die gegen das Urteil des Landgerichts Cottbus eingeleitete Revision wurde vom Kammergericht verworfen. Das Gericht erachtete die Verordnung für gültig. Sie finde ihre Stütze im § 37 der Gewerbeordnung. Danach unterliegt die Regelung durch die Ortspolizeibehörde die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs innerhalb der Orte durch Wagen aller Art, Gondeln, Säulen, Pferde und andere Transportmittel. Daß hier von Verkehr innerhalb der Orte gesprochen wird, steht nach Ansicht des Kammergerichts der Gültigkeit der Verordnung nicht entgegen, wenn auch der Vertrag zwischen den Fährleuten und ihren Fährgästen erst außerhalb des Orts erfüllt werde. Denn sonst ließe sich auch ein Omnibusverkehr von Ort zu Ort nicht nach § 37 der Gewerbeordnung regeln. Entscheidend sei, daß die Verordnung sich auf Personen in „Lübbenau“ beziehe, d. h. auf Personen, die in Lübbenau wohnen und in Lübbenau bzw. von Lübbenau aus das Gewerbe ausüben wollen.

Vermischtes.

Der Unfall bei der Kieler Torpedoinspektion, über den wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, hat sich nach neueren Nachrichten wie folgt zugezogen: Durch Entzündung eines Feuerwerkskörpers, der mehrere andere in Brand setzte, brach in einem kleinen Holzstuppen auf dem Inspektionsgebiet Feuer aus, das durch das Personal der Inspektion bald gelöscht wurde. Zwei Arbeiter wurden durch Stichflammen im Gesicht und an den Händen verbrannt. Chemiker Dr. Keller wurde leicht verletzt. Lebensgefahr liegt, soweit bis jetzt bekannt, bei keinem der Verletzten vor.

Zum Brand in Lille wird von dort noch berichtet: Das letzte der Gebäude, die in Brand geratenen Alkohol- und Getreidelager, das bisher vom Feuer verschont geblieben war, wurde gleichfalls vom Feuer ergriffen. Es wird mehrere Tage dauern, bis das Feuer beseitigt sein wird. Mehrere Werke werden infolge der Feuerbrunst gezwungen sein zu feiern. Der Schaden wird auf sieben Millionen Frank geschätzt. Ein Arbeiter wird vermisst.

Das Gesandnis des Raubmörders. Der unter dem dringenden Verdacht des Raubmordes verhaftete Maschinenist Otto Matuschke aus Neu-Stahndorf hat sich jetzt nach langem hartnäckigen Weigern zu einem teilweisen Geständnis bequemt. Er hat dem unterrichtungs-fähenden Richter zugegeben, die Sparschneiderei des ermordeten Händlers Wagner aus dessen Wohnung entwendet zu haben. Weiter blieb er stets bei der Behauptung, er habe die Wäcker bei dem großen Unbekannten gekauft. Uebrigens hat man nun am Tatort ein mit Blut besetztes Fell gefunden, ein Beweis dafür, daß Wagner unbedingt das Opfer eines Raubmordes geworden ist. Die Leiche des Ermordeten ist am Montag wieder auf Veranlassung der künftigen Staatsanwaltschaft ausgegraben worden. Die Schädeldecke mit der üblichen Verletzung wurde vom Körper abgetrennt und als Beweismittel mit nach dem Gericht in Frankfurt a. O. genommen.

Zwanzigtausend Schrapnell explodiert. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, brach auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik gestern früh Feuer aus, wie es heißt infolge Selbstentzündung von Gußwolle im Gießschmelzraum. Zwanzigtausend Schrapnell explodierten ohne Schaden anzurichten.

Die Leiche in der Badewanne. Einer Meldung aus Jäzitz zufolge ist dort das Dienstmädchen des Kaufmanns Grünwald in einer Badewanne ertrunken aufgefunden worden. Die Leiche wurde entdeckt, als die Familie von einer mehrtägigen Reise zurückkehrte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß an dem Mädchen ein Verbrechen verübt worden ist.

Eine Brandkatastrophe wird aus Rouen vom gestrigen Tage gemeldet: Die Wafelnfabrik in Lillebonne ist niedergebrannt. Das einstürzende Dach begrub zehn Feuerwehrleute, von denen drei getötet und fünf verwundet wurden.

Deutscher Arbeiter-Abnennungs-Bund. Ditsgrubbe Berlin Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 15: Vortrag.

Russischer Marktbericht der städtischen Nachrichten-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Russlands. Markttag: Dienstag. Auftrieb schwach, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Auftrieb reichlich, Geschäft lebhaft, Preise nachgezogen. Geflügel: Auftrieb knapp, Geschäft sehr reg, Preise gut. Rind: Auftrieb in Gesellschaft mäßig, Geschäft teilweise lebhaft, Preise wenig verändert, für Rindfleisch niedriger. Schaf: Auftrieb mäßig, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Schweine: Auftrieb und Auftrieb: Auftrieb mäßig, Geschäft zunächst still, später lebhafter, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 19. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe am Meer)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad Celsius)	Stationen	Barometer (Höhe am Meer)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in Grad Celsius)
Sonneberg	767,5	SSW	4 mäßig	11	Leipzig	758,0	—	—	8
Darmstadt	769,5	SSW	3 halb bb.	10	Petersburg	758,5	—	—	6
Berlin	769,5	—	3 mäßig	13	Wien	760,0	—	—	12
Frankfurt a. M.	771,5	—	1 heftig	10	Usterman	767,5	—	—	7
München	770,0	—	2 heftig	11	Paris	770,0	—	—	12
Stettin	770,0	—	2 mäßig	14					

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. Mai 1909. Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Landsberger Str. 11.
Boght 404, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Möbel-
polierer
Paul Schmidt,
Geheimesstr. 7
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Möbel-
polierer
Paul Schmidt
am 17. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Stralauer Viertel,
Bezirk R. 330.
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Mechaniker
Otto Büttner
Grüner Weg 43
am 8. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
217/17 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Handschuh-
macher
Joseph Kunze
Prinzengasse 46a
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt
Donnerstag am Freitag, den
21. Mai, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Sebastian-
Kirchhofes, Reinickendorf, Humboldt-
straße, aus statt. 227/8
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Zentralverband d. Hand-
schuhmacher Deutschlands.**
Ortsverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Josef Kunze
am 18. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt
Donnerstag am Freitag, den
21. Mai, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Sebastian-
Kirchhofes in Reinickendorf, Hum-
boldtstraße, aus statt.
267/26 Der Vorstand

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Wilhelm Leibner
am Dienstag, den 18. Mai, im
Alter von 53 Jahren plötzlich ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Heiligen Kreuz-Kirch-
hofes in Mariendorf aus statt.
4 Mitglieder ferner zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Lagerarbeiter der H. C. G.
Gustav Löwe
am Freitag, den 14. Mai, im
Alter von 71 Jahren plötzlich ge-
storben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes
in Mariendorf (Nordend) aus
statt. 67/11
Um rege Beteiligung ersucht
Verwaltung II.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Formner
Paul Schöbel
am 17. d. Mts. an Halsleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. Mai, nach-
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Lazarus-Kirchhofes in
Niederschlesien aus statt.
Rege Beteiligung ersucht
117/8 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Töpfer
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 12. Mai,
verstarb plötzlich infolge seines Un-
falls der Kollege
Johann Wittkowski
(Bezirk Wedding)
im Alter von 49 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Blas-Kirchhofes
in Hohen-Schönhausen aus statt.
192/16 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.**
Zweigverein Berlin.
Sektion der Puser.
Dem Gesangsverein der Puser,
sowie Mitgliedern zur Nachricht,
dass bei der heute nachmittags
5 Uhr stattfindenden Beerdigung
unseres Mitgliedes
Julius Bahr
kein Friediger zugegen ist. (Siehe
Todesanzeige von Wittkopf.)
Wir ersuchen um rege Be-
teiligung.
Die zu heute geplante Fuß-
partie kann aus diesem Grunde
nicht stattfinden.
194/1 Der Vorstand.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 17. d. Mts. starb nach
dreitägigem Krankenlager an
Lungenentzündung im Alter von
61 Jahren unser Mitglied, der
Zimmerer
Ernst Schade.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. d. Mts.,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Markus-Fried-
hofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
267/26 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten
und Genossen die traurige Nach-
richt, dass unsere Mutter, Schwieger-
und Strohmutter
Johanna Schreiber
nach schweren Leiden im 75. Lebens-
jahre am 19. Mai morgens 2 1/2 Uhr
verstorben ist. 288/16
Die Beerdigung findet Sonn-
abend nachmittags 1 Uhr von der
Leichenhalle des Emmaus-Fried-
hofes, Hermannstraße, aus statt.
Emil Schreiber,
Oranienstr. 14.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 5432*
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Dienstag 10-2, 5-7.

Am Montag, den 17. Mai ver-
starb plötzlich mein lieber Mann,
der Möbelpolierer
Paul Schmidt.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle in Friedrichshagen aus statt.
Dies zeigen hierdurch an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
des Tischlers **Wilhelm Schröder**
sage ich allen, insbesondere den Ge-
nossen des 368. Wahlbezirks des
4. Berliner Reichstags-Wahlkreises
sowie den Mitgliedern der Genossen-
schaft und den Vätern der Kolonie
Wilhelmshöhe meinen innigsten Dank.
Witwe Berta Schröder
nebst Kindern.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Achtung, Fliesenleger!
Am Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Saal 7:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 137/17
1. Die Organisationsangelegenheit der Subunternehmer.
2. Kifford-Tarif und Subunternehmer. 3. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung macht das Erscheinen aller
Kollegen zur Pflicht. Der Sektionsvorstand.

Ich denke Dein, mein Lieb,
bei Tag und Nacht,
Weiß wohl, was Dich
so schön und zauberisch macht,
Dein linker Fuß
im Salamander-Schuh
raubt mir die Ruh'.

Salamander
Schuhes, m. b. H.

BERLIN W. 8, Friedrich-Strasse 102
G. Kälger, 47
C. Rosenhelfer
NR. Wilmannsstr.
Eckh. Turnstr. 9
SW. Friedrichstr. 211
W. Potsdamerstr. 9
W. Tauentzienstr. 13
H. Borch, 20
Saarauer, Gröbnerstr. 20

Einheitspreis M 12.50
Lohn-Ausführung M 14.50

Fordern Sie Musterbuch

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität
hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzl. geschützt)
wird nur noch in Eisketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel);
— unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen —
zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priesendosen gratis erhältlich sind. 1279L*
Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112 (Amt 7, 8861).

Moderne Damen- und Herren-Frisier-, Champoon- und Färb-Salons
mit 4 Damen- und 4 Herrenbedienungs. Elegante Bedienung. Solide Preise.
Abt. I: Damenbedienungs. Abt. II: Herrenbedienungs.
Champoon-, Friseur und Oudler 1.00 Spezial-Haarwachs, u. Kopt. 35 Pf.
Frisieren, alle Monat . . . 4.00 waschen mit echt. Bay-Rum
Frisieren, Einzelpreis . . . 0.50 Montags und Freitags nur . . . 25 Pf.
G. Holtz nebst Frau u. Töchtern, Fufelandsstr. 49, Ecke Gröbnerwaldstr. 23.

Verband der handgewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 23. Mai, vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
Tages-Ordnung: 29/10*
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Robert Schmidt** über: Der Kampf der Arbeiter-
klasse um ihre wirtschaftliche Stellung. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten vom Verbandstage. 4. Dis-
kussion. 5. Bekanntgabe des Resultats der Bankkontrolle
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu
erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass.
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungshalle Berlin. Hauptbüreau:
Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1097.
Sonntag, den 23. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 4), Engelauer 15:
Branchen-Versammlung
der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umgeg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Garbis** über: Die französische Kommune
1871. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 23. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 1), Engelauer 15:
Branchen-Versammlung
aller in der
**Metall- und Eisenindustrie beschäftigten
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Ritter**: Die neue Reichsversicherungs-
ordnung. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verhandlungsangelegenheiten.
Reichreichen Besuch obiger Versammlung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer, Einshaler und Hilfsarbeiter
Sonntag, den 23. Mai 1903, vormittags 10 Uhr,
bei **Jannasch, Insektstraße 10:**
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung von der Betonarbeiter-Konferenz.
2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma
M. Czarnikow & Co. 187/16*
3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die bei der Firma M. Czarnikow & Co.
beschäftigten Zementierer, Einshaler und Hilfsarbeiter ganz besonders ein-
geladen und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, auch der unorganisierten,
zu erscheinen und für einen guten Besuch dieser Versammlung zu arbeiten.
Der Gruppenvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Montag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“
Nagelbühlstraße 27c:
Versammlung der Küchenmöbel-Branchen.
Werkhause und Rigdorf sind hierzu eingeladen.
Die Branchen-Kommission.

Damen-Puhgeschäft
verbunden mit Herren-Kleider-
(Hüten, Schürmen, Höschen, Strawatten,
Stragen und Manchetten) eröffnet habe.
Stets Reaktionen, billige Preise.
Wilhelm Müller,
Wilmannsstr. 14.

Möbelfabrik Hoffnung
Eingetragene Genossenschaft
mit befristeter Kapitalpflicht
Bilanz am 31. Dezember 1902.
Aktiva. Passiva.
Kassen-Bestand . . . 295.16
Baren-Bestand . . . 19 098.50
Materialien-Bestand . . . 21 429.95
Maschinen-Konto . . . 6 747.—
Verkauf-Konto . . . 4 085.—
Hilfs-Konto . . . 1 214.—
Verde- und Wagnis-Konto . . . 995.—
Wohlfühl-Konto . . . 1 535.—
Bank-Konto . . . 6 784.—
Debitoren-Konto . . . 26 984.80
Konto Rubio . . . 600.—
Gehalts- u. Verlust-Konto . . . 22.50
Ca. 43 093.91
Passiva.
Aktionäre-Konto . . . 26 160.59
Darlehn-Konto . . . 63 024.03
Hilfs-Konto . . . 1 600.—
Ca. 90 784.62
Die Zahl der Aktien beträgt am
Anfang des Geschäftsjahres 32, aus-
gegeben sind 3, eingetreten 1, somit
waren am Schluss des Geschäftsjahres
30 Genossen mit einer Ge-
samt-Kapitalsumme von 1500 M. vor-
handen. 267/15
Die Aufhaben und die Gesamt-
summe haben sich um je 100 M. ver-
ringert.
Möbelfabrik Hoffnung zu Berlin.
Eingetragene Genossenschaft
mit befristeter Kapitalpflicht.
Der Vorstand.
H. Feagler, K. Schmidt, Joh. Sandt

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/10*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-f

Bis zum Pfingstfeste
muß das gesamte ungeheure Lager bestehend in hochloganter, moderner
Sommer-Konfektion geräumt sein!
Dementsprechend sind die Preise fast bis auf den vierten Teil des
Wertes herabgesetzt!
Nun zögern Sie aber nicht, meine Damen, denn Modelle sind bald vergriffen!
Kommen Sie möglichst vormittags, weil nachmittags der Andrang zu stark ist!
Gratis in den Vormittagsstunden: 1 Bluse oder 1 Rock oder 1 Cape,
nach Wahl, bei Einkauf von M. 20.— an!
Das Lager setzt sich zusammen aus
Sommermänteln, Sommerkostümen, Seiden-, Rips-, Bast-etc. Konfektion,
Jackets, Kimonos, Capes, Kleidern, Prinzess-, Nieder-,
Entre-deux-Röcken etc. etc., Originalmodellen, Reiseumstern, Kopien
jeder Größe (selbst für ganz starke Figuren passend vorrätig).
Einzig günstige Bezugsquelle
für Reise-, Strands-, Promenaden-Kostüme und
Regen-, Gummi-, Wetter-Mäntel:
Wert bis M. 18, bis M. 20, bis M. 23, bis M. 30, bis M. 45, bis M. 60,
bis zum
Feste nur M. 4, nur M. 6, nur M. 10, nur M. 16, nur M. 30, nur M. 45 . . . M. 109.
Himmelfahrtstag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr, am Sonntag 8-10, 12-2 Uhr!
Man achte stets genau auf die Firma:

Spezial-Konfektionshaus Westmann
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a { kein Eckhaus, 2. Haus von
und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 { kein Eckhaus, 2. Haus von
der Androastrasse.

Fasson „Nanny“ Wert M. 170.— jetzt M. 45.—
Fasson „Margot“ Wert M. 150.— jetzt M. 36.—

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maab, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gesundheit ist Reichtum!

Bade Berlin-Ost im „Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (10 Minuten Badzeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.



JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

werden nicht allein ihrer Billigkeit wegen allen anderen Marken vorgezogen. Sie verdanken ihre Popularität weit mehr dem Umstande, dass jeder sachverständige Raucher weiss, bei ihrem Kauf am vorteilhaftesten und besten bedient zu sein.



Joseff-Juno m. o. o. Mundstück
10 Stck. 20 Pf.

Joseff Cigarettes Joseff Cigarettes

Achtung! Wedding!
Empfehle den Parteigenossen mein reichhaltiges Lager in Hüten, Mützen, Schirmen, Stücken, Krawatten, Wäsche, Um gültigen Zuspruch bittet H. Neubert, Müllerstr. 164.

Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten. Kleine Raten! L. Hutzner, Hagenstr. 50. Nur Wolllieferanten erbeten.

Eine große Partie **Diwandecken**
auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,85 und 6,75

Buntpersische doppelseit. Diwandecken
Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 Mk.)

Bunte Plüsch-Diwandecken
Größe 150/300 cm 25,00 (Wert 33 Mk.)

Eine Diwanrückwände
Partie reichgestickt 4,50 (Wert 8,50 Mk.)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Habe nirgends Filialen.
Nach auswärts per Nachnahme.
Sobald erschienen: Mein neuer Pracht-Katalog mit 650 Abbildungen. Zusendung gratis und franko.

II. Ziehung 5 Kl. 220 Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 19. Mai vermittlungs.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

10 30 100 200 [500] 300 400 500 600 700 800 900 1000 1100 1200 1300 1400 1500 1600 1700 1800 1900 2000 2100 2200 2300 2400 2500 2600 2700 2800 2900 3000 3100 3200 3300 3400 3500 3600 3700 3800 3900 4000 4100 4200 4300 4400 4500 4600 4700 4800 4900 5000 5100 5200 5300 5400 5500 5600 5700 5800 5900 6000 6100 6200 6300 6400 6500 6600 6700 6800 6900 7000 7100 7200 7300 7400 7500 7600 7700 7800 7900 8000 8100 8200 8300 8400 8500 8600 8700 8800 8900 9000 9100 9200 9300 9400 9500 9600 9700 9800 9900 10000 10100 10200 10300 10400 10500 10600 10700 10800 10900 11000 11100 11200 11300 11400 11500 11600 11700 11800 11900 12000 12100 12200 12300 12400 12500 12600 12700 12800 12900 13000 13100 13200 13300 13400 13500 13600 13700 13800 13900 14000 14100 14200 14300 14400 14500 14600 14700 14800 14900 15000 15100 15200 15300 15400 15500 15600 15700 15800 15900 16000 16100 16200 16300 16400 16500 16600 16700 16800 16900 17000 17100 17200 17300 17400 17500 17600 17700 17800 17900 18000 18100 18200 18300 18400 18500 18600 18700 18800 18900 19000 19100 19200 19300 19400 19500 19600 19700 19800 19900 20000 20100 20200 20300 20400 20500 20600 20700 20800 20900 21000 21100 21200 21300 21400 21500 21600 21700 21800 21900 22000 22100 22200 22300 22400 22500 22600 22700 22800 22900 23000 23100 23200 23300 23400 23500 23600 23700 23800 23900 24000 24100 24200 24300 24400 24500 24600 24700 24800 24900 25000 25100 25200 25300 25400 25500 25600 25700 25800 25900 26000 26100 26200 26300 26400 26500 26600 26700 26800 26900 27000 27100 27200 27300 27400 27500 27600 27700 27800 27900 28000 28100 28200 28300 28400 28500 28600 28700 28800 28900 29000 29100 29200 29300 29400 29500 29600 29700 29800 29900 30000 30100 30200 30300 30400 30500 30600 30700 30800 30900 31000 31100 31200 31300 31400 31500 31600 31700 31800 31900 32000 32100 32200 32300 32400 32500 32600 32700 32800 32900 33000 33100 33200 33300 33400 33500 33600 33700 33800 33900 34000 34100 34200 34300 34400 34500 34600 34700 34800 34900 35000 35100 35200 35300 35400 35500 35600 35700 35800 35900 36000 36100 36200 36300 36400 36500 36600 36700 36800 36900 37000 37100 37200 37300 37400 37500 37600 37700 37800 37900 38000 38100 38200 38300 38400 38500 38600 38700 38800 38900 39000 39100 39200 39300 39400 39500 39600 39700 39800 39900 40000 40100 40200 40300 40400 40500 40600 40700 40800 40900 41000 41100 41200 41300 41400 41500 41600 41700 41800 41900 42000 42100 42200 42300 42400 42500 42600 42700 42800 42900 43000 43100 43200 43300 43400 43500 43600 43700 43800 43900 44000 44100 44200 44300 44400 44500 44600 44700 44800 44900 45000 45100 45200 45300 45400 45500 45600 45700 45800 45900 46000 46100 46200 46300 46400 46500 46600 46700 46800 46900 47000 47100 47200 47300 47400 47500 47600 47700 47800 47900 48000 48100 48200 48300 48400 48500 48600 48700 48800 48900 49000 49100 49200 49300 49400 49500 49600 49700 49800 49900 50000 50100 50200 50300 50400 50500 50600 50700 50800 50900 51000 51100 51200 51300 51400 51500 51600 51700 51800 51900 52000 52100 52200 52300 52400 52500 52600 52700 52800 52900 53000 53100 53200 53300 53400 53500 53600 53700 53800 53900 54000 54100 54200 54300 54400 54500 54600 54700 54800 54900 55000 55100 55200 55300 55400 55500 55600 55700 55800 55900 56000 56100 56200 56300 56400 56500 56600 56700 56800 56900 57000 57100 57200 57300 57400 57500 57600 57700 57800 57900 58000 58100 58200 58300 58400 58500 58600 58700 58800 58900 59000 59100 59200 59300 59400 59500 59600 59700 59800 59900 60000 60100 60200 60300 60400 60500 60600 60700 60800 60900 61000 61100 61200 61300 61400 61500 61600 61700 61800 61900 62000 62100 62200 62300 62400 62500 62600 62700 62800 62900 63000 63100 63200 63300 63400 63500 63600 63700 63800 63900 64000 64100 64200 64300 64400 64500 64600 64700 64800 64900 65000 65100 65200 65300 65400 65500 65600 65700 65800 65900 66000 66100 66200 66300 66400 66500 66600 66700 66800 66900 67000 67100 67200 67300 67400 67500 67600 67700 67800 67900 68000 68100 68200 68300 68400 68500 68600 68700 68800 68900 69000 69100 69200 69300 69400 69500 69600 69700 69800 69900 70000 70100 70200 70300 70400 70500 70600 70700 70800 70900 71000 71100 71200 71300 71400 71500 71600 71700 71800 71900 72000 72100 72200 72300 72400 72500 72600 72700 72800 72900 73000 73100 73200 73300 73400 73500 73600 73700 73800 73900 74000 74100 74200 74300 74400 74500 74600 74700 74800 74900 75000 75100 75200 75300 75400 75500 75600 75700 75800 75900 76000 76100 76200 76300 76400 76500 76600 76700 76800 76900 77000 77100 77200 77300 77400 77500 77600 77700 77800 77900 78000 78100 78200 78300 78400 78500 78600 78700 78800 78900 79000 79100 79200 79300 79400 79500 79600 79700 79800 79900 80000 80100 80200 80300 80400 80500 80600 80700 80800 80900 81000 81100 81200 81300 81400 81500 81600 81700 81800 81900 82000 82100 82200 82300 82400 82500 82600 82700 82800 82900 83000 83100 83200 83300 83400 83500 83600 83700 83800 83900 84000 84100 84200 84300 84400 84500 84600 84700 84800 84900 85000 85100 85200 85300 85400 85500 85600 85700 85800 85900 86000 86100 86200 86300 86400 86500 86600 86700 86800 86900 87000 87100 87200 87300 87400 87500 87600 87700 87800 87900 88000 88100 88200 88300 88400 88500 88600 88700 88800 88900 89000 89100 89200 89300 89400 89500 89600 89700 89800 89900 90000 90100 90200 90300 90400 90500 90600 90700 90800 90900 91000 91100 91200 91300 91400 91500 91600 91700 91800 91900 92000 92100 92200 92300 92400 92500 92600 92700 92800 92900 93000 93100 93200 93300 93400 93500 93600 93700 93800 93900 94000 94100 94200 94300 94400 94500 94600 94700 94800 94900 95000 95100 95200 95300 95400 95500 95600 95700 95800 95900 96000 96100 96200 96300 96400 96500 96600 96700 96800 96900 97000 97100 97200 97300 97400 97500 97600 97700 97800 97900 98000 98100 98200 98300 98400 98500 98600 98700 98800 98900 99000 99100 99200 99300 99400 99500 99600 99700 99800 99900 100000 100100 100200 100300 100400 100500 100600 100700 100800 100900 101000 101100 101200 101300 101400 101500 101600 101700 101800 101900 102000 102100 102200 102300 102400 102500 102600 102700 102800 102900 103000 103100 103200 103300 103400 103500 103600 103700 103800 103900 104000 104100 104200 104300 104400 104500 104600 104700 104800 104900 105000 105100 105200 105300 105400 105500 105600 105700 105800 105900 106000 106100 106200 106300 106400 106500 106600 106700 106800 106900 107000 107100 107200 107300 107400 107500 107600 107700 107800 107900 108000 108100 108200 108300 108400 108500 108600 108700 108800 108900 109000 109100 109200 109300 109400 109500 109600 109700 109800 109900 110000 110100 110200 110300 110400 110500 110600 110700 110800 110900 111000 111100 111200 111300 111400 111500 111600 111700 111800 111900 112000 112100 112200 112300 112400 112500 112600 112700 112800 112900 113000 113100 113200 113300 113400 113500 113600 113700 113800 113900 114000 114100 114200 114300 114400 114500 114600 114700 114800 114900 115000 115100 115200 115300 115400 115500 115600 115700 115800 115900 116000 116100 116200 116300 116400 116500 116600 116700 116800 116900 117000 117100 117200 117300 117400 117500 117600 117700 117800 117900 118000 118100 118200 118300 118400 118500 118600 118700 118800 118900 119000 119100 119200 119300 119400 119500 119600 119700 119800 119900 120000 120100 120200 120300 120400 120500 120600 120700 120800 120900 121000 121100 121200 121300 121400 121500 121600 121700 121800 121900 122000 122100 122200 122300 122400 122500 122600 122700 122800 122900 123000 123100 123200 123300 123400 123500 123600 123700 123800 123900 124000 124100 124200 124300 124400 124500 124600 124700 124800 124900 125000 125100 125200 125300 125400 125500 125600 125700 125800 125900 126000 126100 126200 126300 126400 126500 126600 126700 126800 126900 127000 127100 127200 127300 127400 127500 127600 127700 127800 127900 128000 128100 128200 128300 128400 128500 128600 128700 128800 128900 129000 129100 129200 129300 129400 129500 129600 129700 129800 129900 130000 130100 130200 130300 130400 130500 130600 130700 130800 130900 131000 131100 131200 131300 131400 131500 131600 131700 131800 131900 132000 132100 132200 132300 132400 132500 132600 132700 132800 132900 133000 133100 133200 133300 133400 133500 133600 133700 133800 133900 134000 134100 134200 134300 134400 134500 134600 134700 134800 134900 135000 135100 135200 135300 135400 135500 135600 135700 135800 135900 136000 136100 136200 136300 136400 136500 136600 136700 136800 136900 137000 137100 137200 137300 137400 137500 137600 137700 137800 137900 138000 138100 138200 138300 138400 138500 138600 138700 138800 138900 139000 139100 139200 139300 139400 139500 139600 139700 139800 139900 140000 140100 140200 140300 140400 140500 140600 140700 140800 140900 141000 141100 141200 141300 141400 141500 141600 141700 141800 141900 142000 142100 142200 142300 142400 142500 142600 142700 142800 142900 143000 143100 143200 143300 143400 143500 143600 143700 143800 143900 144000 144100 144200 144300 144400 144500 144600 144700 144800 144900 145000 145100 145200 145300 145400 145500 145600 145700 145800 145900 146000 146100 146200 146300 146400 146500 146600 146700 146800 146900 147000 147100 147200 147300 147400 147500 147600 147700 147800 147900 148000 148100 148200 148300 148400 148500 148600 148700 148800 148900 149000 149100 149200 149300 149400 149500 149600 149700 149800 149900 150000 150100 150200 150300 150400 150500 150600 150700 150800 150900 151000 151100 151200 151300 151400 151500 151600 151700 151800 151900 152000 152100 152200 152300 152400 152500 152600 152700 152800 152900 153000 153100 153200 153300 153400 153500 153600 153700 153800 153900 154000 154100 154200 154300 154400 154500 154600 154700 154800 154900 155000 155100 155200 155300 155400 155500 155600 155700 155800 155900 156000 156100 156200 156300 156400 156500 156600 156700 156800 156900 157000 157100 157200 157300 157400 157500 157600 157700 157800 157900 158000 158100 158200 158300 158400 158500 158600 158700 158800 158900 159000 159100 159200 159300 159400 159500 159600 159700 159800 159900 160000 160100 160200 160300 160400 160500 160600 160700 160800 160900 161000 161100 161200 161300 161400 161500 161600 161700 161800 161900 162000 162100 162200 162300 162400 162500 162600 162700 162800 162900 163000 163100 163200 163300 163400 163500 163600 163700 163800 163900 164000 164100 164200 164300 164400 164500 164600 164700 164800 164900 165000 165100 165200 165300 165400 165500 165600 165700 165800 165900 166000 166100 166200 166300 166400 166500 166600 166700 166800 166900 167000 167100 167200 167300 167400 167500 167600 167700 167800 167900 168000 168100 168200 168300 168400 168500 168600 168700 168800 168900 169000 169100 169200 169300 169400 169500 169600 169700 169800 169900 170000 170100 170200 170300 170400 170500 170600 170700 170800 170900 171000 171100 171200 171300 171400 171500 171600 171700 171800 171900 172000 172100 172200 172300 172400 172500 172600 172700 172800 172900 173000 173100 173200 173300 173400 173500 173600 173700 173800 173900 174000 174100 174200 174300 174400 174500 174600 174700 1

Stadtverordneten-Versammlung.

19. außerordentliche Sitzung vom Mittwoch, den 19. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages Gronowaldt betr. den Bau einer Untergrundbahn statt einer Hochbahn in der Schönhauser Allee sind auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Vorgmann, Ginge, Mars gewählt worden.

In das Kuratorium der städtischen Sparkasse sind gemäß dem neuen Sparassensstatut 4 weitere Mitglieder zu wählen. Die Wahl wird in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Den Magistratsbauarbeiten und Stadthausinspektoren ist das volle Stimmrecht in den Baudeputationen verliehen worden.

Von den Stadtd. Dr. Krona und Ven. (Soz.) ist am 16. Mai d. J. folgender schleuniger Antrag eingebracht worden:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

Die Anordnung der Schuldeputation rückgängig zu machen, durch die dem Turnverein „Fichte“ die Entziehung der Benutzung der städtischen Turnhallen auf Ersuchen des Provinzialschulkollegiums angedroht ist, eventl. dem Turnverein „Fichte“ andere Räume, auf deren Benutzung dem Provinzialschulkollegium eine Einwirkung nicht zusteht, zur Verfügung zu stellen.“

Stadtd. Jubel (Soz.): Am 17. Juli 1908 ist dem Vorsitzenden des Turnvereins „Fichte“ eine Verfügung der Schuldeputation zugegangen, welche den Verein aufforderte, diejenigen Turnwarten anzugeben, welche die Jugend bis zum 21. Lebensjahre im Turnen unterrichten, widrigenfalls die städtischen Turnhallen dem Verein in Zukunft entzogen werden würden. Untern 19. April d. J. wird nochmals dieses Verlangen gestellt. Heute hat der Vorsitzende des Turnvereins persönlich beim Stadtrat Dirseforn erfahren, daß zufolge einer neuen Verfügung ein Aufschub von zehn Tagen gewährt werden würde. Man sieht sich bei diesem Vorgehen auf Stabilitätsboden von 1834 und 1839, welche meiner Meinung nach völlig unzulässig sind. Die Order von 1834 spricht von einem „gewerblichen“ Turnunterricht; in der Instruktion von 1839 ist von dem Unterricht der „schulpflichtigen“ Jugend die Rede und von Personen, welche ein Gewerbe daraus machen, Privatunterricht zu erteilen. Die 1842 erlassenen Spezialvorschriften beziehen sich ebenfalls nicht auf eine Tätigkeit, wie sie der Turnverein „Fichte“ ausübt. Für Berlin wird jetzt der Begriff der Jugend bis zum 21. Jahre ausgedehnt, während in den Regierungsbezirken Frankfurt und Potsdam die Grenze schon beim 18. Jahre gezogen ist. Die Schuldeputation befindet sich mit ihrem Erlass nicht auf gesundem Boden. Der Turnunterricht wird in diesem Verein nicht gewerbmäßig betrieben. Auch auf das Landrecht läßt sich dieses Vorgehen nicht stützen. Inwiefern kann die Schuldeputation nachweisen, daß die Turnwarten im Verein „Fichte“ in diesem Sinne ein Gewerbe betreiben? Nur für die schulpflichtige Jugend können die Behörden solche Verfügungen erlassen, nicht aber für diejenigen, welche dem Schulzwang entzogen sind. Niemand hier wird bestreiten wollen, daß ein junger Mann von 18 Jahren nicht mehr unter die Schulaufsicht gehört. Mit 17 Jahren kann man schon freiwillig ins Heer treten; ein Teil der Jugend muß sich mit dem 20. Lebensjahre stellen und Soldat werden und gegebenenfalls bereit sein, ihr Alles für die sogenannte Ehre des Vaterlandes einzusetzen. (Große Lärme.) Manche Mädchen heiraten schon mit 17, 18 Jahren, haben schon mit 19 Jahren Kinder (weiterkeit); wenn sie aber turnen wollen, müssen sie sich der Schulaufsicht unterstellen und werden nicht davon entbunden. (weiterkeit und andauernde Lärme.) Als das Provinzialschulkollegium ein solches Ansuchen an die Schuldeputation stellte, mußte diese ein solches Verlangen nachdrücklich zurückweisen. Im neuen Reichsvereinsetzung werden Mädchen und junge Männer mit dem 18. Jahre dreizehnjährig; sollen dieselben heute als Turner bürgerlich herabgesetzt werden, der Schulaufsicht unterstehen? Das sind Zustände, denen unter keinen Umständen stattgegeben werden darf. Es wird auf das Schulunterrichtsgesetz verwiesen, wonach die Städte Einspruch gegen solche Verfügungen auf dem Schulgebiet nicht mehr erheben können; aber die Verfügungen stützen sich ja auf alte, vergilbte Verordnungen, nicht auf dieses neue Gesetz. Ich meine, die Herren von der Schuldeputation hätten die Verfügung nicht weiter geben dürfen, denn es ist eine Blamage für die Vertreter Berlins, solchen ungesunden Verlangen nachzugeben. Jeder blamiert sich so gut er kann, aber ich hätte erwartet, diesem Gelächter, diesem Spott hätte sich die Schuldeputation nicht ausgeliefert. Am 6. Oktober 1904 sollte die Versammlung den beherzten und kräftigen Worten Beifall, die der Oberbürgermeister fand, als den freien Gemeinden und den polnischen Soldaten die städtischen Räume entzogen werden sollten. Ich bin gespannt, ob heute etwas Ähnliches aus seinem Munde geheißen wird. Das Vorgehen gegen den Verein stützt sich auf § 35 der Reichsgemeindeordnung. Nach dem Landmannschen Kommentar bedarf es aber eines Gewerbebescheines für Erteilung von gemeindlichem Unterricht nicht mehr. Bei den Schülerabteilungen ist der Turnverein „Fichte“ dem Verlangen der Regierung nachgegeben; hier aber haben wir es zu tun mit den Jugendabteilungen, da ist dieses Verlangen bisher und mit Recht nicht erfüllt worden. Das Vorgehen gegen den Verein „Fichte“ ist nur zu verstehen daraus, daß es ein Arbeiterturnverein ist. Der Verein gibt sich die größte Mühe, den Anforderungen nachzukommen; aber alle seine Gesuche um Erlaubnisbescheine sind abschlägig beschieden worden. Sämtliche bürgerlichen Vereine dagegen bekommen diese ohne weiteres. Am den Verein zu diskreditieren, hat sich der Ministerialdirektor Schwarzpoff damit gegeben, daß er aus den Wiederbüchern des Vereins zitierte. Das er vorgelesen hat, stammt aus dem Wiederbuch für Erwachsene, daneben gibt es eins für Leute von 16-18 Jahren und eins für Schüler. Erwachsene Leute wird man doch nicht verwehren können, zu singen, was sie Lust haben; es kann doch nicht jeder „Deutschland, Deutschland über alles“ oder „Heil dir im Siegerkranz“ singen. (Lärme.) Auch im Statut des Vereins wird man nicht von politischen Dingen finden; ihm ist es nur darum zu tun, die Arbeiterjugend körperlich und geistig auszubilden, daß sie im Kampfe ums Dasein widerstandsfähig wird. Warum ist seit dem 6. Oktober 1904 die städtische Vertretung nicht dazu übergegangen, Turnhallen außerhalb der Schulräume zu erbauen? Schneberg hat sofort dem dortigen Arbeiterturnverein einen Platz zur Verfügung gestellt und zur Herstellung einer propädeutischen Turnhalle eine Beihilfe von 50 M. gewährt; ähnlich Weisensee. Das diese Gemeinden können, mühte auch Berlin können. Erginge es den bürgerlichen Vereinen so, dann würden wir die bezügliche Vorlage in kürzester Zeit haben. Der Turnverein „Fichte“ wird allerdings durch diese Maßnahmen, so schwer sie ihn treffen, nicht verhindert werden, seiner Tradition getreu zu bleiben. Es sollte aber erwogen werden, ob dem Verein andere Räume angewiesen werden könnten. Die höheren Lehranstalten stehen ja hinsichtlich ihrer Turnhallen nicht so unter dem Befehl des Provinzialschulkollegiums, wie die Volksschulen. Das Ausschlußmittel der Mietk von Sälen droht zu versagen, indem auch gegen die Gastwirte, welche sie hergeben, mit Strafandrohungen eingeschritten wird. Daß ein Teil der Mitglieder des Vereins der Sozialdemokratie geneigt werden Sie ihnen nicht verdenken können, da ja oft die Väter Sozialdemokraten sind; aber deshalb darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Auch nachgeordnete Behörden sind nicht geneigt, auf rechtsungültige Befehle zu reagieren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtsyndikus Dirseforn: Seit 1. April 1909 ist die Aufsicht über das Privatunterrichtswesen von der Stadt auf das Provinzialschulkollegium übergegangen. Diese Behörde gibt jetzt die Unterrichtsverordnungen aus. Sie hat das jugendliche Alter bis auf 21 Jahre erstreckt und den Nachweis des Vorhandenseins von Erlaubnisbescheinen von allen Vereinen, welche jugendliche Personen unterrichten, gefordert. Der Turnverein „Fichte“ hat die Bezeichnung dieses Verlangens in einer längeren Erwiderung an die Schuldeputation bestritten. Er sagt darin, die betreffenden Lehrer hätten Erlaubnisbescheine, sie würden aber schon aus prinzipiellen Gründen nicht vorgelegt werden. Wir können den Turnverein „Fichte“ nicht anders behandeln als die anderen Vereine. Wir haben aber auch diese Eingabe dem Provinzialschulkollegium übergeben, und die Antwort geht dahin, daß die betreffenden Einwendungen bereits wiederholt geprüft und als unzutreffend vom Unterrichtsminister zurückgewiesen seien. Weber die Schuldeputation noch der Magistrat hat diese Stellungnahme der Unterrichtsverwaltung nachzuprüfen oder davon abzuweichen. Dinga kommt, daß auch die Gastwirte und diejenigen, welche ohne Schein den Unterricht erteilen, mit Strafe bedroht worden sind; würde der Magistrat sich darüber hinwegsetzen, so würde er sich die Begünstigung einer strafbaren Handlung zuschulden kommen lassen. Es handelt sich aber nicht darum, dem Verein die städtischen Turnhallen überhaupt zu sperren; er wird in seinen Männer- und Frauenabteilungen in den städtischen Turnhallen weiterturnen können; aber dem Unterricht der jungen Leute gegenüber muß der Magistrat sich der ergangenen Anordnung fügen. Darum würde es auch gar nichts helfen, wenn der Magistrat andere Räume hergeben wollte. Es handelt sich hier um eine Verwaltungsmaßnahme, gegen die es keine Berufung gibt.

Stadtd. Stadhagen (Soz.): Der Magistratsvertreter hat den grundsätzlichen Standpunkt verschoben, den Grundgedanke, daß über das Eigentum der Stadt allein zu bestimmen habe, und daß religiöse oder politische Ansichten nicht mitbestimmend sein dürfen. Schon 1897 und auch später, 1904, haben der Oberbürgermeister und der Kollege Cassel sich energisch gegen das Verlangen der Behörde gewandt, daß den polnischen, tschechischen und sozialdemokratischen Turnvereinen städtische Räume nicht zur Verfügung gestellt werden sollten. Ueber jenen Eingriff in die Selbstverwaltung war die gesamte Bürgererschaft und ihre Vertretung in ihrer Entschiedenheit einmütig. Heute handelt es sich um genau dasselbe, nur daß man diesmal den Magistrat vorschreibt, der als ein Diener zu tun habe, was das Provinzialschulkollegium befiehlt. Demnach ging man gegen Turner vor, weil sie anderer Ansicht sind als ein Schwarzkopf und Holle. Im Jahre 1907 suchte die Unterrichtsverwaltung in anderer Weise ihnen beizukommen. Man griff auf alte Scharieten zurück, die man ausgrub, um gegen diese Turnvereine vorzugehen, man empfahl ausdrücklich den Umweg über die Erlaubnisbescheine; und es ist ausdrücklich gesagt, daß bei Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei der Verfassungsgrund des Mangels an sittlicher Tüchtigkeit gegeben wäre. Und dieser Weg wurde bestritten gewählt, weil eine gerichtliche Entscheidung dagegen nicht möglich ist. Diese Anordnung ist rechtswidrig, weil sie gegen die Verfassung verstößt, und sie steht so tief, wie man sich nur denken kann, weil sie gegen die Bestimmung ergeht, weil sie die Westmännlichkeit zur Voraussetzung macht. Wenn ein solcher Erlass besteht, dann ist es durchaus gerechtfertigt, wenn ein Sozialdemokrat es als eine Beleidigung ansieht, sich das attestieren lassen zu sollen, weil der in Krankheit gegangene Minister den Moralfall aufgestellt hat, daß der Erlaubnisbeschein denjenigen zu versagen ist, die als Sozialdemokraten bekannt sind, weil sie in diesem Falle sittlich untüchtig wären. (Lärme.) Der Minister hat aber auch kein Recht dazu, Verlangt er etwas, was ungesetzlich ist, so haben auch die nachgeordneten Behörden das nachzuprüfen und nicht ohne weiteres auszuführen. (Der Vorsitzende ersucht, die Krankheit des Ministers aus dem Spiel zu lassen.) Ich habe den Umstand, daß der Minister in Krankheit gegangen ist, ausdrücklich als Milderungsgrund angeführt. Man will es den Sozialdemokraten unmöglich machen, ihre Rechte auszuüben; die städtischen Behörden sind früher dagegen aufgetreten, heute wollen sie es nicht mehr, obwohl sich in der Sache nichts geändert hat. Es hat noch keine Behörde gewagt, nach der Androhung gegen die Gastwirte wirklich strafrechtlich vorzugehen. Der Reichsanwalt beim Reichsgericht hat selbst in einem ähnlichen Falle erklärt, jene Verordnungen von 1834 usw. seien durch den § 35 der Gewerbeordnung aufgehoben worden. Eine grundsätzliche Entscheidung darüber ist allerdings noch nicht erfolgt. Ich zweifle nicht, daß die Verfügung als ungesetzlich erachtet werden wird und diejenigen, welche, wie auch unsere „Vorwärts“-Redaktion vor einigen Tagen öffentlich zum Ungehörigwerden aufgefordert haben, freigesprochen werden. Es handelt sich hier um Leute, die nicht mehr schulpflichtig sind; auch aus diesem Grund trifft die Verfügung nicht zu. Wie wird mit dem Begriff „jugendliche Person“ gespielt! Erst ging man bis zum 16., dann bis zum 18., jetzt bis zum 21. Jahre. So könnte man ja schließlich bis zum 60. Jahre gehen. (weiterkeit.) Für die Großjährigkeit bestanden zu früher nach den Konfessionen auch ganz verschiedene Altersgrenzen. Die Verfügungen entbehren eines gesetzlichen Grundes, und die Strafverfügungen, die daraus ergehen, sind ebenso rechtswidrig. Wenn sich der Minister und das Provinzialschulkollegium darauf stützen, daß es kein Verwaltungsstreitverfahren gibt, so muß die Stadtvertretung erklären: Nein, dann führe du selbst gefälligst deine Verfügungen aus! Ich muß es außerordentlich bedauern, daß die Herren vom Magistrat jetzt weich gemacht worden sind. Ich bitte Sie, zunächst für unseren Prinzipal Antrag zu stimmen, dann ist die Sache soweit erledigt, bis die oberste Instanz eventuell Zwangsmassregeln anordnet. Eventuell haben wir gebeten, dem Verein andere Räume zur Verfügung zu stellen. Ich war sehr erstaunt, daß der Stadtrat erklärte, hierauf könne man nicht eingehen, denn man würde sich der Begünstigung einer strafbaren Handlung schuldig machen. Mit welchem Recht entzieht der Magistrat dem Stadtsyndikus die Mietsumme von 5500 M.? Hier liegt ein rechtswidriges Vorgehen vor. Im Jahre 1903/1904 waren wir in der Frage einmütig. Nehmen Sie unter allen Umständen wenigstens den Eventualantrag an. Das jegliche Vorgehen der Regierung ist genau dasselbe, nur minder offen und minder kühn, wie feinerzeit gegen Zahn und Ernst Moritz Arndt; die „Schmalzgefellen“ haben sich damals im schlechtesten Sinne unsterblich gemacht. Dazu sollten der Magistrat und die Stadtverwaltung von Berlin sich nicht gebrauchen lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Alsdauer: Ich möchte nur Stellung nehmen gegen die wiederholte Behauptung, daß der jegliche Fall so läge wie der 1904. Das Gegenteil trifft zu. Damals verlangte das Provinzialschulkollegium unter dem Anspruchs, als Besitzer der Schule zu gelten, wir sollten die Schulräume, nämlich den freireligiösen Gemeinden die Aulen, den Sokel- usw. Turnvereinen die Benutzung der Turnhallen verweigern, obwohl es sich durchweg um städtische erlaubte Zwecke handelte. Heute aber können wir uns nicht über ein - vielleicht irrtümlich erlassenes - Verbot, dessen Ueberletzung unter Strafe gestellt ist, hinwegsetzen; damit würde jede städtische Autorität verneint. Das Verbot besteht zurzeit und wir können es nicht mitgehen. Darum ist auch dem Eventualantrag nicht zu entsprechen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendeine städtische Behörde ein Lokal hergibt, bevor die Frage prinzipiell anders entschieden ist. Wir können uns in den Streit zwischen dem Staat und dem Verein nicht einmischen, wir können die Rechtsfrage nicht zum Austrag bringen, wir sind dazu gar nicht legitimiert. Gelingt es dem Verein, seine Auffassung zur Geltung zu bringen, so werden wir eine entsprechende Entscheidung zu treffen in der Lage sein. Den Rechtsstandpunkt zu verschieben hat sich nur der Vorredner bemüht, ich hoffe, ohne Erfolg.

Stadtd. Bensch (Soz.-fortfähr.): Ich fürchte, daß die Herren Jubel und Stadhagen hier und in der Öffentlichkeit den Hauptgesichtspunkt verschoben haben. Es könnte nach ihren Ausführungen den Anschein haben, als ob die Schuldeputation Sozialdemokraten die Erlaubnisbescheine für Turnwarten nicht ausstellen wollte. Das ist nicht der Fall, im Gegenteil, und das ist wohl der Hauptgrund, weshalb der Deputation vom 1. April an das Recht abgenommen wurde, die Erlaubnisbescheine auszustellen. Wir haben auch jetzt kein bei den Verfügungen geschrieben: „Auf Anordnung des Provinzialschulkollegiums“, weil wir den Grund „wegen mangelnder sittlicher Qualifikation“ nicht angeben wollten. Die Schuldeputation hat es einstimmig abgelehnt, derartige Qualifikationen auszusprechen. Ich stelle das ausdrücklich fest! Warum hat sich aber Herr Jubel nicht an die richtige Adresse gewandt mit seinen Angriffen, warum gegen die Schuldeputation, die gerade das Gegenteil von dem getan hat, was er ihr zugeschrieben hat?

Damit schließt die Deputation. Im Schlußwort bemerkt Stadtd. Jubel: Der Turnverein „Fichte“ gibt sich, wie ich wiederhole, die größte Mühe, Erlaubnisbescheine für seine Turnwarten zu erhalten. Nun sollte man denken, daß die städtische Verwaltung mit regelrechten Scheinen versehenen Turnlehrern und Turnlehrerinnen nicht in den Weg legt. Bis zum vorigen Jahre unterrichtete im Verein ein städtische Lehrerin. Da wurde ihr nahegelegt, zwischen dem Verein und der städtischen Schule zu wählen. Sie ist diesem Wink mit dem Hauptfuß gefolgt und hat den Turnunterricht im Turnverein „Fichte“ eingestellt. Dem ausgeprägten Kampf sollte doch die Stadt dem Verein nicht noch auf diese Weise erschweren; der Turnunterricht der Mädchen hat doch wahrlich keinen politischen Charakter. Mit dem Wohlwollen der städtischen Behörden für den Verein scheint es also doch nicht allzuweit her zu sein. Bis zum vorigen Jahre hatte der Verein 14 geprüfte Lehrer und Lehrerinnen als Turnwarten; dank dieser Einwirkungen sind es jetzt nur noch 2! Ich bitte Sie auch, wenigstens den Eventualantrag anzunehmen. Auf Antrag Einger (Soz.) wird getrennt abgestimmt. Für den Hauptantrag stimmen nur die Sozialdemokraten, für den eventuellen Antrag auch noch die Sozial-Fortschrittlichen. Der Antrag ist somit abgelehnt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Kosten Bälwischer Diplomatie und Wirtschaftspolitik.

Mit mehr oder minder vorzüglicher Zurückhaltung, oder von der Wucht der Tatsachen doch zum Weichen gezwungen, bricht sich in einer Reihe Handelskammerberichten die Klage über die bösen Folgen preukischer Säbelrasselei und unferer Wirtschaftspolitik durch. Den Willensraub, den die Agrarier heimbroughten, muß das deutsche Volk bezahlen. Für viele tausende Proletarier bedingt die Deute der Junker empfindliche Verschlechterung der Lebenshaltung. Ohne zu verkenne, daß die augenblickliche Krise uns auch dann heimgejucht haben würde, wenn die neuen Handelsverträge nicht den „berühmten“ agrarischen Jolltarif zur Grundlage hätten, ist doch unbestreitbar die Intensität des wirtschaftlichen Niedergangs und die relative Bedeutung der Erwerbsverminderung ganz wesentlich von jenen bedingt. Ueber die Ursachen der für manche Industrie allgemein verschlechterten Erwerbsverhältnisse spricht die Handelskammer in Hforzheim in ihrem letzten Jahresbericht sich also aus:

Die im europäischen Auslande eingetretene Verschlechterung der Absatzverhältnisse ist in erster Linie politischen Ursachen zuzuschreiben, dem trotz aller Schönfärberei fortgesetzt gespannten Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien, der deutcher Staatskrise in Südbalten am Ende des Berichtsjahres wird erst in der Folgezeit ihre Wirkungen zu sehen. Neben den rein politischen Ursachen haben aber auch handelspolitische und wirtschaftliche in demselben unangünstigen Sinne ihre Wirkung geübt. In der Gruppe der sogenannten Handelsvertragsstaaten ist ja Dank den noch für eine Reihe von Jahren gültigen Handelsverträgen die Stabilität der gegenseitigen Handelsbeziehungen gewährleistet. Dies hindert aber nicht, daß auch durch die Handelsvertragsstaaten ein hochgradig unheilvoller Zug geht, der die Mißerfolge und Läden der handelsvertraglichen Abmachungen durch allerhand kleine Mittel, Erleichterungen zu den Warenvergleichen, Jolltarifentscheidungen, Auslegung des Jolltarifs und Verordnungen aller Art den Handelsverkehr von Land zu Land, den Ausfuerverkehr, den Einfuhrverkehr im Interesse der einheimischen Edelmetallindustrie so erschwert und unerkennlich gestaltet, daß sich in der Ueberwindung dieser zahllosen kleinen Widerwärtigkeiten und Weiterungen ein großer Teil der Unternehmungslust und Schaffensfreudigkeit des Einzelnen erschöpft.

Ueber die Verschiebung im Außenhandel für den Bezirk der Handelskammer macht diese folgende Angaben. Es betrug in Doppelzentner:

Table with 5 columns: Year, Gold, Silver, Copper, Iron. Rows for Import and Export for 1907 and 1908.

Demnach ist, bei Zunahme der Einfuhr, der Export empfindlich zurückgegangen. Dafür erfreuen wir uns aber auch der Junkerherrschaf und des - persönlichen Regiments.

Rheinisch-Westfälisches Kohlsyndikat.

Aus dem der Besondereversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen: Der rechnermäßige Absatz betrug im April bei 24 (im gleichen Monat des Vorjahres 24) Arbeitstagen 5 223 169 (Vorjahr 5 303 334) Tonnen oder arbeitstäglich 217 840 (Vorjahr 220 931) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 8 477 822 (Vorjahr 8 489 848) Tonnen oder arbeitstäglich 260 909 (Vorjahr 270 402) Tonnen und im März 1909 auf 8 907 019 resp. 263 126 Tonnen.

Ein unterkennliches Bild zeigte der Verkauf des Absatzschäfts in Köln, in dem sowohl der Verkauf von Hochofenroth als auch der von Bred- und Stiefels eine starke Absatzwägung erfahren hat. Im April d. J. sind insgesamt 67 851 Tonnen und arbeitstäglich 1411 gleich 5,57 Proz. weniger als im Vormonat verhandelt worden. Auf die Absatzwägung wurden 62,57 Proz. gegen 66,30 Proz. im Vorjahre abgesetzt.

Eingegangene Druckschriften.

- List of received publications including 'Süddeutsche Monatshefte', 'Weiterbildervergleichsmappen', 'Die erste Erhebung der Bergarbeiter', etc.

